

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graubauerstr. 6/8, und durch Retourenreue zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 2.92, wo keine Post am Orte M. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Die „Volkswacht“ ist eine christliche Wochenzeitung, die den Lesern einen Überblick über die Ereignisse in der Welt bietet. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 2.92, wo keine Post am Orte M. 3.34.

Telephon Redaktion 3141.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 285.

Breslau, Mittwoch, den 6. Dezember 1911

22. Jahrgang.

Handlungsgehilfen und Reichstagswahl.

Das Verbandsorgan der antisemitischen Handlungsgehilfen bekannte nach der Reichstagswahl des Jahres 1907 mit Stolz, daß die Umzüge in der Wahlnacht vor das Reichstanzlerpalais und das königliche Schloß „das Ergebnis einer Schar geschickt unter das Publikum verpackter deutschnationaler Handlungsgehilfen“ gewesen seien. Einen größeren Tag haben wir seit dem Einzuge der Truppen durch das Brandenburger Tor 1871 nicht erlebt, das war die Stimmung der Demonstranten. „Tränen wurden in den Augen“, so groß war ihr Begeisterungsrausch.

Nachdem sich die patriotischen Hochgefühle etwas beruhigt hatten, meinte das antisemitische Verbandsorgan: „Vom Reichstage erwarten wir nun eine zielklare Fortführung der Sozialreform. Es genügt keineswegs, daß die Zahl der sozialdemokratischen Mandate verringert wurde, sondern es handelt sich um die Gleichberechtigung der deutschen Arbeiterschaft die gesetzlichen Bestimmungen und Formen zu schaffen. Diese Gleichberechtigung muß gleichzeitig auch für den Stand der kaufmännischen Angestellten durchgeführt werden.“ Das Wahljahr ging zu Ende, die Jahre 1908 und 1909 verflüchteten, ohne die erwartete zielklare Fortführung der Sozialreform gebracht zu haben. Dafür aber wurde auch den Handlungsgehilfen eine neue Belastung durch die Reichsfinanzreform beschert. Da begann endlich der Ausschluß des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes zu murren; er beklagte im Juni 1910 „auf's Heftigste den seit sechs Jahren eingetretenen Stillstand der sozialpolitischen Gesetzgebung für den Handlungsgehilfenstand!“

Es wäre ungerecht zu verschweigen, daß auch die im liberalen Jahrwasser segelnden Handlungsgehilfen die Folgen des Wahlausfalls vom Jahre 1907 ebenso falsch beurteilten, wie die Antisemiten. „Fürwahr, angesichts des anstehenden Wahlergebnisses können wir wohl ausrufen: Es ist eine Lust zu leben!“ So jubelte damals das Organ des Verbandes Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig. Im August 1910 aber meinte es: „Eine tiefe Resignation und Hoffnungslosigkeit hat sich in Deutschland der Gemüter bemächtigt. . . . Wenn wir, was uns nahe liegt, auf die Sozialpolitik im Handelsgewerbe blicken, so fehlen seit Jahren der großen Arbeit der Verbände entbrechende Erfolge.“

Dem großen Mause nach der Wahl war ein Kagenhammer gefallen. Die Handlungsgehilfen hatten gesehen, wie bei der Reichsfinanzreform die Besitzenden ihren Geldbeutel zu schonen wußten; sie hatten erlebt, wie die Reichstagsmehrheit den heillosen Schichten der Bevölkerung — also auch den Handlungsgehilfen — neue indirekte Steuern auflastete. Dabei warteten sie vergebens auf die gewünschten sozialpolitischen Maßnahmen.

Es gibt heute noch keine gesetzliche Bestimmung, die die Arbeitszeit des Kontorpersonals beschränkt; die dahingehenden Vorschriften für das Verkaufspersonal sind durchaus ungenügend. Nach der Gewerbeordnung von 1891 darf jeder Handlungsgehilfe an jedem Sonntage fünf Stunden beschäftigt werden, wo inzwischen nicht durch Ortsgesetz eine Verbesserung erzielt worden ist. Die hygienischen Bestimmungen über die Arbeitsräume, wie alle anderen Schutzvorschriften stehen nur auf dem Papier, weil es keine amtliche Kontrolle gibt. Die Konkurrenz-Klausel, die dem Gehilfen verbietet, nach Beendigung des Dienstverhältnisses in bestimmten Konkurrenzgeschäften Stellung anzunehmen, ist gesetzlich noch immer als zulässig anerkannt. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, gibt es Kaufmannsgerichte nur in Orten weit über 20.000 Einwohnern. Die Handlungsgehilfen anderer Orte sind auf den langwierigen und daher für sie vielfach ungenügenden Rechtsweg der Amts- und Landgerichte angewiesen.

Eine ganze Reihe anderer Forderungen hatten die kaufmännischen Angestellten auf ihrem Wunschzettel. Sie sind alle unerfüllt geblieben! Dieses Ergebnis mußte von jedem, der nicht ganz und gar ein politischer Neuling war, vorausgesehen werden. Dafür nur ein Beispiel: Als im Juni 1905 im Kaiserlichen Statistischen Amt (Beirat für Arbeiterstatistik) über die Arbeitszeit des kaufmännischen Kontorpersonals beraten wurde, da erklärte, nach dem amtlichen Protokoll der Vertreter der konservativen Partei, Herr Pauli, daß er ein grundsätzlicher Gegner der Festsetzung der Arbeitszeit sei. Und der Vertreter der freikonservativen Reichspartei, Herr Pauermelster, warnte gleichfalls vor der Einführung eines Höchstarbeitstages.

Diese Erklärungen, wie auch viele andere Vorurteile, hätten den Handlungsgehilfen zur Warnung dienen können. Viele Angestellte aber haben diese Mahnungen in den Wind geschlagen und sie sind daher selbst mitschuldig daran, daß die letzte Sitzungsperiode des Reichstages in sozialpolitischer Beziehung so unfruchtbar gewesen ist.

Jetzt stehen die Reichstagswahlen wieder vor der Tür. Werden die kaufmännischen Angestellten aus den letzten fünf Jahren die richtige Lehre ziehen, oder werden sie auf den „Versicherungsgesetz für Angestellte“ genannten Wahlköder anbeißen, den die geizhalsigen Parteien ausgelegt haben? Bei der Schaffung der Reichsversicherungsordnung hat die Reichstagsmehrheit (Konservative, Zentrum und Liberale) die Gehilfeninteressen wieder mit Füßen getreten. Die „nationalen“ Parteien hatten die Ausdehnung der Kranken- und Invalidenversicherungs-

büchle auf Angestellte mit mehr als 2000 Mark Gehalt abgelehnt; nur der kleinste Teil der Handlungsgehilfen ist unfallversicherungspflichtig. Schließlich mußte die Reichstagsmehrheit dem Drängen der Sozialdemokraten insofern Rechnung tragen, als bei der dritten Lesung der Reichsversicherungsordnung die Angestellten bis zu 2500 Mark für Krankenversicherungspflichtig erklärt wurden, obwohl der konservative Abgeordnete Pauli zuvor gesagt hatte, daß jeder, der ein höheres Einkommen als 2000 Mark hat, wohl in der Lage ist, bei eintretendem Ungemach, Krankheit usw., für sich zu sorgen. Wenn er dem nicht vorgebeugt hat, so ist das seine Schuld.“

Die Reichstagsmehrheit hat es abgelehnt, die Invalidenversicherung für die Privatangestellten auszubauen. Sie wollte ein Sondergesetz schaffen, um die gewerblichen Arbeiter davon auszuscheiden; freilich müssen auch viele Privatangestellte, die sich nicht in gehobener Stellung befinden, damit rechnen, von dem neuen Gesetz ausgeschlossen zu bleiben. Durch das Versicherungsgesetz für Angestellte werden die Betriebsrentenklassen als Ersatzinstitute zugelassen. Da das Unternehmertum diese Betriebsrenten zum Teil auf eigene Kosten errichtet hat, so bringt das neue Gesetz für solche Unternehmer gar keine neuen finanziellen Lasten. Die Schaffung des Versicherungsgesetzes für Angestellte, zu dem die sozialdemokratischen Abgeordneten viele Verbesserungsanträge gestellt haben, bringt dem Angestellten wegen der vorgeschriebenen Wartezeit auf Jahre hinaus noch keine Leistungen, sondern nur Zahlungspflichten.

Der konservative Abgeordnete Dr. Dröschner sagte in der Reichstagsitzung vom 26. Oktober 1910, man solle das Versicherungsgesetz für Angestellte schaffen, um die Angestellten nicht der Sozialdemokratie in die Arme zu treiben. Gleichzeitig warf Dr. Dröschner der fortschrittlichen Volkspartei vor, daß sie mit ihrer Interpellation über die Versicherung der Privatangestellten nur Stimmengang unter den Angestellten zu treiben beabsichtigt habe. Aus diesen und ähnlichen Äußerungen geht hervor, daß die Handlungsgehilfen das Versicherungsgesetz für Angestellte im wesentlichen nur der Angst der „nationalen“ Parteien vor der Sozialdemokratie zu danken haben. Sollen die Angestellten, wie der biblische Esau sein, Erbgebührenrecht für ein Linsengericht verkaufen, als Gegenleistung für das Versicherungsgesetz für Angestellte jetzt Vertreter solcher Parteien in den Reichstag wählen, die ihnen die Erfüllung aller anderen sozialpolitischen Wünsche verweigert haben? Nein, jetzt müssen erst recht Sozialdemokraten gewählt werden, damit das Versicherungsgesetz für Angestellte verbessert wird und damit der neue Reichstag den Angestellten endlich die Erfüllung ihrer sonstigen sozialpolitischen Forderungen bringt!

Politische Uebersicht.

Eine Schlacht vor Trossschluß.

Wider Erwarten brachte die Montagsitzung des Reichstags, die recht harmlos anfang, eine lange und ausgedehnte Debatte über die Reichsfinanzreform, ihre Ursachen, Absichten, zernühte und ungewollte Wirkung. Zunächst wurden eine Reihe Petitionen erledigt, wobei unser wackerer Genosse Schwarz-Rübeck den Ritter aus dem Lande des Ochsenwappens, Dreunfels, abfertigte, der nach einem Heringszoll zu schreien sich nicht gescheut hat. Nun kam die ostafrikanische Bahnvorlage heran. Wäre man rechnete man auch mit ihrer schnellen Erledigung. Da fühlte plötzlich der Reichstagssekretär Wermuth das Bedürfnis, eine garnicht zur Sache gehörende Lobrede auf die schwarz-blaue Reichsfinanzreform loszulassen. Dafür heimste er des redseligen Erzbergers, der zu diversen Malen das Wort ergriff, und des ollen ehrlichen Krennd begehrte Lobsprüche ein, während die Liberalen Baasche, Müller-Meinungen und Wiemer ihm mehr oder minder scharf entaegentralen. Von unserer Seite sprach zunächst Gen. Zietz, der zu der Vorlage erklärte, daß wir wohl die immerhin einigermaßen Rentabilität versprechende Uganabahn, nicht aber die Zentralbahn bewilligen, und der mit den schwarz-blauen Konsumartikelsteuerern und dem in gottgewollter Abhängigkeit von ihnen wandelnden Reichstagssekretär scharf in's Gericht ging. Als die Debatte, in der übrigens von Ostafrika so gut wie garnicht die Rede war, immer noch weiter ging, und sich allgemach auf alle Einzelheiten der verwickeltesten Entschickungsgeschichte der Reichsfinanzreform erstreckte, griff in wirksamster Weise Genosse Wedel in die Verhandlungen ein. Er kennzeichnete die schwarz-blaue Finanzpolitik als das, was sie ist, als eine ungeheuerliche Ausraubung der Massen zum Zweck der Sänonung der Wohlhabenden. Er kennzeichnete aber auch das Verhalten der schwachmütigen Liberalen und zog die Grenzlinien bürgerlicher und proletarischer Finanz-

politik. Nachdem Knuten-Dortels Nachfolger im Reichstagsmandat für Freiberg, der strebsame sächsische Landrichter Wagner, vergebens die Zungenfertigkeit Erberaerts nachzuahmen versucht hatte, und nachdem Genosse Südekum den Jöllnern und Broivorkurern gründlich den Marich geblaten hatte, ergab sich bei einem Hammelgespräch über einen Schlußantrag die Unfähigkeit des Hauses. Trotz der umfangreichen Tagesordnung heißt man am Dienstag die letzte Session des Reichstags der Gottentollenwahlen zu Ende bringen zu können.

Von anderer Seite wird uns zur gestrigen Reichstags-sitzung geschrieben:

Ein erfreuliches Bild ist es gerade nicht, das der sterbende Reichstag der Wollentollenwahlen in seinen letzten Tagen bietet. Die römische Geschichte erzählt von jenen achtzig Senatoren, die bei dem Einfall der Gallier mit allen Zeichen ihrer Würde angetan in jederlicher Haltung den Tod durch die Barbaren erwarteten. Die vierhundertundfünzig bürgerlichen Abgeordneten des Deutschen Reichstags, die sich von den „modernen Barbaren“ der Sozialdemokratie eingeschlossen und bedroht fühlen, sind den gleichem Schicksal weit entfernt. Ihre Stimmung nähert sich bedenklich einer Panik. Retten, was noch zu retten ist, heißt die Losung, und anglistvoll klingt es durch: O weh, wir sind verloren, sie sind schon vor den Toren! Aus dem dumpfen Drang einen Ausweg zu erspähen und ein letztes Situationsbild zu schaffen, an das man sich mit Not lauern kann, ist auch die Finanzreformdebatte gehören worden, die mit postenhafter Eiligkeit in die Beratung des ostafrikanischen Bahnhans hineinsprang. Aus den fernem Gegenden von Ostafrika und Zambesi sand sich der Erbitterungsbefuchter jählings wieder in die heimlichen Gefilde verlegt, wo die Kartofel wächst, aus der man Fusel und Fureschesgeben macht, wo man das Bier und den Tabak, den Tee und den Kaffee, die Streichhölzer und die Glühbirnen verfertigt und trotz-

alldem nicht weiß, woher man das Geld für die kommenden Meeres- und Flottenvorlagen nehmen soll.

Herr Wermuth, der Reichstagssekretär, war es, der mit gelassener Hand den Streitapfel in die Parteien hineinwarf. Und es war ein Schauspiel für Götter und Sozialdemokraten, wie sich da die Gegenläge von neuem entzündeten. Rechts und Links zusammenbrachten, jede Partei ihre Wahlparole zu verteidigen versuchte, wie um Mandate gekämpft wurde, als ginge es ums Leben. Als aber der Abend kam, war es kein gewöhnlicher Tag für die Schwarz-Blauen.

Werkwürdigerweise bilden sich die Schuldigen der Reichsfinanzreform ein, sie könnten ein gutes Blatt für sich bei den Wählern einlegen, wenn sie behaupten, ihre Steuermacht hätte eine Gesundung der Reichsfinanzen herbeigeführt. Man weiß, daß diese Gesundung eine recht problematische Erscheinung ist, es sieht mit ihr so und jeder Wind von der Gesundheit der Finanzen ein eigen Ding, es geht ihnen genau wie dem Fürsten Eulenburg, der kerngesund ist, wenn es zur Fasanenjagd geht, und totkrank, wenn von der Ferne her der Knopf eines Gerichtsdiener's blinkt. Die deutschen Reichsfinanzen sind immer kerngesund, wenn man neue Schiffe und Soldaten haben will, oder wenn es zu den Wahlen geht, sie sind aber immer totkrank, wenn es nötig wird, an den „nationalen Opfern“ zu appellieren und Geld in den Beutel zu tun.

Kerngesund waren die deutschen Reichsfinanzen, als die erste große Flottenvorlage kam und der Reichstagssekretär Thiele seinen berühmten Ausspruch tat: „Meine Herren, wir schwimmen im Geibe“. Totkrank waren sie, als sich die Stenografische Finanzreform vorbereitete, die man jetzt die Kleine nennt, obwohl man sie damals für eine große hielt. Kerngesund waren die Finanzen wieder vor den Jamarwahl von 1907, wo die „Nordb. Allgem. Zeitung“ stolz erklärte, man brauche keine neuen Steuern, aber totkrank waren sie wieder, als die verkündeten Regierungen zwei Jahre später mit ihrem neuen gewaltigen Steuerplan hervortrat. Wenn sich jetzt die Schwarz-Blauen rühmen, eine Gesundung der Finanzen herbeigeführt zu haben und

ein geübter Reichsfinanzmetier ihnen die Wichtigkeit dieser Be-
hauptung bestätigt, so kann man die ganze Schnapsbesatzung
gegen einen roten Pfennig weiten, daß diese Gesundheit nicht
über die nächsten Rüstungsvorlagen hinaus anhalten wird, und
daß die Steuerbeamten bald wieder alle Hände voll zu tun ha-
ben werden, um die wieder loskrant gewordenen Reichsfinanzen
auf Kosten der Massen zu kurieren.

Ob die Finanzreform von 1909 den Erwartungen ihrer
Urheber entspricht oder nicht, ist dabei eine Frage untergeord-
neten Ranges. Das Volk weiß vielleicht nicht genau, was diese
Reform dem Reiche getragen hat, und darüber läßt sich
streiten. Was sie aber ihm selber gelostet hat, das weiß
das Volk sehr genau, und das wird es den Steuerbeamten
am 12. Januar 1912 die Gegenrechnung präsentieren.

Der einzige Vortrag der vom Jaun gedrohenen Debatte
wird somit der sein, daß das Leben des Reichstags durch sie
vorausichtlich um einen Tag verlängert wird. Schließlich für
manchen, der da weiß, daß es mit ihm zu Ende geht, ist auch
das schon etwas! Man muß nur den hoffentlich demnächst ge-
wählten Abgeordneten für Brandenburg, Herrn Göde, gesehen
haben, wie er zu Anfang der Debatte, sich in Rechnungsfragen
beteiligend, das geliebte Rednerpult umklommerte, als wollte er
es nie, nie wieder loslassen. Ach, und es war doch wohl eine
letzte Umarmung:

Rebel in Hamburg.

Am Sonntag sprach im „Hamburger Wahl“ eine
Genossin Rebel vor etwa 4000 Personen über die kommenden
Reichstagswahlen. Der Redner unterzog, ausgehend von der
allgemeinen weltpolitischen Lage, die deutsche Kolonial- und
Rüstungspolitik einer außerordentlich scharfen Kritik und
zeigte, welche Torheit es für Deutschland sei, sich wegen
Marokko, mit welchem Lande wir nur einen geringen
Handelsverkehr haben, in einen Krieg mit Frankreich
über England zu stürzen. Welche Bedeutung das Ge-
schehen habe, das die deutschen Industriellen im Hinblick auf die
Ersparnisse in Marokko anstimmten, werde am besten durch
die Tatsache illustriert, daß in dem neuen Schiffsahrts-
abgabengesetz die Regulierung der Mofel und anderer Flüsse,
die Gegenden mit starken Ersparnissen anschließen, nicht vor-
gesehen sind. Die gewaltigen Ausgaben für die Rüstungs-
politik, die auf den Kopf der Bevölkerung etwa 25 M. aus-
machen, seien die eigentliche Ursache des kolossalen Anwachsens
der deutschen Reichsschulden. Da aber alle Ausgaben des Reichs
durch indirekte, den Massenverbrauch belastende Steuern aufgebracht
werden, so bedeute Rüstungspolitik zugleich Lebensmittelsteuerung
und jede Verschärfung der weltpolitischen Gegenlage habe
erhöhten Steuerdruck unbedingt zur Folge. Der Redner
betrachtete dann die Reichsfinanzreform und wies auf die
wichtigen, die Volksmassen interessierenden Fragen hin, die
den nächsten Reichstag beschäftigen werden. Es müsse vor
allem mit der Vorkherrschaft der Kleinen, aber politisch ein-
flußreichen Klasse aufgeräumt werden, die jetzt das deutsche
Volk ausbeute und entrecht. Das Anwachsen der
Sozialdemokratie sei notwendig bedingt durch die zunehmende
Industrialisierung Deutschlands. Sie werde schließlich
auch die großen Massen der Angestellten in unsere Reihen
hinüberdrängen. Der Redner schloß mit der Aufforderung,
den Gegnern der Sozialdemokratie die Lust zu weiteren Siegen
zu verfallen und dafür zu sorgen, daß am 12. Januar wieder
die rote Fahne über Hamburg wehe.

Die Flottenparole als Umsturz Helferin.

Die bürgerlichen Parteien glauben, in der Forderung
neuer Flottenrüstungen wider England eine zugkräftige Wahl-
parole gegen die Sozialdemokratie gefunden zu haben. So-
bald aber davon die Rede ist, daß dieser Spaß auch Geld
kosten wird, zucken sie wieder ängstlich zurück. So hat die
Nachricht einer Korrespondenz die nächste Flottenvorlage werde

360 Millionen Mark kosten, den Konservativen
„Reichsboten“ so sehr erschreckt, daß er sofort nach der zu-
ständigen Stelle stürzte, von wo er mit folgenden Informa-
tionen zurückkam.

Amliche Erwägungen, die bereits eine irgendwie greifbare
Gestalt angenommen hätten, liegen noch keineswegs vor. Man
würde sie jetzt, so unmittelbar vor den Wahlen
auch kann für besonders zweckmäßig halten
können. Deshalb ist auch die Forderung von 360 Millionen Mark,
die sich auf sechs Jahre verteilen sollen, nichts als mäßige
Kombination. Im Augenblicke werden sogar Vermutungen laut,
daß diese Forderung als Eredespenst mit der ganzen
Reichsregierung zusammen aus dem Bereiche der Abkla-
ren kammt, die damit den Wählern das Ge-
seln beibringen und den Massen des Vol-
tes neue schwere Lasten an die Wand malen
wollen, um sie schon aus Angst in das Lager
des Umsturzes zu treiben. Das Reichschahamt ist
amtlich mit beratigen neuen Marineforderungen noch gar nicht
beschäftigt worden, es hat also noch gar keine Veranlassung gehabt,
sich darüber in dem Sinne zu äußern, daß neue Ein-
nahmequellen erschlossen werden müßten, bevor
man mit beratigen neuen Marineforderungen hervortreten
könnte. Das aber weiß jeder, daß das Reich
heute noch gar nicht in der Lage wäre, im
Rahmen des regulären Staats 60 Millionen
Mark jährlich für die Marine herzugeben,
die aus erhöhten Reichseinnahmen zu entnehmen wären. Was
von dem kommenden Haushaltsplan des Reiches bisher — wenn
auch vielleicht nicht ganz zuverlässig — an die Öffentlichkeit
drang, das sprach sogar von einer abermaligen An-
leihe von 50 Millionen, die notwendig sei, um
die Balance zu schaffen, wenn auch das letztere ganz so
heiß gegessen zu werden braucht, wie es der Vorschlag ge-
macht haben soll, so ist doch jedenfalls die Tatsache daraus
zu entnehmen, daß für eine jährliche Mehrforderung von 60 Mil-
lionen Mark für neue Marinebedürfnisse im Rahmen des Staats
noch kein Raum vorhanden ist.

So hat auch die „Nordd. Allgem. Ztg.“ drei Tage vor
den Januarwahlen 1907 geschrieben, die Behauptung, daß
neue Steuern gefordert werden sollten, entbehre jeder tatsäch-
lichen Unterlage. Ähnlich verfuhr man es jetzt mit der
neuen Flottenvorlage. Von der Zugkraft dieser „nationalen
Wahlparole“ scheint man sich demnach weder im konser-
vativen Lager noch im Reichschahamt besonders viel zu ver-
sprechen.

Freisinniger „Kampf“ gegen den Bund der Landwirte.

Der Hanbalds Vertrag, den der Flensburger Freisinn
im Jahre 1908 mit dem Bunde der Landwirte geschlossen
hat, ist in der Hauptsache bekannt. Trotzdem ist es inter-
essant, den Wortlaut des denkwürdigen Dokuments kennen
zu lernen, der jetzt im „Freien Volk“ veröffentlicht wird.
Nachdem die Verfassung der Agrarier, für die Wahl des
freisinnigen Dr. Duns zum Landtag einzutreten, festgestellt
ist, heißt es da wörtlich weiter:

1. Beide Vertragstheile verpflichten sich für die nächste
Reichstagswahl einzeln private oder offizielle Verhandlungen
mit den Nationalliberalen und den Sozialdemokraten oder den
einzelnen Mitgliedern dieser Parteien zu führen, sondern jeder
für sich einen eigenen Reichstagskandidaten aufzustellen.
2. Wenn Herr Dr. Duns am 16. Juni in das Haus der
Abgeordneten gewählt wird, und wenn später, bei der Reichs-
tagswahl, der Kandidat des Bundes der Landwirte mit einem
anderen Kandidaten, einzelner welcher Partei, in die Stichwahl
kommt, so verpflichtet der Vorstand des Freisinnigen Vereines
sich öffentlich und privat, die freisinnigen Wähler
energisch aufzufordern und auch durch den
ausgefallenen Kandidaten auffordern zu
lassen, für den Kandidaten des Bundes der
Landwirte zu stimmen.
3. Beide Vertragstheile verpflichten sich, die Agitation
für die nächste Reichstagswahl streng sachlich und ohne persön-
liche Angriffe der Gegner zu führen, auch keinerlei Ver-
breiten in den Kreisen der Sozialdemokraten
zu betreiben und in keiner Weise gegen-
seitige Versammlungen durch provozierende
Reden, Interpellationen oder dergleichen
zu föhren. Die beiderseitigen Reichstagskandidaten sowie die

sonstigen Redner und die Presse sollen dementsprechend instruiert
werden.

Ein Kampf also, der unter der Parole geführt wird:
Tu Du mir nichts, ich tu Dir auch nichts! Und bei der
Stichwahl ein Herz und eine Seele!

Die Kirche und die ausgesperrten Metallarbeiter.

Die Pastoren der Berliner Reformationskirche in der
Weußelstraße zu Moabit erlassen jetzt durch Bekannt-
machungen, die an der Kirche angeschlagen worden sind,
folgende ungewöhnliche Bittre:

„Durch die großen Aussperrungen in der Metall-
industrie sind viele tausend Arbeiter brotlos und arbeits-
los geworden. Die Not ist groß, besonders auch in
unserer Gemeinde. Es ist Pflicht eines jeden Christen, nach
Möglichkeit helfend einzugreifen. Die unterzeichneten Pastoren
bitten herzlich und dringend um Gaben (Geld, auch Lebens-
mittel) zur Unterstützung der durch die Aussperrung in Not
geratenen Gemeindeglieder.“

Der Aufruf ist unterzeichnet von Vic. Dr. Dietrich,
Bill, Pfarrer, und Pfarrer Dehn. Man vergleiche
dieses Verhalten evangelischer Pastoren mit dem in der Bes-
lage verzeichneten Ausspruch, den Herr Janske von der
Breslauer Strafkammer gegenüber organisierten Arbeitern
anwandte.

Die Scharfmacherpresse, die die Geschichte von Gott-
fried Binkel verbreitete, wird sich voll christlicher Liebe auf
die drei Pfarrer stürzen.

Luft-Dreadnoughts! Die Berliner „Deutsche Zeitung“
läßt sich aus Köln melden: Nachdem die Luftschiffmanöver
endgültig beendet sind, wendet nunmehr die Seereser-
waltung einem Plan zur Erbauung deutscher Riesens-
luftkreuzer große Aufmerksamkeit zu. Gegenwärtig besteht
die Absicht, ein Luftschiff starren Systems von
100.000 Kubikmetern herzustellen, dessen Erbauer
Schleibinger u. Wegel eine Beförderung von 300 Per-
sonen bei einer Eigengeschwindigkeit von 25 Metern in der
Sekunde erhoffen.“

Michel, mach' denbeutel locker! Ob man übrigens diesen
neuesten Rüstungswahn auch mit englischen, französischen ze-
rüstungen „begründen“ wird, wo Deutschland doch allen anderen
Ländern im Luftschiffbau von jeher weit voraus ist!

Eine Zentralsorganisation des Zentrums für das
ganze Reich. Die „Germania“ veröffentlicht die aus 10 Para-
graphen bestehenden Satzungen der neu geschaffenen Zentrums-
organisation. Die grundlegenden Paragraphen lauten:

- § 1. Die Organisation der deutschen Zentrumspartei für
die Behandlung der Angelegenheiten des Reiches umfaßt: 1. die
Wahlkreisausschüsse in den Reichstagswahlkreisen; 2. die Land-
tagsauschüsse in den Bundesstaaten; 3. den Reichsausschuss.
- § 2. Ueber die Behandlung der Angelegenheiten der ein-
zelnen Bundesstaaten oder Provinzen, Gemeinden oder Gemeinde-
verbände, sowie über die Gestaltung der hierfür bestim�ten
Parteiorgane entscheiden die Parteimitglieder dieser Wirkungskreise
unabhängig von den Reichsorganen der Partei.
- § 3. In jedem Reichstagswahlkreise ist, wenn irgend mög-
lich, ein Wahlkreisausschuss der Partei zu bilden.
- § 4. Die von den Parteimitgliedern eines Bundesstaates
für die Angelegenheiten dieses Landes geschaffene Zentralorganisa-
tion der Partei bildet zugleich den Landesausschuss der Partei
für die Angelegenheiten des Reiches in diesem Bundesstaat.
- § 5. Dem Reichsausschuss der Partei steht die oberste Lei-
tung der Partei in Angelegenheiten des Reiches, insbesondere
die Feststellung der Parteiführung und des Parteiprogramms, zu.
- § 6. Der Vorstand des Reichsausschusses besteht aus
17 Mitgliedern. Der erste Vorsitzende der Zentrumsfraktion des
Reichstags ist zugleich erster Vorsitzender des Vorstandes des
Reichsausschusses. Der Reichsausschuss wählt einen ersten und
zweiten Stellvertreter des ersten Vorsitzenden, sowie die übrigen
Mitglieder des Vorstandes. Der Vorstand setzt einen geschäfts-
führenden Ausschuss ein.

Die letzten Tage von Pompeii.

Von E. Salwer.

92] Arbaces erblickte jetzt, als er an die Türe der Bohrung
des Sallust trat, eine in einen Mantel gehüllte Gestalt der
Länge nach vor der Schwelle liegen. Sie lag kühl und un-
heimlich da, daß jeden andern, als Arbaces, die abergläubische
Jugend erschau haben möchte, er sehe einen jener Semores vor
sich, die vor allen anderen Orten an den Schwellen der Häuser
hockten, welche sie einst bewohnt hatten. Aber Arbaces glaubte
an solche Geister nicht.
„Stehe auf“, sagte er, indem er die Gestalt mit dem
Fuße berührte, „du liegst mir im Wege.“
„Da, wer bist du?“ rief jenes Wesen mit heller Stimme,
und als es sich vom Boden erhob, beleuchtete der Mond-
schein das bleiche Antlitz der Nydia.
„Wer bist du? Ich kenne deine schreckliche Stimme.“
„Wahres Mädchen, was willst du hier so spät? — Bin-
nast du das für deine Jahre und dein Geschlecht? — Gehe
nach Hause, Mädchen!“
„Ich kenne dich“, sagte Nydia mit leiser Stimme, „du bist
Arbaces, der Ägyptier“, darauf fiel sie, wie durch eine plötz-
liche Einwirkung veranlaßt, vor ihm nieder, umschlang seine
Arme, und rief in wildem und leibenschhaftigem Tone: „O,
fürchterlicher und mächtiger Mann! — rette ihn! — rette ihn!
er ist unschuldig! ich bin die Verbrecherin! Er liegt in diesem
Gang vor — herab — ich bin die Ursache. Und sie wollen
mich nicht zu ihm lassen — sie kriechen das arme Mädchen aus
der Halle. O, heile ihn! Du kennst gewiß ein Kraut — einen
Zauber — einen Zauberspruch — denn ein Kraut ist es, das
ihn den Verstand gerettet hat!“
„Stille! Stille! — ich weiß alles — du erinnerst dich nicht
mehr, daß ich Julia zu der Erde begleitete. Wahrscheinlich hat
sie ihn den Trank beigebracht, aber du bist ihrem Ruf Ver-
schwiegenheit schuldig. Mache dir keine Sorgen — was ge-
schehen ist, läßt sich nicht ändern; aber ich will den Verbrecher
bejagen; vielleicht ist er noch zu retten.“
Arbaces blieb jetzt die bezweifelte Theophrasta von sich
und hobte nach an die Türe.
Die schweren Klänge wurden bald darauf zurückgezogen und
der Portier fragte, indem er die Haustür halb öffnete, wor
es sei.
Arbaces — wichtige Geschäfte mit Sallust wegen des
Mordes. — Ich kenne den Krater. Der gähnende Krater
ist der hässlichen Ägyptierin ein Nydia-Prang vor.
Die befindet er sich? — sprach sie. — O, sage es mir.
„Wahres Mädchen, bist du immer noch da?“ — Schme-
del! — Er soll wieder bei Verbanke sein.“
„Wahres Mädchen, bist du immer noch da?“ — Schme-
del! — Er soll wieder bei Verbanke sein.“
„Wahres Mädchen, bist du immer noch da?“ — Schme-
del! — Er soll wieder bei Verbanke sein.“

„Einlassen — nein. Ich würde meinen Schultern einen
häßlichen Empfang bereiten. Geh nach Hause.“
Die Türe wurde verschlossen und Nydia legte sich wieder
mit einem tiefen Seufzer auf die kalten Steine.
Arbaces trat insipid in das Trümmern, wo Sallust mit
einem seiner begünstigten Freigelassenen noch spät zu Abend
speiste.
„Was, Arbaces! — und in dieser Stunde! — nimm diesen
Becher!“
„Nein, Sallust, nur wichtige Angelegenheiten veranlassen
mich, dich noch zu hören. Die befindet sich Glaukus? In der
Stadt sagt man, er sei wieder bei Sinnen.“
„Ach gewiß!“ — erwiderte der amütierte wenn auch leicht-
sinnige Sallust, indem er sich eine Träne aus dem Auge wischte,
„aber keine Reden sind noch so abgepasst, seine Kräfte
sich erheben, daß ich kann meinen früheren munieren
Genossen wieder erkennen. Aber langsam ist es, daß
er über die Ursache seiner plötzlichen Gemütsverwirrung keine
Rechenschaft zu geben weiß — er kann sich nur dunkel besten er-
innern, was vorgefallen ist und behauptet, trotz seines jug-
endlichen, heiser Ägyptier, unerschuldig an dem Tode des Apicides
zu sein.“
„Sallust“, sagte Arbaces, die Lage seines Freundes er-
fordere beständige Rücksichten; und können wir aus seinem Munde
das Befremdliche und die Beweggründe seines Verhaltens er-
fahren, so wäre von der Gnade des Senats noch vieles zu
hoffen, denn es geht wie du weißt, in der Nacht desselben,
das Gesetz zu mildern oder zu härten. Deshalb war ich beim
Prätor und erhielt die Erlaubnis zu einer geheimen Unterredung
mit Glaukus noch in dieser Nacht. Du weißt, daß morgen das
Verhör stattfinden wird.“
„Gut“, sagte Sallust, „du wirst dich meines morgenländischen
Namens und Rufes würdig beweisen, wenn du etwas von ihm
erfahren kannst.“ — „Armer Glaukus! — und er hatte einen so
betrüblichen Anseh!“ — Jetzt ist er nichts!“
Dieser Gedanke rührte den gutmütigen Epikureer besonders.
Er versah und beschloß den Sklaven, ihn den Becher wieder zu
füllen.
„Es wird spät“, sagte der Ägyptier — „erlaube, daß ich
jetzt zu Glaukus gehe.“
Sallust nickte beläsend und führte Arbaces nach einer
kleinen Straße, die durch zwei schlaftrunkene Sklaven von außen
bewacht wurde. Die Türe ward geöffnet; — Sallust zog sich
auf des Besizers des Ägyptiers zurück, und dieser war jetzt
allein mit Glaukus.
Auf einem jener geschmacklosen Kanabeler, die damals
überrücklich waren, brannte neben dem schmalen Tische eine Lampe
ihre Strahlen fallen auf das bleiche Antlitz des Ägypters, und
sah Arbaces rührte die Veränderung, die er erfahren hatte.
Die blühende Farbe war verschwunden, die Wangen eingefal-
len, die zuckenden Lippen weiß und blaß. Der Kampf zwischen
Verdammnis und Rettung zwischen Leben und Tod waren kürzlich

gewesen. Die Jugend und Kraft des Glaukus hatten gestiegt,
aber die Mühe seines Lebens war für immer verschwunden.
Der Ägyptier setzte sich still neben das Bett; Glaukus lag
noch stumm, und seine Gegenwart nicht beachtend. Endlich be-
gann Arbaces nach einer langen Pause: „Glaukus, mein armer
Freund. — Ich komme allein und in der Stille der Nacht zu
dir — als dein Freund, vielleicht als dein Retter!“
Wie das Red vor dem Antlitz des Ägypters erschrickt, so
entsetzte sich Glaukus vor der plötzlichen, unermuteten Erschei-
nung seines Feindes. Ihre Blicke begegneten sich; eine steigende
Rote überzog das Gesicht des Ägypters, und die braune Wangen
des Ägypters erblähte. Endlich wendete sich Glaukus mit einem
tiefen Seufzer fort, sagte mit der Hand an die Stirne, sank
zurück und saate: „Träume ich denn noch?“
„Nein, Glaukus, du wachst. Sei dieser rechten Hand und
bei dem Haupt meines Vaters, du siehst einen Mann vor dir,
der dein Leben noch zu retten vermag. — Höre! ich weiß, was
du begangen hast, aber ich kenne auch die milderen Beweg-
gründe deiner Tat, die dir selbst noch unbekannt sind. Du bist
ein Mörder — es ist wahr; — leugne nicht — diese Augen
haben es. Aber ich kann dich retten; ich kann beweisen, wie du
deiner Sinne beraubt wurdest und aufhörst mußt, ein mit
freiem Willen handelnder Mann zu sein. Aber um dich zu
retten, mußt du selbst dein Verbrechen eingestehen. Unterzeichne
dieses Blatt, und du entgehst dem Tode.“
„Was sind das für Behauptungen? — Mörder und Apic-
ides! — Sag ich ihn nicht, eine Leiche, und blutend auf der
Erde liegen? — und du willst mich überreden, ich sei der Mör-
der gewesen? — Du lägst, Mensch! — Stimmeg von mir!“
„Werde nicht hitzig, Glaukus — überlege dich nicht; die
Tat ist bewiesen; — allerdings ist es glaublich, daß du dich
nicht mehr erinnerst, was du im Zustande des Wahnsinns be-
gingst und woran deine Seele sonst nicht gedacht haben würde.
Aber ich will es versuchen, dein erschöpftes Gedächtnis zu unter-
stützen. Du weißt, daß du mit dem Pfister in lebhaftem Ge-
spräch über seine Schwärmer begriffen warst; du weißt, daß er
als ein halber Nazarener dich belehren wollte; er tadelte deine
Lebensweise und schwor, daß er deine Verbindung mit Jone
nicht bilden werde, und darauf betragst du in deiner Wut und
Krafter die jähzornige Tat. — Erinnerst du dich jetzt? —
Nein, was auf diesem Papyrus steht; es lautet ebenso. Unter-
zeichne die Schrift, und du bist gerettet.“
„Sallust, gib mir die geschriebene Rüge, daß ich sie zer-
reißel.“ — „Ich der Mörder von Jones Bruder! Ich sollte die
kennen, daß ich ein Haar auf dem Haupte dessen verletzt habe,
den sie liebt? — Daß mich dieser einen tausendfachen Tod er-
leiden!“
„Stille!“ — sagte Arbaces in leiserem Tone, hier ist bloß
eine Waise. Dein Gedächtnis und deine Unterwürdigkeit — oder
das Amphitheater und der Rachen des Löwen!“
(Fortsetzung folgt.)

Der Zweckverband für Groß-Berlin hat am Montag zu seiner ersten konstituierenden Sitzung zusammen. Da die eigentliche Tätigkeit des Verbandes erst am 1. April 1912 beginnt, handelte es sich vorläufig nur um die Erledigung von Formalitäten. Mit der Feststellung einer Geschäftsordnung wurde eine Kommission von 15 Mitgliedern beauftragt, der u. a. G. Henneke als Stabschef angehört. Die Prüfung der Gültigkeit der Wahlen wurde gleichfalls einem Ausschuss überwiesen, in dem die Sozialdemokratie durch Peimann vertreten ist. Auch mit der Festlegung der Aufstellungsbedingungen und der Vorbereitung der Wahl des Verbandsdirektors wurde ein Ausschuss beauftragt. Diesem gehören von den Sozialdemokraten die Genossen Peimann und Brunen an.

Schließlich ist noch zu erwähnen, daß auf Grund des Gesetzes der erste Bürgermeister der Stadt Berlin ein Mitglied des Ausschusses zu bezeichnen hat. Oberbürgermeister Kirchner bezeichnete als solches den Stadtrat Alberti, den Bezirksbürgermeistern für Berlin. Im übrigen besteht der Ausschuss, dem die wichtigsten Aufgaben zufallen, aus vier Berlinern und acht auswärtigen, abgesehen von denjenigen Mitgliedern, die gesetzlich dem Ausschuss angehören. Die sozialdemokratische Fraktion von Berlin schlug den Genossen Peimann vor, der auch ohne Widerspruch gewählt wurde.

Im ganzen ist die Sozialdemokratie im Zweckverband durch acht Berliner Stadtverordnete vertreten; es sind dies die Genossen Dr. Arons, Wasner, Brunen, Peimann, Pfannkuch, Stadthagen, Wenl sowie durch den Gen. Dirsch-Charlotteburg und Dr. Silberstein-Rixdorf.

Der nächste Vorschlag des Verbandsdirektors wird ausgeschrieben. Als Kandidaten werden u. a. genannt: Ministerialdirektor Dr. Freund, der Vater des Zweckverbandes, Oberbürgermeister Vogt-Barmen, früher in Rixdorf und der frühere Landrat des Kreises Niederbarnim, jetzt Oberpräsidialrat Graf von Hübner.

Die Petitionskommission des Reichstages hat ihre Arbeiten beendet. Während der Zeit einer Tagung sind dem Reichstage 1443 Petitionen zugegangen; hiervon entfallen auf die zweite Session (1909 bis 1911) 7178 Petitionen. Der Petitionskommission waren 6110 Petitionen überwiesen worden, die sie zum größten Teile erledigt hat.

Für die Landtagswahl im württembergischen Oberamt Urach, bei der am 5. Dezember der zweite Wahlgang die Entscheidung bringen muß, hat der Bund der Landwirte Wahlenthaltung beschloffen. Das Ergebnis des ersten Wahlganges war: Volkspartei 2250, Sozialdemokratie 2207, Bund der Landwirte 1145.

Kein Petroleummonopol. Die „Deutsche Tageszeitung“ bringt folgende Notiz: Als die erste Maßnahme auf dem Gebiet der bisherigen Monopolen doch ändern müßten, war bekanntlich von nationalliberaler Seite der konservative Gedanke der Einführung eines Reichs-Petroleummonopols aufgenommen worden. Wie jetzt als sicher gelten kann, sind alle maßgebenden Stellen zu der Überzeugung gekommen, daß ein solches Monopol jetzt undurchführbar wäre.

Maßnahmen gegen den Bauwindel. Die Berliner Korrespondenz schreibt: Die Reinigung des Bauunternehmerstandes von ungeeigneten Elementen (Reichsgesetz vom 7. Januar 1907) soll nach einem neueren Entschluß der preussischen Ressortminister von den Polizeibehörden noch mit mehr Nachdruck betrieben werden, als es bisher geschah ist. Namentlich bei neuangehenden Personen, die als Bauunternehmer auftreten, sollen sich die Behörden darüber unterrichten, ob nicht etwa schon in deren früheren Wohnorten Tatsachen bekannt geworden sind, welche ein polizeiliches Eingreifen oder doch eine besonders sorgfältige Überwachung ihrer gewerblichen Tätigkeit notwendig machen.

Enttäuschte Veteranen. Am 11. Juni fand im Großherzogtum Sachsen-Weimar ein allgemeiner Kornblumentag statt. Diese Sammlung sollte für die Kriegsveteranen bestimmt sein. Von der sozialdemokratischen Presse wurde damals darauf hingewiesen, daß jedenfalls nur die dem Kriegerverbandsbunde angeschlossenen Veteranen der Unterstützung teilhaftig werden. Das leugnete die bürgerliche Presse damals ab. Jetzt stellt sich aber heraus, daß die Parteipresse damals recht hatte, denn der bürgerlichen Presse wird jetzt berichtet:

Der Großherzoglich Sächsischen Kriegs- und Militärvereinsbund hat auf an ihn ergangene Gesuche um Unterstützung aus dem Kornblumentag am 11. Juni d. J. zur Unterstützung der Kriegsveteranen gesammelten Geldern geantwortet, daß von den zur Verteilung kommenden Summen in erster Linie die Veteranen bezim. deren Witwen, welche Mitglieder des Bundes sind und bedürftig sind, unterstützt werden. Sollten dann noch Mittel verfügbar sein, so können auch andere dem Bunde nicht angehörende bedürftige Veteranen bedacht werden. Den Unterstützungs-gesuchen ist der Militärpaß und auch eine obrigkeitliche Bescheinigung über Bedürftigkeit und Würdigkeit beizulegen. Die enttäuschten Veteranen sind sehr ungehalten, weil vorher betont worden ist, daß alle bedürftigen Veteranen gleichmäßig, ohne Rücksicht auf ihre Mitgliedschaft beim Großherzoglich Sächsischen Militärvereinsbunde unterstützt werden sollten. Die Kornblumentage dient in erster Linie zur Stärkung der Bundeskasse, die man als Lockmittel braucht zur Werbung neuer Mitglieder.

Posa, der Unerfrockte. Die Wahlreden des Grafen Posadowsky mit ihren Seiten gegen das Hebraararierium, die Landratsmüllerei und auch gegen Buchhausgehege sind der „Kreuzzeitung“ und der „Deutschen Tageszeitung“ erg. o. f. die doch sonst nicht so empfindlichen Nerven gefallen. Die „Kreuzzeitung“ gibt schon alle Hoffnungen auf eine ersprießliche Tätigkeit Posas als Abgeordneter auf, da er durch seine Reden zeige, daß er in keine konservative Fraktion hineinpaße, ein fraktionsloser Abgeordneter aber macht- und einflusslos bleiben müßte. Nun, die Wähler können den innerlich erschütterten Posablock ja von diesem Kommer befreien, indem sie gleich den Sozialdemokraten wählen.

Wie vom grünen Tisch aus „regiert“ wird, zeigt folgendes Hamburger Telegramm der Vossischen Zeitung:

Ein Heber aus Kamerun zurückgekehrter Großaufmann, der 18 Jahre lang in Kamerun lebte, erklärt, beim Gouverneur von Kamerun, G. L. M., sei aus Berlin mit keinem Worte nach seiner Ansicht über die der Kolonie Kamerun zugeordneten einschneidenden Veränderungen angefragt worden. In dieser Weise übergegangen, habe der Gouverneur sich sofort nach Empfang der Meldung über das Abkommen frant gemeldet, die Amtsgeschäfte übergeben und sich am 8. November nach den kanarischen Inseln eingeschifft.

Presse, Prinzregent und Landtagswahlen. Aus München wird der „N. N. am Mittag“ berichtet: Der bayerische Staatsminister des Königl. Hauses und des Neuzeren hat sich an den Vorstand des Landesverbandes von Bayern des Reichsverbandes der deutschen Presse namens der Staatsregierung gewandt, um dem Vorstande anheingugeben, seinen Einfluß bei der Presse in kollegialer Beziehung dahin auszuüben, man möchte im gegenseitigen Einvernehmen aller Parteigruppen von einer Eingeinigung des Prinzregenten in die Erörterungen der Presse Abstand nehmen. Der Vorstand des Verbandes der bayerischen Presse hat jedoch das Ersuchen des Ministers abgelehnt, und zwar mit Rücksicht darauf, daß die Satzungen des Reichsverbandes der deutschen Presse unter Fernhaltung aller trennenden politischen oder konfessionellen Gesichtspunkte nur die Wahrung der Berufs- und Standesinteressen und der journalistischen Berufslehre und Förderung der wirtschaftlichen Lage der Mitglieder bezwecken.

Die mecklenburgische Verfassungskommission. Die Mecklenburg-Schwedische Regierung hatte ihre Verfassungsvorlage, das berühmte Monstrum, das der Landtag durch die Abstimmung der Bürgermeister einmal zu Fall gebracht hatte, bekanntlich wiederholt. Freitag nachmittag hat die Landtschaft (das sind die Bürgermeister) diese Vorlage durch gesonderte Ständebestimmung abermals zur Ablehnung gebracht.

Der Kampf um Bochum. Die nationalliberale Partei des Reichstagswahlkreises Bochum-Gelsenkirchen hat beschlossen, an der Kandidatur des neulich im Grubenbetriebe verunglückten Bergmannes Karl Beckmann festzuhalten. Parteivorstandender Rechtsanwalt Seydemann und Generalsekretär Schach betonten in ihren Reden, daß die nationalliberale Partei im Bochumer Kreise ihren Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie richten müsse. Mit der Parole: Der Feind steht links, der Gegner rechts! wolle man den kommenden Wahlkampf sachlich und in der Weise führen, daß ein etwaiges späteres Zusammengehen mit dem Zentrum nicht von vornherein unmöglich gemacht werde.

In dem Reichstagswahlkreise Asten-Herford, der gegenwärtig von dem fortschrittlichen Abg. Müller vertreten wird, hat das Zentrum für die kommenden Wahlen die Unterstützung des christlichsozialen Kandidaten Oberlandesgerichtsrats Brunnemann beschloffen. Die Christlichsozialen hatten bisher, wie die „Vossische Zeitung“ hervorhebt, nie mehr als 1700 Stimmen aufgebracht, während das Zentrum bei den allgemeinen Wahlen von 1906 7700 Stimmen hatte.

Im Kreise Essen-Muhr ist die Kandidatur des demokratischen Redakteurs Schorck wegen seiner Erkrankung zurückgezogen worden. Da ein neuer Kandidat nicht aufgestellt werden soll, sind außer der polnischen Kandidatur, nur drei Kandidaten vorhanden: Genosse G. W. H. für die Sozialdemokraten, Giesbert für das Zentrum und Realschuldirektor Dr. Steincke als „nationaler“ Mischmasch Kandidat.

Gegen die scharfsichtige Kugel. Nach einem Bericht aus Petersburg hat das russische Rote Kreuz das Kriegsministerium ersucht, eine Kommission einzusetzen zur Prüfung der bei den deutschen und österreichischen Armee eingeführten scharfsichtigen Kugel. Die Bedeutung dieser Kugel solle vom Standpunkt der Feldchirurgie und des Kriegsanitätswesens festgestellt werden, da sie sich infolge ihrer mangelnden Stabilität während des Fluges und weils in der Seitenlage in den Körper einbringe, sobald sie schwere Wunden verurache.

Zentrumsversammlung als Gottesdienst. Wie sehr das Zentrum Politik und Religion verquid, erfährt man aus folgender Kundgebung, die sich in Nr. 272 des „Friedrichshal-Bildhauer Generalanzeiger“ vom 21. November findet:

Katholische Gottesdienste. 8 Uhr und 10 Uhr. Friedrichshal: 7.30 Uhr Frühmesse, 8.45 Uhr Kindermesse, 10 Uhr Hochamt.

Bildhof: Frühmesse 7 1/2 Uhr, Hochamt 10 Uhr, Andacht um 2 Uhr. — 5 1/2 Uhr nachmittags: Zentrum s. Versammlung.

Was sich einem Zentrumsgesittlichen alles als „Gottesdienst“ gelten muß.

Ausland.

Persiens Ende.

Wie leicht voraussehen war, ließ sich der Jarkismus durch die Demut der persischen Regierung nicht beschwichtigen. Die Abbitte, die sie leistete, genügte ihm nicht, er fordert die Abschaffung des amerikanischen Finanzagenten und die Versicherung, daß Persien ohne seine Einwilligung keine fremden Beamten anstellt. Lehnt die persische Regierung diese Einladung zum Selbstmord wirklich ab, wie der Telegraph meldet, oder gibt sie nach, das Endergebnis wird gleich sein. Es scheint der Moment gekommen zu sein, wo der alterschwache russische Für den Leib Persiens mit gierigen Zähnen an sich reißen wird, wo er nach so langer Enthaltenszeit wieder seinen Raubinstinkt mit Wollust führen wird. Er kann es tun, nicht etwa, weil seine Kräfte nach den Niederlagen in der Wandschürei, nach den von der Revolution bekommenen Schlägen ungenommen hätten. Diesen Blutverlust kann ihm nichts erleiden. Er rückt gegen Teheran, weil sein alter Feind, der ihm ein Jahrhundert lang den Weg versperrte, weil England jetzt zynisch Persien ausliefert und weil Persien selbst keine Widerstandskraft besitzt.

England liefert Persien aus und das entscheidet über die Geschicke Persiens. Es tut dies, nachdem es, wie es sich aus den amtlichen Dokumenten deutlich ergibt, im Jahre 1906 und 1907 die persischen Reformen gegen den Schah und gegen Rußland unterstützt hat. Es tut dies, weil Persien nur ein einfacher Bauer auf dem weltpolitischen Schachbrett Englands war. Früher galt es, dem russenfreundlichen Schah Schach zu geben, und das Herz des englischen Imperialismus schlug hoch für die persische Freiheit. Jetzt gilt es, Rußland in guter Stimmung zu erhalten, damit es nicht zu sehr mit Deutschland liebäugelt, und die persische Freiheit ist der Preis, der dem russischen Fürsten wohl tun soll. Entschließen kann sich darüber nur, wer von Persien über die „freiheitliche auswärtige Politik“ Englands“ eingekauft. Die Laten des englischen Imperialismus überseh. Die „freiheitliche auswärtige Politik“ war eben ein solches Feigenblatt für die Prostitution des englischen Kapitals, wie die „Verletzung der staatlichen Kräfte“ den Appetit des Jarkismus auf den Balkan verhillen sollte. England entzückte sich über die Armeniergeuel in der Türkei, als seine Politik auf die Aufstellung der Türkei zu feuern begann, es entzückte sich über die Negergeuel in Belgisch-Kongo, um die Erlaubnis für die Durchführung der Kap-Kairobahn durch dieses Gebiet Belgien abzutrotzen, es schickte Persien vor Rußland, als der Jarkismus eine Gefahr für Indien bedeutete. Jetzt erteilt es den verzweifelten Persern den Rat, sie sollen doch den Verdammnisprozess Rußlands nicht fördern.

Die widerlich dieser Abklärer ist, so haben deutsche bürgerliche Blätter nicht das geringste Recht, die Nase über ihn zu rümpfen. Hat doch der deutsche Imperialismus im November vorigen Jahres dasselbe getan, was jetzt, allem Anschein nach, der englische tut. Er hat dem Jarkismus in Potsdam freie Hand für alle seine Untaten in Nordpersien gegeben für die Verhinderung, er werde ihm in der Bagdadbahnfrage keine Schwierigkeiten bereiten. Und selbst darauf kann sich der deutsche Imperialismus nicht berufen, daß er dem persischen Volke niemals irgendwelche Hoffnungen gemacht habe. Laut Erklärungen glaubwürdiger persischer Reformer, die in der englischen Presse veröffentlicht worden sind, und von der deutschen Regierung nicht dementiert wurden, hat der unlängst verstorbene Staatssekretär Steinitz im Jahre 1909 den persischen Revolutionären Hoffnungen auf deutsche Unterstützung gemacht und ihnen gesagt, in erster Linie jedoch müßten sie den russischen Eindringlingen selbst bewaffneten Widerstand leisten. Diese Provokationspolitik sollte dann den Preis des deutschen Verzichts auf Persien erhöhen.

So ist die Erdrosselung der persischen Freiheit ein Produkt der allgemeinen imperialistischen Politik der kapitalistischen Staaten und besonders ein Resultat des deutsch-englischen Gegenstahes. Würden Deutschland und England um die Gunst des Jarkismus buhlen, so wäre er ebenförmig imstande, die persische Freiheit zu erdroffen, wie er es das ganze vorige Jahrhundert nicht in der Lage war.

Neben dem Strett der kapitalistischen Staaten findet Rußland für seine Politik eine Unterstützung in der sozialen Ferkelung, in der sich Persien jetzt befindet. Wer soll ihm Widerstand leisten? Die feudalen Großgrundbesitzer sind dazu nicht imstande, weil sie die Modernisierung Persiens selbst bestrachten. Würde sie doch ihrer Herrschaft ein Ende bringen. Wie einst die feudalen Potenzen verlaufen sie Persien teilweise an Rußland, teilweise sind sie schon darum ohnmächtig, weil ihnen das von ihnen bisher ausgeübte Volk keine Gefolgschaft leisten würde. Die reiche Kaufmannschaft, die im Jahre 1906 die revolutionäre Bewegung unterstützte, hat schon lange für sie jede Schwachheit verloren, stört doch der revolutionäre Kampf gegen Rußland die Ruhe und das Gedeihen des Handels. Das städtische Kleinbürgertum hat Rußland, aber die Teuerung, unter der es jetzt leidet, nimmt ihm die Lust zum weiteren Kampfe. Das

Wauer litt unter der feudalen Unterwerfung. Hat aber die Revolution darin Wandel geschaffen? Früher wurde er nur von den Herden gebrandschagt, die als Schahs- oder Gouverneurs-truppen“ seine Dörfer besuchten, jetzt muß er noch die Freischärler und die gegen die Reaktionäre kämpfenden Sachkaren verpflegen. „Nieber ein Ende mit Schreden, als ein Schreden ohne Ende“ — das ist die Stimmung, die in den Volksmassen Persiens herrscht. Es bleiben noch die kriegsgerissenen Romadenbiller, die ein Drittel der persischen Bevölkerung ausmachen. Sie sind die einzigen, die vielleicht den Fortberungen Rußlands einen größeren Widerstand leisten werden, wenn sie die russische Regierung nicht zu ihrer Stütze wählt, und ihnen nicht den Freibrief auf legales Verrauben des Volkes gibt.

Das ist die innere und äußere Lage Persiens, in der Rußland seinen Zug gegen Teheran unternimmt. Wird es sich mit einem mehr oder weniger verstellten Protektorat begnügen oder zu direkter Annexion Nordpersiens greifen? Das hängt von seinen Verhandlungen mit England ab. Der englische Imperialismus hat ein Interesse daran, daß der russische Raubzug in Bagdad wenigstens ein Aufstößel, denn es wäre sehr bedenklich, wenn der englische König bei seinem bevorstehenden Besuch in Indien Protekte der indischen Mohammedaner gegen die Verhinderung ihrer Glaubensgenossen an die Rußen zu hören bekäme. Dieses Interesse Englands kann verurlichen, daß es noch zu Reibereien zwischen England und Rußland bei der weiteren Entwicklung der persischen Vorgänge kommen kann. Aber sie werden das Ende der persischen Freiheit nicht mehr verhüten können.

Die kroatischen Wahlen werden blutig. Das kroatische Amtsblatt macht bekannt, daß die Neuwahlen in den kroatischen Landtag am 15. und 16. Dezember stattfinden werden. Die Agrarier Blätter schreiben, daß in Anbetracht der überaus großen Spannung zwischen Kroaten und Ungarn diese Neuwahlen die blutigsten sein werden, die Kroaten jemals erlebt habe.

Das vertritt sich. Nach einer aus tschechischer Quelle stammenden Meldung soll der Einschränkung der tschechischen Politik auf die Regierungsmajorität in Oesterreich bereits vollkommen und dauernd sein, was schon durch die Abstimmung der Tschechen für das Budget zum Ausdruck gekommen sei. Außerhalb der Majorität sollen nur die unabhängigen Tschechen und die Nationalsozialen bleiben.

Das Ende von Persien.

Auch die Türkei will ein Stück Persien haben. Zwei türkische Armeekorps, die in der Nähe der persischen Grenze liegen, wurden mobilisiert. Auch wurde die Verstärkung der türkischen Konsulatswachen in Persien beschloffen. Mit Mißtrauen gegen Deutschland erfüllt sind die fortschrittlichen Politiker in Persien. Auf die verschiedenen islamfreundlichen Versicherungen Wilhelm II. hatten auch sie Hoffnungen gesetzt, die ihnen nun zerschanden worden sind. Die deutsche Regierung fühlt sich zu wohl auf Seiten Rußlands, um gegen dessen Raubgelüste einen Einspruch zu wagen. So gereicht auch jetzt wieder die verfahren Situation, die Deutschland als einen „Feind“ von England und Frankreich erscheinen läßt, Rußland zum Vorteile.

Teheran im Belagerungszustand.

Teheran, 4. Dezember. Gestern sind fünfundsiebzig russische Kosaken zur Verstärkung der Gesandtschaftswache hier eingetroffen. Auch wurde die russische Kolonie mit Waffen versehen, eine unnötige und provozierende Maßregel. Der frühere Polizeiminister Jerssem sollte mit der Stadtprefektur betraut werden, hat aber erklärt, er müsse jedes Amt ablehnen, da er krank sei; er wird bald nach Europa abreisen. Der Wachtiar Emir-Mudschid wurde an seiner Stelle zum Stadtprefekten ernannt. Er will die Freiheit für Rußland erntlassen, denen man die letzten Mordtaten zuschreibt. Wessern waren der Bazar und die Schulen geschlossen. Die Schulen veranstalteten Protestumzüge vor den Gesandtschaften. Dabei wurden längere Reden gehalten; doch waren fast alle Gesandtschaften geschlossen, nur die amerikanische und die türkische waren geöffnet; deren Geschäftsträger traten auf die Straße und dankten für die Sympathieäußerungen. Ueber Teheran ist der Belagerungszustand verhängt. Der Wachtiarchef Sardar-Nisad wird heute hier erwartet. Man hofft von ihm Rat und Hilfe in allen Schwierigkeiten.

Immer mehr Kosaken.

Teheran, 4. Dezember. Ein Telegramm aus Kaswin berichtet, daß die russischen Truppen in Rescht die dortige persische Miliz entwaffnet und das Telegraphenamt besetzt haben. Aus allen Teilen der Provinz treffen Telegramme ein, die dem Niederschlag Unterstützung anbieten. Nach weiteren hier eingegangenen Berichten sind 2000 Russen dreißig Meilen südlich von Rescht eingetroffen. In Teheran sind 25, in Kaswin 200 Kosaken angekommen.

Todesdrohung gegen den russischen Gesandten.

Petersburg, 4. Dezember. In Teheran herrscht nach hier vorliegenden Depeschen ungeheure Erregung gegen die Russen. Es sollen Proklamationen erschienen sein, die den Tod des russischen Gesandten und des Generalkonsuls fordern. Im Medschlis habe man in einer öffentlichen Sitzung den Krieg gegen Rußland, mit Unterstützung durch Amerika, von dessen Hilfe man überzeugt sei, gefordert. In politischen Versammlungen fordert die Geistlichkeit zum heiligen Krieg und zu einer allgemeinen Erhebung des Volkes gegen Rußland auf. Die Wachtieren werden angeblich Teheran beim Einrücken der Russen verlassen. Gleichzeitig macht sich eine starke Bewegung zugunsten des Eschahs bemerkbar.

Arbeiterbewegung.

Zur Tabakarbeiterausperrung in Westfalen.

Es verlautet, der Landrat des Kreises Minden habe Unterhandlungen zur Beilegung der Tabakarbeiterausperrung in Westfalen eingeleitet. Die Unterhandlungen sollen sich zunächst nur auf diejenigen Betriebe beziehen, in denen von den Arbeitern die Forderung höherer Löhne erhoben ist, und die damit den Anlaß zu der Ausperrung gegeben haben.

Briefkasten

N. 200. Die Zeitschrift der „Händler“ in Berlin. N. 2. 36. 1. Ja: Sie brauchen nichts anmelden. 2. In besonderen Fällen. 3. Wenden Sie sich ans dortige Arbeitersekretariat, das Ihnen darüber Genaueres sagen wird. W. G. Geißerwis. Wenn das Betreten des Waldes verboten, bezöhen Sie die 3. M.: sonst beschweren Sie sich beim Amtsgericht in Ohlan. W. W. Der Vater ist nicht verpflichtet, für seinen 63-jährigen Sohn die Krankenhausekosten zu bezahlen.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Ochs. — Redaktion und Expedition: Neue Wuppertalstr. 7. — Verlag von Ochs & Co. — Druck von O. Schöler. G. m. b. H. — Druck in Breslau. — Hierzu 2 Beilagen.

Am 3. Dezember cr. verschied nach kurzem Krankenlager unser werter Kollege und Mitarbeiter, der Bocksaesenschaelder

Oskar Kunot

im Alter von 54 Jahren.
Sein Andenken werden in Ehren halten
Seine Kollegen u. Mitarbeiter der Firma Gebr. Bauer.
Beerdigung: Mittwoch, den 8. Dezember, 1 Uhr nachmittags vom Trauerhause Luisenstraße 27. 8764

Am 3. d. Mts. verstarb nach kurzer Krankheit unser Freund und Verbandskollege, der Maschinuarbeiter

Oskar Kunot

im Alter von 54 Jahren.
Ehre seinem Andenken.
Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau des Deutschen Holzarbeiterverbandes.
Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 1 Uhr, nach Gräbchen. Trauerhaus: Loui-enstrasse 27. 8760

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, welche uns bei dem so unerwarteten Dahinscheiden meines teuren Mannes, unseres lieben guten Vaters, bewiesen worden sind sprechen wir hiermit allen Verwandten, Kollegen, Freunden und Bekannten, sowie der F. S. V. „Nikolator“ unseren innigsten Dank aus.
Breslau, den 5. Dezember 1911. 8759

Fran Anna Sofko nebst Kindern.

Stadt-Theater.

Dienstag 7 1/2 Uhr:
„Der Fünfsitzer“.
„Der Blumen Rache“.
Mittwoch 7 Uhr:
„Lohengrin“.
Donnerstag 7 1/2 Uhr:
Gastspiel Margarete Siems
„Rigolotto“.

Lobe-Theater.

Dienstag 7 1/2 Uhr:
„Wahnsinn“.
Mittwoch 7 1/2 Uhr:
„Wahnsinn“.
Donnerstag 7 1/2 Uhr:
„Wahnsinn“.
Freitag 7 1/2 Uhr:
„Wahnsinn“.

Thalia-Theater

Dienstag, 7 1/2 Uhr:
„Die Orientreise“.
Mittwoch, 7 1/2 Uhr:
„Die Orientreise“.
Donnerstag, 7 1/2 Uhr:
„Die Orientreise“.

Schauspielhaus

Dienstag, 8 Uhr:
„Die verbotene Frucht“.
Mittwoch, 8 Uhr:
„Die verbotene Frucht“.
Donnerstag, 8 Uhr:
„Die verbotene Frucht“.

Liebig's Etablissement

Otto Reutter

und das brillante
Dezember-Programm.
Anfang 7 1/2 Uhr. 8699

Viktoria-Theater

Donnerstag, 8 Uhr:
Original Parisiana
„Verbotene Frucht“
„Ein wenig Musik“
„Los Nummer 33“
Sonderbrilliant, Komposition.
Anfang 8 Uhr. 8703
Pomp. und elegant.

Zeltgarten

Willy Haase

mit seinem Ensemble.
2 Burlesken
zum Entdecken.
Anfang d. neue Programm.
Euree: 0 Pl.

Palmengarten.

Das von vorigem Jahre so beliebte
Elite-Damen-Ballet
Direktion Janetz.
Euree frei.

CIRCUS

GYRILL

HATLE

Breslau, Gira. Busch-Gebäude
Luisenplatz - Tel. 5-24.
Dienstag, 8. Dezember 1911,
abends 8 Uhr:
Anlässlich der Anwesenheit
Sr. Maj. Kaiser Wilhelm II.
in Breslau. 8746

Gala-Fest-Vorstellung.

Mittwoch, 6. Dezember 1911
2. ar. Gala-Vorstellungen
nachm. 4 1/2 u. abends 8 Uhr.

Jeden Mittwoch und Freitag:
Spezialtag
H. Leber und Drehschneid
nach 4 Stunden Anz.
1. 1/2 Uhr 20 Pfg.
Bei ein Paar-Gemahne 75 Pfennige.

Hildebrand,

Postenbelfstraße 4 und
beide Marktseiten. 5214

Spezialgeschäft für gut gearbeitete, gediegene

Möbeln

Bestelle m. Maier u. Söhne 25 u.
Spreng 24 u. Hirschfeld 35 u.
Giese u. Hildebrand-Gewerbetriebe
von 200 u. m. - Kataloge gratis.
Befähigung ohne Kaufzwang erwerblich.
Alles spottbillig. Teilzahl. gezahlt.

Max Giesel

Grösstes Möbel-Kaufhaus
der südlichen Stadt bestehend aus ca.
70 Einrichtungen in 6 Lagerräumen
abgeschlossen.
Brüderstraße 5, ptr. u. l.

Setzfedern und fertige Betten.

Recht
BILIST
7210

Spez. Grössenherstellung.
Preisliste gratis und franco.
Julius Immers 12-14
Bresl.-Reichstr. 32 33

Lieben Sie

ein gutes, solides Bett, welches Ihnen
jede Nacht ein angenehmes und gesundes
Schlafen gewährt.
Zu den besten: 636

Steckenpferd - Lillienmilch - Seite
von Bergmann & Co. Endezeit
Preis à Stück 50 Pfg. kann nach den
Lillienmilch-Cr am Bad
mit und ohne Bett in einer Nacht
fertig und bequem sein. Seite 59 Pfg. bei:
S. C. Schwartz, Oskarstr. 4
H. Dreier, Hirschstr. 4
Franz Gröschel, Silesische 61
Friedr. G. - Carl, Silesische 38a
Wilo. Hirschmann, Silesische 21
F. Hoffmann, Oskarstr. 63
Oskar Klosser, Silesische 44
Paul Arntzel, Silesische
Max Leh. Silesische 63
Franz Meyer, Silesische 73
Franz Meyer, Silesische 73
H. Sch. im Kochh. Silesische 97
G. Späth, Silesische 57
Sondermarkt-Apothek, Silesische 44
Sondermarkt-Apothek, Silesische 11.

„Hurra! Hurra! Hurra!“
bei Franz Nowack ist ein
stammer Junge da.

Trauerhüte

In größter Auswahl und
billigsten Preisen 7848

Kulda Siedner

Schmiedebrücke 15/16
Gute Kupfer-Schmiedest.

Kaufe gebr. Schränke

Bestlos, Feinleinen, Sofas, Kommoden,
Wäschräder, ganze Stuben-Einrichtungen
gegen sol. Zahlung. Friedrichstraße 53 a.

Holzschuhe u. Holzsohlen

ausweist bill. Wagner, Silesische 18.
Euree mehr betriebl. großes Lager von
gebr. billigen Möbeln
Friedrichstraße 53 a.

Moderne Fracks

Smokings, Gesellschaftsanzüge,
Kostüme billigst 8061

Heinrich Jaco son,
Neue Schatzkammerstr. 15.

fämtliche schlestische Reichstagswahlkreise

energ. Vertreter. Verb. Parteien, bevorzugt
Sch. Offiz. 1011 unter N. M. 1173 an
Rudolf Hesse, Stuttgart. [8770]

Sofortige Provisionszahlung

für Zulassung von Sterbekassen-
und Kindervers.-Anträgen mit
wöchentl. eher Prämienzahlung. Bei
befriedigenden Leistungen An-
stellung m. festem Gehalt u. Spesen.
Sachdirektion der „Iduna“
Breslau II, Neudorfstr. 11, I. [8761]

Arbeiter-Garderobe

Bergkleidung für alle Branchen.
echt wässhilf. wasserdichte, wärmehaltige
Juden und Dosen billig bei [7370]

Wilhelm Knauerhese

nur Kupfer-Schmiedest. 16
Vorzelger 5% Rabatt.

Gefunden

ist Geld bei reitem und klugem Einkauf
Stagge. Hlfr. nur 10 Mk. [8419]
Nach Maß machbar. 8 Mk.
Jobben 4, Pt. - 2. Jan 2, Pt.
Anzugf. brief Ballstr. 17a, I.

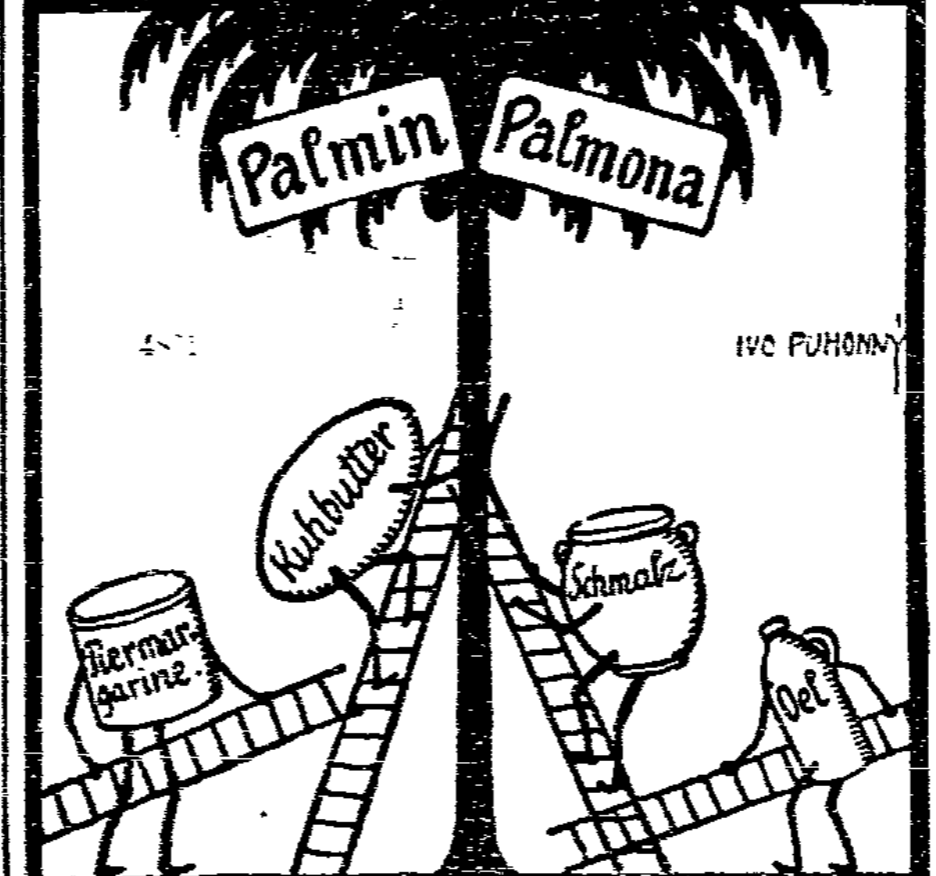
Bekanntmachung.

Mit Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörden wird zu
Okt. 1912 in Räumen des Schulhauses Silesische 29/31
eine dritte und zwar paritätische höhere Mädchenschule
gegründet und mit den Klassen 10 und 7 eröffnet.
In die neue höhere Mädchenschule wird das von der
Mädchenschule zu trennende höhere Lehrerinnen-Seminar ange-
schlossen.
In die Mädchenschule wird eine neue paritätische real-
gymnastische Studienanstalt mit zunächst den Klassen VI, V und IV
angehängt.
Die paritätische realgymnastische Studienanstalt an der
Bismarckschule wird beibehalten, doch werden die Parallelklassen
aufgehoben.
Anmeldungen für die neue höhere Mädchenschule und das
Lehrerinnen-Seminar sind schriftlich an das Magistratsbüro XIV,
Bismarckstr. 3, zu richten.
Anmeldungen für die neue Studienanstalt nimmt der
Direktor der Mädchenschule in Schwerinstraße 1/13 entgegen.
Breslau, den 1. Dezember 1911. 8762

Der Magistrat
hiesiger Königl. Haupt- und Residenzstadt.

Pfannkuchen

mit feiner Füllung
= täglich frisch =
3 Stück 10 Pfg.
sowie alle anderen Backwaren in bester Qualität empfiehlt
Telephon 9561. **Julius Ziegen**, Tschapinerstr. 8.
Bäckerei mit elektrischem Betrieb.



Sie kommen nicht so hoch hinauf

In der Gunst des Publikums wie
Palmin (Pflanzenfett) und Palmona (Pflanzen-
Butter-Margarine), die sich jeden Tag mehr ein-
bürgern sowohl als Koch- und Backfett wie auch
als Brotzusatz. - Das beweisen am besten die
zahllosen Nachahmungen, die gewiss ein be-
redtes Zeugnis ablegen für die vorbild-
liche Qualität unserer Produkte.
H. Schlink & Cie. A.-G.
NB. Palmin liegt auch „weich“ (kornzahnlich) zu haben.

Ratenzahlungen

fertige Uhr und
Uhren und Goldwaren,
Regulatoren, Ketten, Uhrentingens etc.
R. Leitloff, Uhrmacher, Nikolaistr. 41,
am Silesische.

Grosser Weihnachtsverkauf

zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

Gratis: Für 1912
Grosse Wandtasche
mit
Abreiss-Kalender.

Trotz der billigen Preise
gewähren wir bei
Einkauf von 5 Mk.
an bis Weihnachten
in bar einen
Extra-Rabatt von **4%**

Ball- u. Theaterschals gr. Auswahl	3.45, 2.75, 2.25, 85 Pf.
Tuch-Unterröcke moderne Farben	2.90, 2.45, 2.25, 1.95
Damen-Trikohemden lange, Aermel	2.00, 1.65, 1.40
Herrn-Trikohemden gute Qualität	2.35, 2.10, 1.55, 1.15
Herrn-Trikohosen gefüttert	2.60, 2.30, 1.80, 1.10
Herrn-Hosen Normaltrikot	1.90, 1.65, 1.30, 1.10
Reform-Damenbinklleder	2.45, 2.25, 1.95
Damenhemden weiss mit Spitze u. Stickerei	1.55, 1.40, 1.10
Damenbinklleder mit Stickerei	1.65, 1.45, 1.25
Nachtjacken weiss, Cöperbarchent	1.90, 1.60, 1.20
Herrnhemden weiss mit Fältchen	1.90, 1.65, 1.45
Mädchen- u. Knabenhemden Barchent	60, 55, 50 Pf.
Weisse Stickerei-Unterröcke	2.95, 2.65, 2.45
Untertailen mit Bogen u. Stickerei	1.35, 95, 75, 65 Pf.
Wintersocken kräftig u. warm gestrickt	35, 30, 28, 23 Pf.
Kragenschoner gestrickt weiss u. farbig	75, 65, 45, 25 Pf.
Gestrickte Herrenwesten	3.60, 2.75, 2.25, 1.95
Gestrickte Damenwesten	2.65, 2.25, 1.60, 1.55
Untertailen warm gefüttert	1.15, 95, 75 Pf.
Trikotunterzeuge für Kinder	1.30, 1.20, 95, 80 Pf.
Umschlagtücher moderne Muster	1.75, 95, 75 Pf.
Kinder-Röckchen gestrickt	1.25, 95, 80, 65 Pf.
Chemisette warm gefüttert	88, 65, 45 Pf.
Chemisette gestr. Wolle, weiss und bunt	1.25, 85, 65 Pf.

Sweaters für Knaben u. Herren

Riesenauswahl von mehr als 3000 Stück
4.40, 3.65, 3.35, 2.80, 2.40, 1.95, 1.75, 1.50, 1.40,
1.20, 1.10, 95, 75 Pf.

Kragenschoner weiss, bunt u. Halbseide	85, 65, 55 Pf.
Halstücher Halbseide grau	95, 65, 48 Pf.
Bettbezüge bunt, m. Gimpe u. 2 Kissen	4.65, 4.35, 3.75
Wirtschaftsschürzen	1.35, 1.25, 85, 75 Pf.
Mieder-, Kimono- u. Reformschürzen	2.10, 1.95, 1.75, 1.45
Anarte türk. Tändelschürzen	1.45, 1.25, 1.15, 85 Pf.
Moderne Kinder-Schürzen	1.05, 95, 85, 75 Pf.
Handschuhe f. Damen u. Herren	68, 55, 45, 35, 30, 20 Pf.
Selbstbinder f. Herren, Neuheit	1.10, 95, 85, 75, 48 Pf.
Krawatten Riesenauswahl	95, 85, 65, 45, 35, 30 Pf.
Winter-Frauenstrümpfe	95, 68, 48, 38 Pf.
Kinderstrümpfe Reine Wolle	85, 50, 35 Pf.
Gamaschen für Kinder, gestrickt	55, 50, 45 Pf.
Kopftücher Reine Wolle	1.25, 95, 75 Pf.
Co sets bedeutende Auswahl	1.65, 1.35, 1.15, 95 Pf.
Hosenträger f. Herren u. Knab.	95, 75, 65, 48, 38, 30 Pf.
Serviteurs für Herren u. Knab.	85, 65, 55, 48, 40, 35 Pf.
Kragen 4fach Leinen, alle Fassons	40, 35, 30, 25 Pf.
Garnituren Servit. u. Mansch.	1.65, 1.35, 95, 85, 75 Pf.
Seidene Garnituren modernste Muster	1.95, 1.75
Barchenthemden für Frauen und Männer	1.40, 1.25, 1.10
Velour-Röcke u. -Hosen	1.90, 1.65, 1.30
Taschentücher	Stück 20, 15, 12, 9, 5 Pf.

Lucas Nachf. Fraenkel

Breslau, Schmiedebrücke 54.
Grösstes Spezialhaus für Strumpfwaren.
Eigene Wäsche- und Schürzen-Fabrik.
In freien Stunden, Zeit 10 Pfg.

Schlesische Wahlkampfblätter.

Die erste sozialdemokratische Versammlung.

Am Sonntag fand in Rohenau, Kreis Lüben, die erste sozialdemokratische Wählerversammlung statt. Das war für Rohenau eine Sensation, denn in dieser finsternen Gegend war es bisher unmöglich, eine Versammlung zu veranstalten. Der große Saal im „Weißen Hof“ vermochte kaum die Massen zu fassen. Circa 1000 Personen waren erschienen. Der Referent, Genosse Schneidewind, Breslau, sprach über das Thema: „Das ausgebeutete Volk und die kommenden Reichstagswahlen“ und erteilte für seine trefflichen Ausführungen stürmischen Beifall.

In der Diskussion wurde unter allgemeiner Heiterkeit auf die „Vierabend“ der Wähler hingewiesen, die damit die Stimmen einsparigen wollen. Genosse Lachmann teilte mit, daß in der nächsten Versammlung Genosse Scheib, der Kandidat des Kreises, selbst sprechen wird. Nach einem kräftigen Schlußwort des Referenten, wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen, in das die Massen einstimmten. Der Verlauf dieser Versammlung kann geradezu als ein glänzender bezeichnet werden. Es wird auch nächstmal ein glänzender sein!

Aus dem Reiche Feindebrände!

Je näher der Wahltag kommt, umso verzweifelter wehren sich die Konservativen gegen die „Sozial“ und „Mittelstufen“. Wie die die Vandalenplünderung über Feindebrände und konservativen Politik denkt, zeigte der letzte Sonntag. Es war dem national-liberalen Bauernführer Schmidthalz möglich geworden in Ober-Glauchau, Kreis Trebnitz, der Residenz des Herrn von Kessel, des Wahlmanagers des Herrn von Feindebrand, eine Volksversammlung — allerdings unter freiem Himmel — zu veranstalten. Das war den Herrschaften doch schon zu nahe auf den Hals gerückt und in der Angst veranstalteten die Feindebrandler eine konservativere Versammlung in Radeburg. Die Leute des Herrn von Kessel und seiner Kollegen wurden nach Klein-Troschen kommandiert, sogar auf dem Kasernenplatz hingerufen.

Trotzdem war die Versammlung in Ober-Glauchau von 200 Männern besucht und folgte der Rede des Herrn Schmidthalz mit Aufmerksamkeit. Redakteur gestattete sich aber die Versammlung, als ein sozialdemokratischer Redner, Genosse Ziegler aus Breslau, die Sünden der Feindebrandler und ihrer Freunde geißelte und den Zuhörern ans Herz legte, am 12. Januar kräftigst Wahrung zu halten und deshalb nur einen wirklichen Feindebrandler der sozialdemokratischen Kandidaten zu wählen. Trotz der Rede hörte die Versammlung, die sich aus ausgetretenen Bauern und freieren Arbeitern zusammensetzte, aufmerksam zu und zeigte lebhaften Beifall. Während der Rede des Sozialdemokraten lautete vom Kirchturn her die Abendglocke und ein Teilnehmer der Versammlung machte dazu die folgende Bemerkung: „Das ist das Totenglocken von Feindebrände Herrlichkeit!“ — Die Angst der Konservativen ist also zu verstehen. In der Versammlung im Saal in Klein-Troschen schämte im Schweigenden die Feindebrandler mit den Händen ringend und dem Taschentuch weinend, Parteiführer Kessel über den „politischen Schwergewicht“ und die bösen Sozialisten. Ein Wirtschaftsanwalt rechtfertigte das patriotische Verhalten seiner Herren und meinte, daß nur deshalb von diesen Geistes und andere Ausländer beschäftigt werden, weil die einheimischen Arbeiter nur faule Lagediebe sind! — Der drohligste dieser konservativen Feindebrandler aber war ein „Arbeiter“, ein Verwalter aus Breslau; der hatte es auf die Zeit abgesehen. Gegen Champagnertrunk und gegen alle Versicherungsgesetze hätten die Sozialdemokraten gestimmt. Er habe sich alles genau aufgeschrieben. Nur war die Redezeit schlecht im Saal, sonst hätte er noch mehr vorgelesen. Seine Rede schloß sich mit: „Ich bin schon ein zu alter Gimpel mich können die Noten nicht mehr einfangen!“ Als im Schlußwort Herr Kessel sich noch über die Gegner hermachte, die man von der Versammlung ausschloß und ein Genosse durch Zuruf seine Diskussion verlangte, da meinte Herr Kessel, sozialdemokratischen Rednern kann man das Wort nicht geben. Aus der Versammlung schrie einer: „Ihr wollt wohl Bekanntschaft mit Bauernknechten machen?“

Aus aller Welt.

Langsam voran. Vor fünf Jahren in Prälulein, eine deutsche Reichsangehörige, in Holland in das Jrenhaus gezwungen, und dabei auch noch ihrer Habe beraubt worden. Nachdem die „Welt am Montag“ wiederholt das Unwürdige Amt an seine Pflicht erinnert hatte, ist etwas geschehen: man hat jetzt festgestellt, daß die Behauptung des Fräulein L. wahr ist, sie habe ein Wertpapier über 2000 Kronen besessen, und dies sei, als man sie einbrachte, vermischt worden. Das Papier, dessen Nummer durch den Bankier festgestellt werden konnte, ist inzwischen ausgelöst, aber nicht zur Auszahlung präsentiert worden. Jetzt ist ein Aufgebotsverfahren zur Kratillsekretaria eingeleitet — in Ungarn, weil es sich um eine ungarische Obligation handelt. Nach 3 Jahren soll Fräulein L. die 2000 Kronen bekommen. Bis dahin wird sie verhungert sein, denn sie ist in der traurigsten Lage.

Die Petitionskommission des Reichstages hat sich mit der Sache beschäftigt und auch die Petition des Fräulein L. „zur Erwägung“ überwiesen. Man sollte ruhig die schärfere Form „zur Berücksichtigung“ wählen und dem Unwürdigen Amt dringend empfehlen, den Vormundhaftbar zu machen, den die holländischen Behörden für Fräulein L. bestellt hatten, und der auf private Anfragen nicht einmal antwortet. Es ist doch unerträglich, daß einer Reichsangehörigen, die in Holland ins Jrenhaus gebracht worden ist, und der man bei dieser Gelegenheit ihre Habe erwidern hat (wie jetzt festgestellt), nicht zu ihrem Rechte zu helfen ist. Die niederländischen Behörden müssen aufgefordert werden, die Forderung des Beamten durchzusetzen, der es an der nötigen Sorgfalt hat fehlen lassen. Und: es eilt, weil Fräulein L. hungert!

Arbeiter und Bankdirektor. Nach 17 Verhandlungstagen hat endlich der Hauptprozeß gegen den Bankdirektor Ohm und Genossen sein Ende erreicht. Der Mann, durch dessen strafwürdige Leitung die Niederdeutsche Bank in Konkurs geraten ist und viele Leute ihr sauer erworbenes Geld verloren haben, ist billig davongelommen. Wie gewöhnlich in solchen Fällen, ließen sich die Verurteilungen nicht alle juristisch nachweisen, von wovon bleiben nur zwei bestehen. Der Staatsanwalt beantragte zweieinhalb Jahre Gefängnis und 5000 Mk. Geldstrafe, der Gerichtshof ging aber tief unter diesen Vorschlag und verhängte gegen den Bankdirektor nur acht Monate Gefängnis und 2100 Mk. Geldstrafe und gegen seine Velfersbeter vier bezw. einen Monat, die aber als durch die Unternehmungshaft verbüßt angesehen werden gegen sie waren achtzehn beim neun Monate beantragt. Weniger nachsichtige Richter fand der Arbeiter Wilhelm A. in Rottbus. Er hatte im Laden eines Barbiers sechzig

Herr Feindebrand hats böse. Diese Woche soll er 8 Verhandlungen abhalten. Früher wählte ihn das Volk auch ohne das. So ändern sich die Zeiten!

Eine interessante Versammlung und Diskussion mit den Junkern.

Die erste von den Sozialdemokraten in Poutitz, Kr. Groß-Wartenberg, einberufene Volksversammlung hatte sich nicht nur eines guten Besuchs seitens der Einwohner und Wähler aus den Nachbargemeinden zu erfreuen, sondern auch einige Amtsvorsteher der Umgegend, sowie Reichsrat v. Tinsel und Rittergutsbesitzer Hochmuth hatten sich hierzu eingefunden. Referent war Genosse Kitzpel, der Kandidat für den Kreis. In zweikündiger, oft von Beifall unterbrochenen Ausführungen beleuchtete der Redner die Arbeiten des sterbenden Reichstages, kennzeichnete das Verhalten der einzelnen Parteien zu den wichtigsten Gelegenheiten mit spezieller Berücksichtigung der Taten der Konservativen und des Zentrums. Obwohl die anwesenden Junker durch lebhaften Zwischenruf, bei besonders für sie peinlichen Situationen den Redner zu unterbrechen suchten, konnte Genosse Kitzpel, der zugleich die Zwischenrufer in gebührender Weise abfertigte, seinen Vortrag unter der größten Aufmerksamkeit der Versammlung zu Ende bringen. Stürmische Zustimmung wurde ihm zuteil, als er am Schluß um Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels ersuchte.

In der Diskussion sprach zunächst Rittergutsbesitzer Leutnant Hochmuth. Er rühmte den Fleiß, mit welchem die Großgrundbesitzer auf ihrer Scholle arbeiten, wüßte er, daß die Sozialdemokratie die Schulden, die Sozialdemokratie dagegen sei nur auf die Verteilung der reichen Juden bedacht. Die Erbschaftsteuer sei garnicht von den Junkern des Ostens bekämpft worden, sondern nur deshalb konservativ und Junkern dagegen gestimmt, weil der Landwirt des Westens nicht mit seinen Söhnen die Wirtschaft betreibt. Diese Söhne unterstützen somit ihre alten Väter und schenken den Reichum nicht, den sie beim Tode der Eltern veräußern sollen. Nur wegen dieser Ungerechtigkeit, weniger des eigenen Geldbedürfnisses wegen, hätten die Junker gegen die Erbschaftsteuer gestimmt. Ebenso könnten wir uns die empfindlichen Brutalitäten nicht länger gefallen lassen. Zum Schluß meinte es kommen die Wählungen seien allerdings sehr unerträglich, doch müßten wir das mit uns nehmen. Der preussische Adel und Großgrundbesitzer habe keine direkte Repräsentation. Als der Herr aber ausrief, wir sind alles nur fleißige Bauern, da murmelte die Versammlung ganz merklich.

Der folgende Redner, Freiherr v. Tinsel, rebete vom Schicksal Frankreichs, wo die radikalen Parteien das Ruder führen. Er fragte über den zu geringen Ertrag der Landwirtschaft gegenüber der Industrie und warnte vor den Lagen, die die Sozialdemokratie an Parteienwesen erhebt.

Genosse Kitzpel widerlegte unter dem Beifall der Versammlung die Einwendungen. Die Mahnung, sich bei den Wahlen nicht durch Schnaps, Freier und Zigarren wieder absetzen zu lassen, wurde freudig aufgenommen. Ein Hoch auf die Sozialdemokratie, in welches bis auf die Junker alles begeistert einstimmte, beendete die schöne Versammlung, die uns früher eine große Anzahl Stimmen bringen wird.

Im Kreise Glogau.

Eine Versammlung unter freiem Himmel fand am Sonntag doch noch in Schreban, Kreis Glogau statt. Der Herr Amtsvorsteher Post aus Nieder-Zerkau hatte dieses Mal gerufen, die Versammlung unter freiem Himmel zu genehmigen, aber erst eine Stunde später. Bereits um zwei Uhr kauften auf dem Platz eine Anzahl Besucher, und trotz der empfindlichen Kälte fanden sich nach und nach etwa 150 Personen ein. Genosse Zimmer-Breslau geißelte in dreiviertelstündigem Referat die Sünden des schwarzblauen Mobs, wofür ihm reichlicher Beifall gezollt wurde. Bis zum Schluß barrierten die Teilnehmer handstark aus. Der Lehrer des Ortes wollte sich den Vortrag auch anhören, denn er hatte die Fenster seiner in der Nähe des Versammlungsplatzes befindlichen Wohnung sperrangelweit geöffnet und sah nicht an die Scheiben gedrängt. Als aber Genosse Zimmer das Verhalten des Zentrums und mit ihm die Pfaffenpartei in treffender Weise beleuchtete, schlug der neugierige Schulmann die Fenster zu. Aus dem brausen den Beifall, der weit in das helle Dorf hinaus erklang, schöpfen wir die freudige Gewißheit, daß am 12. Januar recht viele rote Stimmzetteln für uns auch hier abgegeben werden. Die „Landboten“ finden bei dem größten Teil der Landleute freudige Aufnahme.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 6. Dezember.

Geschichtskalender.

6. Dezember.

1853 Der Schauspieler Adalbert Walforsky zu Königsberg i. Pr.
1892 Der französische Publizist Louis Blanc in Cannes †.

Unsere Wähler-Versammlungen

Montag abend stellten sich unsere Reichstagskandidaten im Innern der Stadt und im südlichen Teile des Westkreises vor. Im gut besuchten Cafe-Restaurant auf der Karlsstraße sprach Genosse Bernstein vor Wählern, die meistens Geschäftsleute waren.

Der Redner ging davon aus, daß das Volk vom nächsten Reichstag eine Erweiterung der Volksrechte erwartet, die dringend notwendig sei. Unser Volk habe sich seit 1870 gewaltig geändert, heute sehen wir zwei Drittel der Einwohner Deutschlands in Städten, wo die Arbeiterklasse zuhause ist, während es früher umgekehrt war. Aber die Wahlkreis-einteilung ist dieselbe geblieben, wie vor mehr als 40 Jahren und damit die Herrschaft des platten Landes über die Städte. Es sei nicht mehr als recht und billig, auch den Frauen das Wahlrecht zu geben, denn sie stehen mitten im Kampfe ums Leben, so gut wie die Männer. Wir brauchen mehr Rechte für die Volkvertretung, den Reichstag, der nicht nur eine Geldverteilungsmaschine sein soll, sondern wirklich regieren muß. Das Volk verlangt schärfste eine gerechte Steuerpolitik, die ihm keinen Schaden zufügt. Man leidet das Volk unter den indirekten Steuern mehr als je, und die Armen werden am schlimmsten bedrückt. Deutschland ist aus einem der billigen Länder zu einem der teuersten geworden, was unsern Wettbewerb auf dem Weltmarkt nur hinderlich kann.

Der neue Reichstag steht auch vor der Frage der Handelsverträge, die 1917 ablaufen. Im liberalen Bürgerthum galt es früher als selbstverständlich, für den Freihandel einzutreten; heute sieht für ihn nur die Sozialdemokratie. Sie allein tritt auch gegen den Militarismus auf. Wir verlangen nicht, daß das Land wehrlos gemacht wird; außerdem soll die Ausnahmestellung des Heeres im Volkleben und nicht ein Weltkrieg die Völker dem Verderben zuführen, sondern die Abrüstung muß die Lösung sein. Dann werden wir Geld haben für eine gute, durchgreifende Sozialreform, die den Schwachen vor Reichtum und Elend schützt. Wir haben uns mit aller Kraft zu wehren gegen die England-hetze; wir brauchen Frieden. England ist ja volkswirtschaftlich unter besserer Rinde, der alle unsere Waren zollfrei aufnimmt. Darum wäre es Wahnsinn, mit England im mörderischen Kampfe zu stehen. Die Sozialdemokratie ist die größte und sicherste Friedenspartei, und wer Frieden und Freiheit will, der wird ihr am 12. Januar seine Stimme geben. Stürmischer Beifall folgte der lebendigen, wackeren Rede des Genossen Bernstein, die auf alle Anwesenden einen tiefen Eindruck machte. Der Vorsitzende, Genosse Tische, forderte zur Ausdrucksache auf, aber es meldete sich niemand. Es wurde dann auf Verlangen des Genossen Bernstein nachfolgende Resolution gegen die Vergewaltigung Perstiens einstimmig angenommen.

Die heutige Versammlung beruht auf das schärfste das rühmlich-brutale Vorgehen Russlands gegen Persien und die Unterdrückung der freien Entzifferung des Jarenreichs in das Selbstbestimmungsrecht der persischen Nation durch die englische und die deutsche Diplomatie. Sie drückt dem persischen Volk zu seinem Widerstand gegen seine Unterdrückung ihre volle Sympathie und den heißen Wunsch aus, daß es diesem Widerstand gelingen möge. Persien vor dem Schicksal der Unterjochung oder Austreibung zu bewahren.

Wie auf den letzten Montag gefüllt war der geräumige Saal der „Wilhelmsburg“, in der Neudorfstraße, wo der sozialdemokratische Kandidat für Breslau-Ost, Genosse Bauer, über die bevorstehenden Reichstagswahlen

zweizehn und fünf Zigarren gemopft und erhielt wegen Diebstahls in Rückfälle anderthalb Jahre Zuchthaus und zwei Jahre Ehrenrechtsverlust zudiktirt.

Beide Urteile sind von Rechts wegen ernannt. Viele Leute erblicken trotzdem ein Unrecht darin, daß man die kleinen Diebe viel härter anfaßt als die großen. Die Kurztüchtigen! Bedenken nicht, daß in allen Geschäften die größeren Abnehmer billiger einkaufen und besser behandelt werden, als die kleineren. Warum sollten Geleg und Recht diesen üblichen Brauch nicht ebenfalls anerkennen? Großzügigkeit muß überall beherrschen und Kleinräuber bestraft werden, umso mehr, als doch endlich auch jeder Diebstahlskandidat diese Prinzipien muß. Warum muß man also immer wieder lumbrige Beträge aus einer Kassenkasse, statt in gentiler Weise eine ganze Bank zu plündern? Das Stehlen engros hat doch auch den Vorzug, daß man einen gehörigen Polter zurücklegen und nach Verhängung der geringen Strafe den Rest des Lebens sorgenlos verbringen kann, während das Stehlen en detail dies nicht gestattet, man vielmehr nach längerem Brummen leicht „rückfällig“ wird und die Gerichte vor neuem bekräftigt.

Der Unglücksfall von Ragusa. In einer in mehreren Blättern erschienenen Darstellung des Unglücksfalles, der sich am 1. Oktober dieses Jahres in Ragusa ereignet hat und bei dem der deutsche Hauptmann Wolf und dessen Frau sowie der Intendant Hannard den Tod durch Ertrinken fanden, wurden Anschuldigungen gegen das Vorgehen des Hafen- und Seesantitätskapitanates in Ragusa erhoben; es wurde geradezu beschuldigt, den Tod zweier der genannten Personen durch Langsamkeit und Unachtsamigkeit seiner Rettungsaktion verursacht zu haben. Am 31. Oktober d. Js. hat die auf Veranlassung des österreichischen Handelsministeriums eingeleitete kommissionelle Untersuchung des Unglücksfalles ihren Abschluß gefunden und folgendes Resultat festgestellt: Auf Grund eingehender Erhebungen und Zeugenaussagen hat sich die vollständige Grundlosigkeit der Vorwürfe gegen das erwähnte Kapitanat ergeben. Vor allem wurde konstatiert, daß der Tod der drei Personen infolge der außerordentlich schweren, gegen die Küste laufenden See schon lange, bevor die Kunde von dem Unglücksfalle zur Kenntnis des Kapitanates gelangte, eingetreten war. Die Maßnahmen des Kapitanates in Ragusa waren, auch wenn es sich um eine Million zur Rettung von Leben und nicht um Vergütung von Leuten gehandelt hätte, durchaus zweckentsprechend, und ohne Ermahnung getroffen. Die Untersuchungskommission ist einstimmig zu dem Schluß gelangt, daß der Tod der vorerwähnten drei Personen durch die Gewalt der Elemente herbeigeführt worden war, die Säfte auch nur herbeigeführt werden konnte, und daß weder dem Kapitanat und Seesantitätskapitanat in Ragusa noch dem Kommandanten des Dampfers „Versteig“ in irgend einer Weise eine Verschuldung zur Last gelegt werden kann.

Todesflug eines bayerischen Fliegers. Der Flieger Kees, der in München mit einem Farmandopeldeckler zu Nacht nach Nürnberg aufstieg, ist in der Nähe von Eichstätt mit seinem Fahrzeug abgestürzt und sofort getötet worden. Der Apparat wurde vollständig zerstört. Wie sich das Unlück zutrug, ist noch nicht bekannt. Kees stand anfangs der zwanziger Jahre; er war Beamter der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft und hatte erst im September d. J. auf einem Farmandopel sein Pilotenprüfung bestanden. Er war ein Schüler Dr. Wittensteins.

Der Flieger Kees ist, wie aus Reims despeichert wird, mit einem Fahrgast eine Höhe von dreitausend Metern erreicht und damit einen neuen Weltrekord für Passagierflüge aufgestellt. Der Aufstieg dauerte 55 Minuten, der Abstieg 12 Minuten.

Maßenerkrankungen an der Gumbsturz. Aus Königgrätz wird gemeldet, daß in dem dortigen Krankenhaus der Landwirt Brucel an den Folgen der Tollwut starb, die er sich durch den Biß eines wutkranken Hundes zugezogen hatte. Außerdem wurden von demselben furchtbaren Leiden befallen der Sohn und die Tochter des Verstorbenen, zwei Töchter, ein Dienstmädchen, ein Diener und der Bezirksarzt Dr. Krejcie, die mit dem Landwirt in Berührung gekommen waren. Alle diese erkrankten Personen wurden bereits nach Wien geschickt, um dort nach dem Pasteurschen Verfahren behandelt zu werden.

Süßliche Nordst eines Bulgaren. Ein aus dem Dorfe Saribje (Krupnitschi) stammender Bulgare namens Risto hat eine süßliche Nordst auf sein Gewissen geladen, indem er seine Frau, seine beiden Kinder, die Schwiegermutter und eine andere Frau tötete. Man glaubt, daß Risto im Rauch diese graufige Nordst begangen hat.

Die reparierte Ehre! In der Nähe von Chemnitz, im Rindensfelder Walde, fand am sogenannten Totenfeiern zwischen dem Sohne eines Gutsbesizers und einem Rechtsanwalt aus Dohrenstein-Ernstthal ein Pistolenduell statt. Gleich beim ersten Augewechsel wurde der Gutsbesizersohn durch einen Schuß zwischen die Rippen ziemlich schwer verwundet. Der Rechtsanwalt blieb unverletzt.

Cherama. Die 88-jährige Frau Marguerite Bascalet in Paris überfiel ihren Mann, einen ehemaligen Kommandanten, jetzt Angehörigen eines Pariser Regiments, im Schilde und tötete ihn mit drei Revolverkugeln. Dann schürte sie nach Savignac, Orge und erschoss die 68-jährige Tante ihres Gatten, begab sich hierauf nach Polignac, kommissariat und erzählte in ruhigen Tone, daß sie ihren Gatten und seine Tante getötet habe, weil sie ihr das Leben gebitteten.

sprach. In seiner Besprechung der politischen Parteien...
geißelte er besonders das Zentrum wegen seiner volks-
feindlichen Politik. Er behandelte eingehend die Agrarfrage
in ihrer Wirkung und die Steuerdrückerei der Junker. Nach-
dem Genosse Bauer die ungenügende Sozialpolitik in Deutsch-
land nachgewiesen hatte, schloß er mit einer Aufforderung zu reger
Mitarbeit im Wahlkampf. Lebhafter Beifall belohnte ihn
für seine Ausführungen. Da eine Aussprache nicht beliebt
wurde, sprach Genosse Th. Müller noch über einige
lokale Verhältnisse und schloß dann die Versammlung mit
einem begeistert aufgenommenen, dreifachen Hoch auf die
Sozialdemokratie. Eine Zellerfassung nach Schluß ergab
etwa 82 Mark für den Wahlfonds.

Politische Karikaturen.

Gleichzeitig mit den beiden Wahlversammlungen fand
im Saale des Gewerkschaftshauses eine von 600 Frauen
und Männern besuchter Lichtbilder-Vortrag statt, der dem
gleichen Zwecke der politischen Aufklärung diente. Der Vor-
tragende Genosse G r e m p e aus Berlin, schickte seinen Bildern
eine leichtfassliche Erläuterung über das Wesen und die Be-
deutung der Karikatur im politischen Kampf voraus und gab
auch einen Abriss von der Geschichte ihrer Entwicklung.
Nach einigen neutralen Bildern, welche die Mittel darstellten,
mit denen die Karikatur wirken will, folgte eine
überaus reichhaltige Sammlung der Spottzeichnungen früherer
Jahre bis von 1830 etwa bis in die Zeit Bismarcks. So-
dann wandte sich Redner modernen Phänomenen und Problemen
zu, die der Geist des Zeichners karikaturhaft übertrieben
hat und schließlich wurde auch der Verleumdungskampf
der Arbeiter, soweit er in diesem Genre künst-
lerisch behandelt wurde, im Bilde gezeigt. Den Schluß
des Vortrags bildete ein Hinweis auf die große Abrechnung
am 12. Januar, deren Wirkung in humorvoller Weise vor-
ausgesehen wurde. Mit großer Befriedigung verließen die
Besucher den anregenden Vortrag.

Der Streik in der Berliner Damenkonfektion

veranlaßte die Breslauer Berufsangehörigen am Montag zu
einer Solidaritätskundgebung im Saale von Mübe auf der
Gräblichenerstraße. Die vom Deutschen Schneiderverbande
einberufene Versammlung war von mehreren Hundert Per-
sonen besucht, darunter auch eine Anzahl Konfektionäre.

Kollege Kunge aus Berlin schilderte in großen Zügen
die Verhältnisse in der dortigen Damenkonfektion, die durchaus
verbesserungsbedürftig seien. Schon seit langer Zeit bestiehe
unter den in dieser Branche Beschäftigten, Zwischenmeister wie
Arbeiterinnen, die lebhaften Beziehungen, die Lage zu verbessern.
Grundsätzlich herrsche in dem Kampfe zwischen den selbst-
ständigen Meistern und den Arbeitern volle Einigkeit und ge-
schlossener Marchieren beide Gruppen gegen das Unternehmertum,
das in Berlin gar mächtig ist. Die Unternehmer weigern sich,
in ihren Fabriken einen einheitlichen Tarif einzuführen. Sie
stellen es als unmöglich hin, weil die Branche zu sehr dem
Wechsel der Mode unterworfen sei. Sie sind nur bereit, eine
prozentuale Erhöhung der Löhne einzutreten zu lassen, 5 bis 20%,
je nach der Höhe des Lohnes. Doch soll nicht die Erhöhung für jedes
einzelne Stück festgelegt werden, sondern auf die Gesamtsumme
für jede Lieferung soll der Aufschlag gelegt werden. Eine parti-
zielle Kommission soll dann bei Streitigkeiten einschreiten. Die
Arbeiterinnen sind mit den Vorschlägen keineswegs einverstanden,
sie verlangen, daß der Preis für jedes einzelne Stück festgelegt werde
und dafür Sicherheit zugestanden wird, auch ist ihnen der prozentuale
Zuschlag zu wenig in Anbetracht der bisherigen geringen Löhne. Da
eine Einigung nicht zustande gekommen ist, haben tausende von
Zwischenmeisterinnen, Arbeiterinnen, Seimatbeiterinnen die Arbeit ein-
gestellt. Es streiken an 3000 Zwischenmeister und 16000 Arbeiter und
Arbeiterinnen, sodaß die Damenkonfektion in Berlin stillsteht. Die
Fabrikanten behaupten 4., daß in der Berliner Konfektion die
Löhne außerordentlich hoch seien, daß solche hohe Löhne in keiner
anderen Branche gezahlt würden, im Vergleich zum Umfange.
Bei den Arbeitern werden jedoch die Löhne als sehr niedrig
bezeichnet.

In der Debatte bemerkte ein Konfektionär, daß in Breslau
kein Stück unter 60 Pf. bezahlt werde. Er wünscht, daß die
Berliner solche Preise erhalten, wie die Breslauer. Diese Be-
merkung wurde mit ironischem Beifall aufgenommen. In einer
einstimmig angenommenen Resolution erklärten sich die Ber-

sammeln mit den Berlinerinnen solidarisch und verpflichten
sich, falls der Kampf noch länger dauern sollte, sie zu unterstützen.
Insbesondere verpflichteten sie sich, keine Streiarbeit zu fertigen.

Was ist eine Gewerkschafts-Versammlung?

Ueber diese Frage hat am Montag das Breslauer Schöffengericht ein wichtiges Urteil gefällt, das sich gegen eine falsche
polizeiliche Auslegung richtet.

Am 9. und 10. Oktober 1911 veranstaltete die hiesige
Zahlstelle des Schneiderverbandes zwei öffentliche Schneider- und
Näherinnen-Versammlungen mit der Tagesordnung: „Die politi-
sch-kollektive Lage unserer Berufscollegen und Kolleginnen.“ Zu
diesen Versammlungen hatten nur Berufsangehörige Zutritt; sie
waren rein gewerkschaftlich, denn die Rednerin sprach lediglich
über Berufsfragen. Nur als sie auf die Forderung zu sprechen
kam, unter der ja gerade die Näherinnen sehr zu leiden haben,
ermähnte sie, daß diese Zustände auf die ungenügende Zoll- und
Steuerpolitik des Reiches zurückzuführen seien. Das Gericht schloß
die überwachende Schutzmann genau in sein Notizbuch und die
Anlagebehörde gründete darauf ihre Ansicht, daß die Ver-
sammlungen politisch und daher anmeldepflichtig waren. Gegen
die beiden Straffeschele über je 20 Mark erhob Genosse
Schäferl als Leiter jener Versammlungen Einspruch beim
Schöffengericht. In der Verhandlung am Montag bestritt Rechts-
anwalt Wandmann als Verteidiger nicht, daß in den beiden
Versammlungen tatsächlich das politische Gebiet gestreift worden
sei. Die Polizei sei aber sehr lässlich über die Bestimmungen
des Vereinsgesetzes unterrichtet, wenn sie meine, daß dadurch
die Versammlungen zu „öffentlichen politischen Versammlungen“
geworden seien. Dazu geböre, daß der Redner, der sich mit
politischen Dingen beschäftigt, diese näher erörtert und auf den
Zustand, seine Gesetzgebung oder Verhältnisse einen Einfluß aus-
zuüben beabsichtigt, was in beiden Versammlungen nicht ge-
schah. Nach § 6, Absatz 3 des Vereinsgesetzes waren diese
Versammlungen bei der Polizei nicht anzumelden, da sie nur
für gewerbliche Zwecke bestimmt waren. Das Gericht folgte die-
sen Ausführungen und erkannte gegen Genossen Schäferl auf
Freisprechung.

* Die Verfolgung der Polen treibt immer
schönere Blüten. Kürzlich sind in Gleiwitz acht Gym-
nasialisten wegen nationalpolnischer Bestrebungen vom Gym-
nasium entlassen worden. Mit den Gemahregelungen soll ein
Student der Theologie im Breslauer fürstbischöflichen
Konvikt eng verbunden gewesen sein. Wie die „Gazeta
Lubowa“ jetzt meldet, haussuchte man bei diesem
Studenten, entließ ihn sofort und beschlagnahmte bei ihm
verschiedene polnische Bücher und Schriften. Der Konvikts-
direktor Steinmann machte dann bekannt, daß jeder
Student sofort entlassen wird, der öffentlich polnische Lieder
singt, mit politischen Absichten über die Grenze fährt und
polnische Stipendien erhält. Die „Gazeta Lubowa“ wendet
sich mit Recht gegen den Fürstbischöf Kopp, der gegen diese
Ungeheuerlichkeit nichts unternimmt.

* Die Not der Schiffer. Wie jetzt gemeldet wird,
hat der preussische Staat für die Schiffer, die durch den
Reichwehrruch geschädigt wurden, eine Beihilfe von
400 000 Mark bewilligt.

* Schutz der Arbeitswilligen. Vor der 2. Breslauer
Strafkammer als Prüfungssgericht fanden am Freitag die ver-
gangenen Arbeiter K o s c e l, W e i ß und S r i e r; sie sol-
ten die Arbeitswilligen Ruhepunkt geprügelt haben. Am Nach-
mittag des 28. Juli 1911 wurde Weiß von Kuppel in der
Frankfurterstraße händig verfolgt und bestraft. Ein Zeuge be-
hauptete, daß Weiß zu dem Arbeitswilligen gesagt hätte: „Mensch
willst du mir denn gar nicht vom Halbe geben!“ Weiß Kuppel
diese Mahnung nicht beachtete, sondern seine Verlästigungen
weiter forsetzte, riefte sich Weiß nicht anders zu helfen
und er verlegte schließlich dem lästigen Verfolger eine Ohrfeige.
Sofort ging der Geblagene zur Polizei, um Anzeige zu ma-
chen, wobei er auch die beiden anderen Arbeiter K o s c e l und
S r i e r, die an dem fraglichen Nachmittage mit Weiß gegangen wa-
ren, der gemeinschaftlichen Körperverletzung beschuldigte. Kuppel
will seinen und Krugrunden erkräften haben, was er aber nicht
beweisen konnte. Das Schöffengericht schenkte seinerzeit dem Zeu-
gen Kuppel vollen Glauben und verurteilte den K o s c e l zu
sechs Wochen, Weiß zu zwei Monaten Gefängnis
und S r i e r zu 30 Mark Geldstrafe. Auf die Verur-
teilung der Angeklagten unterzählte die Strafkammer den Fall
nochmals; es hiess jedoch bei den vom Vordr Richter festgeleg-
ten harten Strafen. Erklärt ist, daß Herr Justizrat Mar-
tuse, der den Kuppel als Nebenkläger vertrat, das Verhal-
ten der Angeklagten als „brutal“ bezeichnete, worauf der Vor-

sitzende Landgerichtsdirektor J a n s e ansehend großen Wert
legte. Herr Janske sprach auch während der Beweisaufnahme
von der „Angehung“, die diese Leute“ (gemeint waren die So-
zialdemokraten) jedem angedeihen lassen, der nicht ihrer Mei-
nung und ihres Willens sei. Da es bei dem Verhalten der
Breslauer Richter nicht möglich ist, an diesem Anspruchs eine
Kritik zu knüpfen, wie sie uns nötig erscheint, müssen wir es
dem Leser überlassen, sich je nach seinem Temperament die rich-
tige Antwort auf diesen richterlichen Ausdruck zu geben.

* Achtung, Genossen, Gewerkschaftler des Wahlkreises
Breslau (Land)-Neumarkt! Um viele Irrtümer aufzuklären
und die Anfragen zu beantworten, machen wir hierdurch bekannt,
daß die Sammellisten in diesem Wahlkreise von weißem Papier
sind. Man wolle jede andere zurück und dulde nicht, daß in den
Fabriken, Werkstätten usw. im Landkreise andere als weiße Listen
herumgereicht werden. Zum Landkreise gehören auch Bopelwitz,
Herbain, Dürrgoy, Gräblich, Morgenau und Kleinburg.
Der Vorstand.

* Vom Wahlkampf im Landkreise. Eine gutbesuchte
Vollversammlung tagte am Sonntag in Schosnig; über 160
Männer und Frauen waren anwesend. Genosse Widera aus
Breslau sprach über „Den Volksberuf des Zentrums.“ Er
schilderte an der Hand von Tatsachen, wie die frommen Herren
immer vor den Wahlen dem Volke viel Versprechungen machen,
nachher aber durch ihre Taten beweisen, daß ihnen das Wohl-
ergehen der Besizenden viel mehr am Herzen liegt, als das der
arbeitenden Schichten. Reicher Beifall wurde dem Redner für
seine Ausführungen zuteil. Gegner waren nicht anwesend, denn
Herr Bull wie seine Anhänger hatten es vorgezogen, diesfalls
durch Abwesenheit zu erklären. In der Aussprache wurde her-
vorgehoben, daß die Schosniger Hausbesitzer von einigen Ge-
meindevertretern dazu ermuntert worden seien, ihren sozial-
demokratischen Mietern die Wohnräume zu kündigen.
Das ist sehr menschenfeindlich. Die Versammlung ist erfolgreich
verlaufen; sind doch 13 Neuaufnahmen zu verzeichnen. Nur
weiter so gearbeitet und wir werden unser Ziel erreichen.

* Geistliche und Sozialdemokratie. Aus P o l s n i g bei
Canth wird uns von einem Leser geschrieben: In P o l s n i g wohnen
mehrere „Volksmacht“-Abonnenten, was dem Herrn Geistlichen
ein Greuel ist. Als er kürzlich die Frau unseres alten
Genossen Boy auf der Straße beim Jenningsausstrauen traf,
nahm er ihr eine Nummer der „Volksmacht“ aus der Hand und
es entspann sich folgendes Gespräch: Herr: „Sind Sie ein
katholischer Christ?“ Frau: „Das wissen Sie ja, daß ich katho-
lisch bin.“ Herr: „Ich spreche Sie auf Ihrem Euerbeite
nicht frei von Ihren Sünden.“ Damit war es aber noch nicht
genug. Im Laufe der weiteren Unterhaltung erklärte der Herr
Barver, das sündliche Weichmachergesicht von 6 Wk., das die Frau
bisher aus einer kirchlichen Kaffe bekommen hatte, werde nun
fortfallen. Mehr christliche Euerbeite kann wirklich nicht ver-
langt werden; der „Erfolg“ für die Kirche wird nicht aus-
bleiben.

* Vom Gewerbegericht. Betriebsstörung. Fünf-
undzwanzig Arbeiter hatten auf einem Bau die Arbeit wegen
Betriebsstörung 1 1/2 Stunden unterbrechen müssen; die Regel-
Anfangsmaschine war nicht in Ordnung. Die Arbeiter ver-
langten deshalb vom Bauunternehmer eine Entschädigung.
Da sie ihnen verweigert wurde, klagten sie vor dem
Gewerbegericht. Sie wurden aber auf Grund des Berliner
Mustervertrages abgemieden. Darin ist bestimmt, daß die
Arbeiter bei Betriebsstörung keinen Lohn zu beanspruchen
haben; an sich wäre die Forderung allerdings berechtigt.

* Der Sternhimmel im Dezember: Merkur ist
eine Stunde abends sichtbar, im letzten Drittel unsichtbar.
Venus ist anfangs von 9 Uhr, später von 4 Uhr als Morgen-
stern zu sehen. — Mars anfangs die ganze Nacht sichtbar, geht
zum Schluß um 5 Uhr morgens unter. — Jupiter geht an-
fangs eine Stunde vor der Sonne, zuseht um 5 1/2 Uhr morgens
auf. — Saturn anfangs des Monats bis 5 1/2 Uhr, später bis
3 1/2 Uhr morgens sichtbar. — Dauer der Dämmerung im De-
zember 43 Minuten.

* Die letzte diesjährige Schwurgerichtsperiode endete
am Samstag mit der Verurteilung des Arbeiters Stanislaus
M a t e j s k i, der wegen vorsätzlicher Brandstiftung vor den Ge-
richtswesen stand. Am 2. September 1911 brannte dem Bäcker
der Gildenausschle eine Scheuer mit Erntevorräten ab. Der
Bäcker war zu niedrig versichert, und so entstand ihm ein
Schaden von mehreren tausend Mark. Der Verdacht, den Brand
vorsätzlich angelegt zu haben, richtete sich gegen den An-
gestellten, der bis gegen Mitte August beim Bäcker in Arbeit gestanden
hatte. M a t e j s k i ist vor Ausbruch des Brandes unter verdächtigen
Umständen in der Nähe der Scheuer gesehen worden. Er soll
dem Bäcker feindselig gesinnt gewesen sein. Dazu kam noch, daß
der Angeklagte von der niedrigen Versicherung der abgebrannten
Scheuer gemüht haben soll. Alle diese Verdachtsgründe reichten
den Geschworenen zur Bejahung der Schuldfrage nicht aus.
Ein genauer Schuldbeweis konnte nicht geführt werden, und so
sprach das Gericht den Angeklagten frei.

* Mysteriöser Tod einer Pastorstochter. Der mysteriöse
Tod von Fräulein Alice Tristram Schank, der Tochter
eines irischen Pastors, in einem vornehmen
Restaurant Newports hat zu der Verhaftung von
Thomas Lottin, eines Börsenagenten und fünf
anderen Personen, unter welchen sich der Polizei-
leutnant M. Carton befindet, geführt. Fräulein Schank
hatte nämlich mit diesen Herren an demselben Tische in einem
Restaurant in Wasserloppel Paris gespeist. Um sich ein
besonderes Vergnügen zu bereiten, hatte M. Lottin auf den
Tisch eine Flasche gestellt, die schmeres Gift enthielt. Auf
dem Tische der Flasche befand sich aber der Name Vermuth.
Fräulein Schank nahm ein Glas von dem vermeintlichen Ver-
muth und war in wenigen Minuten eine Leiche. Sämtliche
Verhafteten werden sich wegen Mord zu verurteilen haben.

* Die Untersuchungen des Justizrates Baele. Die
Untersuchungen des Hamburger Justizrates
Baele, über die bereits berichtet wurde, sollen die Höhe
von zweihunderttausend Mark überschreiten.
Der Verhaftete, der vollständig wüstenzerrissen ist, hat dem
Untersuchungsrichter seine Untersuchungen unanwunden ein-
gesehen. Dabei hat es sich auch herausgestellt, daß der Justiz-
rat Baele ein Opfer eines zu weit gehenden Familiengehabis
geworden ist.

* 16 Personen durch eine Reflexexplosion verunglückt.
Auf dem Hauptbahnhof in Villabon erkannte sich bei der
Einfahrt eines Zuges eine folgenschwere Reflexexplosion.
Der Kessel der Lokomotive platzte, wodurch 16
Personen schwer verletzt worden sind. Nähere Einzel-
heiten fehlen noch.

* Eisenbahnunglück bei Belgrad. Am Sonntag Abend
um 8 1/2 Uhr fuhr ein Personenzug in Belgrad
mit einem Güterzug zusammen. Zwei Passagiere
des Personenzuges darunter der Wiener Geschäftstreisende
Eugen Winterstein, wurden getötet und 12 andere
Personen verwundet. Mehrere Waggons sind voll-
ständig zertrümmert. Die Ursache der Katastrophe ist
falsche Weichenstellung. Der Weichenwärter ist hingerichtet.
Der Weichenwärter ist hingerichtet.

* Eisenbahnunglück bei Belgrad. Am Sonntag Abend
um 8 1/2 Uhr fuhr ein Personenzug in Belgrad
mit einem Güterzug zusammen. Zwei Passagiere
des Personenzuges darunter der Wiener Geschäftstreisende
Eugen Winterstein, wurden getötet und 12 andere
Personen verwundet. Mehrere Waggons sind voll-
ständig zertrümmert. Die Ursache der Katastrophe ist
falsche Weichenstellung. Der Weichenwärter ist hingerichtet.
Der Weichenwärter ist hingerichtet.

* Eisenbahnunglück bei Belgrad. Am Sonntag Abend
um 8 1/2 Uhr fuhr ein Personenzug in Belgrad
mit einem Güterzug zusammen. Zwei Passagiere
des Personenzuges darunter der Wiener Geschäftstreisende
Eugen Winterstein, wurden getötet und 12 andere
Personen verwundet. Mehrere Waggons sind voll-
ständig zertrümmert. Die Ursache der Katastrophe ist
falsche Weichenstellung. Der Weichenwärter ist hingerichtet.
Der Weichenwärter ist hingerichtet.

wurden schwer verletzt, ein Bootsmannsmaat
leider. Die Delephondenbindung nach dem Schiffe
war vollständig zerstört. Das Schiff kam erst abends nach
dem Kieler Hafen zurück und die beiden Verletzten wurden
sodann nach dem Lazarett gebracht.

* Erhängt! In Pr. Stargard erhängte sich im
Gefängnisse der Kaufmann Julius Guth aus
Königsberg, der nach zweijähriger Verhandlung am
Sonnabend wegen betrügerischen Bankrottes
und anderer Betrübereien zu 4 1/2 Jahren Gefängnis ver-
urteilt worden war.

* Mordtrot im Gefängnis. In der Strafkolonie für
juedische Verbrecher Saint-Bernard bei Lille
empörten sich die Straflinge, von denen die älteren 30 Jahre
alt sind, gegen 200 an der Zahl, schlugen sämtliche Zentner-
schreiben des Gefängnisses ein, vertrieben die ganze Einrichtung
der Werkstätten und ermordeten einige Gefangenenwärter
und Aufseher mit Beilhacken und Stuhlbeinen. Sie blieben
Herren der Anstalt bis Militär aus Lille eintraf und die
Kreuzer überwältigte. 25 von ihnen wurden gefesselt und
in Einzelzellen gesperrt.

* Die Ermordung auf den Schienen. In Nörten bei
Göttingen wurde Nachts auf dem Bahngleise die Leiche einer
hochschwangeren Frau gefunden. Der Kopf war vom Kumpel
getrennt, jedoch nicht infolge Ueberfahrens, vielmehr ist die Sache
in diesem Zustande an den Hundstreck hingerichtet worden.
Demnach branten die im nähen Dämmerwerk erkrankten Bauern
und Blumengärtner auf dem Felde hin. Mit Hilfe des Polizeihundes
aus Göttingen wurde die Leiche als die 39-jährige, seit zwei
Jahren von ihrem Manne getrennt lebende Arbeiterin Mirana
Brandt, geb. Friederich, aus Marienhein festgestellt.
Man vermutet einen Mordfall.

* Wassernot in Salzburg. Wie aus Zichl gemeldet
wird, kommen in Salzburg die Wasserläufe in be-
denklicher Weise zu versiegen. Die Wasserpegel des G o s a u
und des D e f f e n s senken täglich um 7 cm. Auch die Flüsse,
darunter die Traun, trocken an. Die Industrie, welche
mittels Wasserkraft arbeitet, mußte wegen Wassermangels den
Betrieb abbrechen.

* Die Stiefmutter ermordet. In der Dittschau Reichels-
dorf hat Sonnabend Abend der 22-jährige Sohn des
Zeitungsgeneranten Hirt seine Stiefmutter nach
kurzem Wortwechsel niedergeschossen. Die Frau war
sodann tot.

* Ein Berlinerer Brandstifter-Gesellschaft in Göttingen.
Die in eine wochenlange, aus zahlreichen Mitglieder
bestehende Brandstifter- und Diebesgesellschaft

verhaftet worden. Die Diebe standen unter der Führung
des siebzehnjährigen Handelschülers W a s s i l j e w, des Sohnes eines wohlhabenden Fuhrherrn.
Wassiljew beschlagnahmte etwa 20 Diebe. Die Gesellschaft legte
nachts Brande an und bestahl dann die erschreckten
Hausbewohner. Das gestohlene Geld vertranken die jungen
Leute mit Dinnen. Die Gleichgültigkeit vieler Brandstiftungen
und ein Zufall führten die Entdeckung herbei. Wassiljew ist
geflohen.

Literatur.

* Im Reichstagswahlkampf wird auch die Reichsver-
sicherungsordnung eine Rolle spielen. Namentlich das Zentrum
wird versuchen, mit diesem Gesetz politische Geschäfte zu machen.
Da ist es doppelt nötig, daß die Arbeiterchaft über den Inhalt
dieses „arbeitslosen Reformgesetzes“ möglichst genau orientiert ist.
Namentlich die Funktionäre der Arbeiterorganisationen
und überhaupt die Verwaltungsstellen der letzteren werden
ohne eine genauere Kenntnis des Gesetzes schwerlich auskommen.
Eine geeignete Ausgabe ist die vom Genossen P o c h - S a n a u
herausgegebene „Reichsversicherungsordnung“ nebst Einführungs-
gesetz. Diese Ausgabe enthält Erläuterungen, durch die der Text
des komplizierten Gesetzes verständlicher und das Informieren
erleichtert wird.

Von der hochschönen Reichsversicherungsordnung ist jetzt die
2. Auflage in gleich guter Ausstattung erschienen. Das Buch
kostet in Reinen dießmal gebunden 5 Mk. Bestellungen nehmen
alle Buchhandlungen und der Verlag C. Siebel, Volkstüm-
liche Zeitschrift für praktische Arbeiter-Versicherung, Berlin NW. 45
entgegen.

* J. K a r s t i. Lesung, Warenwucher und Klassenhaß.
Agitationsausgabe. Preis 10 Pf.
Inhaltsangabe: Die Versorgung der Menschen mit
Nahrung und die kapitalistische Anarchie. — Die künstliche
Preissteigerung. — Das Steigen der Warenpreise in Deutsch-
land. — Die Mäherne und die Teuerung. — Der Kampf gegen
die Teuerung.

Das Schriftchen bringt in knapper Darstellung und leicht-
fasslicher Art eine Fülle des Wissenswerten. Für jeden Reichs-
tagswähler ist es ein überaus nützliches Mahnruf zur Aufklärung
und zum Kampf gegen die Mißstände unseres kapitalistischen
Zeitalters. Für jeden Redner und für jeden, der Wahlarbeit
leistet, ist es ein unentbehrliches Handbuch. Alle Laien und
Gleichgültigen müßte dieses Büchlein in die Hand gedrückt wer-
den. Es ist bei aller Sachlichkeit doch so lebendig und packend
geschrieben, daß es sicher niemand ungelesen beiseite legen
wird.

Parteienoffen!

Vom 14. bis 21. Dezember liegen die Reichstagswählerlisten im Feuerwehr-Turnsaal auf der Zwingerstraße aus. Formulare, die das Einsehen erleichtern, sind im Partei-Sekretariat, Neue Graupenstraße 5, 2. Etage, bei den Bezirks- und Distriktsführern des Sozialdemokratischen Vereins, im Gewerkschaftshaus und in den Wähler-Versammlungen zu haben.

Die Formulare zum Erheben der Wählerlisten müssen schon jetzt ausgefüllt werden, damit sie rechtzeitig zurückkommen und genügend Zeit bleibt, um die Liste für alle Wähler einzutreiben. Vor- und Zunamen, Beruf und Wohnung der Wähler sind recht deutlich zu schreiben.

Zur Reichstagswahl in Breslau.

Nach der Bezirkseinteilung des Magistrats zählt Breslau 77 Wahlbezirke, Breslau-West 83; zusammen also 160 Bezirke. Vor fünf Jahren hatte der Osten 71 Bezirke, der Westen 77. Waren 1906 etwa 9.000 Wähler in den Listen eingetragen, so sind es jetzt mehr als 100.000, weil die eingemeindeten Orte Kleinburg, Böpschwitz, Dürrgön, Veroain, Moraganau, Leerheute, Gräbichen und die eingemeindeten Teile von A. M. Ocheln und Friedewalde gehören zum Wahlkreis Breslau-Land-Neumarkt.

*** Zu dreihundert Mark Geldstrafe verurteilt wurde heute vormittag Genosse N. H. als früherer verantwortlicher Redakteur der „Volkswacht.“ Er soll den Polizeikommissar Kominek in Beuthen beleidigt, ihr angeblich als einen rohen und gewalttätigen Menschen geschildert haben; wovon aber in dem Artikel mit keinem Wort die Rede ist. Das Gericht unterstellte dem Genossen Rabold ferner, er habe bei der Aufnahme des Artikels gewußt, daß er die Unwahrheit sage, habe aber den Artikel gebracht, weil er geeignet sei, seinen Zwecken zu dienen und die Bevölkerung untereinander aufzureizen und aufzuhetzen.“ Aus diesen Gründen habe das Gericht lange überlegt, ob es nicht auf eine Gefängnisstrafe erkennen sollte; es habe aber noch einmal davon abgesehen und dem Antrag des Staatsanwaltes gemäß auf nur 300 Mark Geldstrafe erkannt. Wie können auf den Prozeß morgen Genauer zurück.**

*** Die ausgeperrten Tabakarbeiter müssen unterzucht werden.** Gewerkschaftler und Parteienoffen, vergeht es nicht. Sammelstellen sind im Arbeiter-Sekretariat, Nikolaitraße 18/19, zu haben.

*** Doktor Dr. Meizer** von der Barbakarische ist in der vergangenen Nacht plötzlich gestorben. Ein Herzschlag setzte dem Leben des allseitig geschätzten Geistlichen ein frühes Ende; er war erst 45 Jahre alt.

*** Vom Breslauer „Traufrecht“ der Ringhauben.** Mit einer eigenartigen Tragödie beschäftigte sich das Breslauer Jugendgericht. Eine Bandeninhäberin auf dem Ringe war von der Polizei mit 12 Mk., ihre Verkäuferin und ihr Sohn mit je 6 Mark Strafe bestraft worden, weil sie Obstfische über die Traufgrenze hinaus aufgestellt hatten. Zum Verständnis des Lesers sei hier gesagt, was unter Traufgrenze und Traufrecht zu verstehen ist. Von den auf der „Grünen Höhe“ und „Becherleie“ des Ringes stehenden Holzhauben gehören bereits mehrere der Stadt, andere sind noch Privatbesitz. Der Magistrat ist nun der Meinung, daß die Inhaber der Hauben nur berechtigt sind, ihre Waren so auszustellen, daß diese nicht über das Innere der Hauben herausragen; man soll die Hauben vielmehr schließen können, ohne die Verkaufsgegenstände zu verdecken. Seit Jahrzehnten aber halten sich die Bandeninhäber an das sogenannte Traufrecht. Darnach halten sie sich für berechtigt, ihre Waren soweit herauszurücken, wie das Dach der Haube hervorragt, d. h. bis zur Trauflinie, die das vom Dache ablaufende Wasser bezieht. Man hat dieses alte Vorrecht stillschweigend beachtet, die Marktbeamten aber angewiesen, streng darauf zu achten, daß die Traufgrenze nicht überschritten wird.

Die Polizei hat anfangs für diese Übertretungen nur immer 1 Mark Geldstrafe festgesetzt. Neuerdings sind die Strafen höher geworden, weil die Bandeninhäber an ihrem alten Vorrecht zäh festhalten. Im vorliegenden Fall wurde die Strafe gegen den Sohn auf 1 Mark herabgesetzt. Die Inhaberin und ihre Verkäuferin wurden freigesprochen.

*** Vom Bauarbeiterstreik in Breslau.** Aus dem Streife der Bauarbeiter wird uns geschrieben: „Auf diesem Gangergelände kann ja die Arbeiter mit der Maschine herumfahren.“ Diesen Anspruch hat nach Aussage des Zimmerpoliers Kiehn, der auf dem Neubau der Wollweberstraße 1000 in der Wollweberstraße, Ecke Gabelstraße, beschäftigt ist, ein Beamter der Baupolizei, als er auf diesem Bau das Gangergelände besichtigte, weil Genosse Goldschmidt von den Zimmerern die Bauarbeiter auf dieses Gelände aufmerksam gemacht und um Abhilfe ermahnt hatte. Sollte der Anspruch wirklich der Fall sein, dann könnte man an der Bauarbeiter teilweise laß verweisen, denn schlechter als dieses Gerüst hätte kaum ein anderes angefertigt werden können. Es wäre wirklich erntlich, zu erfahren, ob diese Meinung tatsächlich von einem Beamten der Baupolizei gefallen ist, oder ob es sich nur um eine Ausrede des Zimmerpoliers Kiehn handelt.

Die bauzeitlichen Vorschriften sagen ausdrücklich, daß ein solches Gerüst im Inneren des Gebäudes gut und unverrückbar befestigt sein muß. Hiergegen war beim fraglichen Gerüst auf das größte Maß verstoßen worden. Es war gegen eine Verankerung nach der Seite hin wenig oder garnicht gesichert, und gegen eine größere Belastung, wie es jetzt bei Regen und Schneewetter notwendig ist, und gegen einen plötzlichen Sturm so mangelhaft abgefestigt, daß es leicht zusammenstürzen konnte. Es war nur gut, daß die Zimmerer sich weigerten, das Gerüst so fertigzustellen, wie es Kiehn verlangte, und sich auch weigerten, soweit es fertig war, es zu betreten, weil sie ein Unglück fürchteten. Allerdings hatten diese Zimmerer auch das Nachsehen: sie wurden bis auf einen entlassen. Die Zimmerer werden sich trotzdem nicht abhalten lassen, die Gangergelände, überhaupt alle Gerüste, so herzustellen, wie es Leben und Gesundheit der Bauarbeiter erfordert; sie werden auch stets eintreten für die genauere Durchführung der bauzeitlichen und der Unfallverhütungsvorschriften, damit der Bauarbeiterstreik zu keiner Reize kommt.

*** Französisch: Theateraufführungen.** Im Thalia-Theater gibt zurzeit die Truppe des Herrn Roubaud aus Paris ein Gastspiel. Man wird an wandernde Künstler nicht die gleichen Anforderungen stellen können wie an unsere einheimischen, bei den wechselnden Verhältnissen, denen sie ausgesetzt sind. Die meisten Besucher solcher Vorstellungen erwarten wohl auch nicht einen ganz besonderen Kunstgenuss, sondern eine Bereicherung ihrer Sprachkenntnisse. Dies in Betracht gezogen, kann man mit dem ersten Abend wohl zufrieden sein. Zur Aufführung kommen zwei Einakter, „Gringoire“ von Naupville und „Les précieuses ridicules“ von Moliere. Gringoire ist ein Poet der unter der Regierung Louis XI. aufsteigende Gedichte geschrieben, der aber nach der Komödie nicht geht, sondern von König durch große Gnade ausgesetzt wird. Das Moliere'sche Stück ist auch dem deutschen Theaterpublikum bekannt. Es verportet die geizigen Damen der „besseren Gesellschaft“, denen der Dichter durch Umgang mit verkleideten Dienern einen Reizfall bereitet. Am Mittwochabend geben die Künstler noch eine weitere Vorstellung.

*** Die Handlungsgehilfen** machen wir auf den heutigen Artikel aufmerksam, der an alle uns fernstehenden Handlungsgestellten verbreitet werden sollte.

*** Die Klostermühle** in der Dhalauer Vorstadt ist, wie es heißt, mit allen Bauten von der evangelisch-lutherischen Diakonissen-Anstalt gekauft worden. Sie will auf dem 7000 Quadratmeter großen Grundstück in der Klosterstraße ein Krankenhaus errichten.

*** Meisterkurse für Gas- und Wasser-Installationen, Elektro-Installationen, Schneider (Interlufus), Schlosser** (von 8. bis 20. Januar Dreppenaer, vom 22. Januar bis 8. Februar Schaulenferanlaan) werden Anfang nächsten Jahres veranstaltet. Der Unterricht wird in der Handwerker- und Kunstgewerbeschule, Klosterstraße 19, erteilt.

*** Geöffnete Straßen.** Wegen Verlegung von Wasserföhren wird die Lohestraße zwischen Wenzelstraße und Kirchallee vom 4. Dezember an auf 14 Tage gesperrt. — Wegen Pflasterung die Kurastierstraße von der westlichen Ecke der Kurastierstraße bis zur östlichen Ecke des alten Gräbichener Friedhofs vom 4. Dezember bis 4. Februar 1912, wegen Verlegung von Wasserföhren die Steinstraße zwischen Seidain- und Wenzelstraße und die Wenzelstraße zwischen Stein- und Bohrauerstraße wird vom 1. Dezember bis 15. Januar 1912 für Fuhrwerk und Reiter gesperrt.

*** Deutsche Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Breslau.** Mittwoch, den 6. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Kammermusiksaal des Konzerthaus, öffentliche Versammlung, zu der jedermann freien Zutritt hat. Wie bereits mitgeteilt, hält Herr Geh. Medizinalrat Professor Dr. Küttner einen Vortrag über „Kriegsverhältnisse in China und Südafrika“ (mit Lichtbildern). Die Friedensgesellschaft beabsichtigt mit diesem Vortrag die Aufklärung weiterer Kreise über den tatsächlichen Verlauf des Krieges der Gegenwart, wie er sich von medizinischen und militärärztlichen Standpunkte aus darstellt.

*** Humboldt-Verein für Volkserziehung.** Donnerstag, den 7. Dezember, abends 8 Uhr, wird Herr Dr. Veris im Saale des „Goldenen Jesters“, Klosterstraße 47, über „Gewerbebetriebe in alter und neuer Zeit“ sprechen. Der Zutritt zu diesem Vortrage ist für jedermann frei, für Männer wie Frauen.

*** Für die Kellner, Köche, Portiers, Speisekellner** und die sonstigen Angestellten im Gastwirtsberufe wird Freitag, den 8. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im Cafe Restaurant auf der Karlsstraße eine öffentliche Versammlung abgehalten. Die Tagesordnung lautet: Die gastwirtschaftlichen Angelegenheiten und die Reichstagswahlen. Redner ist Stadtd. Löbe. Die Reichstagskandidaten sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen.

*** Verband der Sattler und Portseufler.** Mittwoch wird im Billardzimmer des Gewerkschaftshauses eine Sitzung aller Vertrauensmänner abgehalten. Das Erscheinen aller ist notwendig. Die Ortsverwaltung.

*** Achtung, Kammer und Hilfsarbeiter.** Mittwoch, den 6. Dezember, abends 7 Uhr, im Zimmer 3 des Gewerkschaftshauses Mitgliederversammlung. Der Vorstand.

*** Wieder ein schwerer Unfall.** Dienstag, vormittag gegen 10 Uhr, stürzte der Maurer August W. in der Zerbückerstraße 84/85, auf dem Neubau der Schulheiß-Brücke. Manuskript 24/208 aus dem 2. Stockwerk ab und blieb schwer verletzt liegen. Verheerend wurde der Feuerwache von der Elbinsstraße legten dem Verletzten Nothverbände an und veranlaßten seine Ueberführung ins Allerheiligenhospital.

*** Ein schweres Verbrechen, kein Brandunglück.** Nach Angaben der Feuerwehr wurde gestern über ein Brandunglück am Sonntag im Hause Fischerstraße 21 berichtet, wobei sich die 11-jährige Tochter der verwitweten Amtsrätin Frau Saman schwer verletzt haben sollte. Es wurde angenommen, daß sich das Mädchen im Bett wiederholt aufgerichtet habe, um den Flammen verschont zu bleiben und dabei mit dem Kopfe auf die Bettlatten aufgeschlagen sei.

Die am folgenden Tage von der Kriminalpolizei aufgenommenen Ermittlungen ergaben jedoch, daß diese Vermutung sich nicht bestätigte, vielmehr ein Verbrechen vorlag. Die Spuren der Täterschaft lenkten sich auf den 15-jährigen Diener der Familie, Erich Renner, hin, an dessen Fingerringen ein Verbrechen wurde; auch wurde im Nebenzimmer ein Hammer gefunden, der mit Blutstößen bedeckt war und an dem ein Fingerring des Mädchens lag. Renner wurde nun festgenommen und streng verhört, wobei er sich so in Widersprüche verwickelte, daß er schließlich die Tat zugeben mußte. In seinem dann abgelegten Geständnis erklärte er, von dem Mädchen häufig genötigt worden zu sein und sich deshalb an ihm gerächt zu haben. Er habe sich vor dem Schlafengehen in das Zimmer der Erbin eingeschlichen und mit einem Hammer etwa fünfmal auf ihren Kopf eingeschlagen. Der Schädel des Kindes war von diesen Schlägen, die nach dem Hinterkopf geführt waren, völlig zertrümmert worden; auch wurde eine schwere Verletzung an den Schläfen wahrgenommen. Nach der furchtbaren Tat hatte der Verbrechen an dem Bett angehängt, um die Spuren des Verbrechen zu verdecken. Das Mädchen wurde sofort in das Allerheiligen-Hospital überführt und starb dort noch in der folgenden Nacht.

*** Selbstmord.** Am 3. Dezember, früh 3 Uhr, stürzte sich der 51-jährige frühere Rutscher Friedrich Willec aus Berlin von der Königsbrücke in die Oder und ertrank; die Leiche konnte bisher noch nicht geborgen werden.

*** Von Krämpfen befallen** wurde Montagabend in einem Kino auf der Friedrich-Wilhelmstraße eine Frau. Die Vorstellung mußte auf kurze Zeit unterbrochen werden. Angestellte der Unfallstation leisteten der Frau die nötige Hilfe.

*** Zusammenstoße auf der Straße.** Am Sonnabend stieß auf der Weidenburgerstraße ein Lastwagen mit einem Straßenbahnzuge zusammen; am Motorwagen wurde der Vorderverton eingedrückt. — Am Sonntag fuhr auf der Hundsfelder Döberstraße zwei Spazierwagen zusammen. Der Kutscher des einen Wagens wurde an der Stirn, eine Injassan am linken Auge verletzt.

*** Gefunden** wurden eine Krabenhose, ein Kinderhemdchen, vier Portemonnaies mit Inhalt, vier goldene Ringe, ein Damenohrgehör, drei Schlüssel, ein Ledergürtel mit Steigbügelriemen, ein Damenhandtäschchen mit Inhalt, ein Damengürtel und ein Fahrrad. Zu erfragen im Hundsbureau des Polizei-Präsidiums.

Neueste Nachrichten.

Zur Streikbewegung in Berlin.

Berlin, 5. Dezember. (S. L.-B.) Sowohl in der Berliner Damenkonfektion wie auch in der Metallindustrie sind noch keine Ansichten auf Beilegung der Differenzen vorhanden. Der Kampf hat sich im Gegenteil besonders in der Damenkonfektion noch verschärft. Die nun schon in der dritten Woche streikenden Schneidermeister nahmen gestern mit großer Befriedigung die Mitteilungen entgegen, daß die Zahl der Streikenden jetzt schon über dreitausend betrage und die Zahl der Arbeitswilligen immer geringer werde. Einmütig wurde beschlossen, den Kampf fortzusetzen. In der Metallindustrie werden die streikenden und ausgeperrten Arbeiter sich im Laufe dieser Woche noch darüber einig werden, ob der Generalstreik zu proklamieren ist. Es gewinnt immer mehr den Anschein, daß der Streik und die Aussperrung in der Metallindustrie wochenlang dauern werden. Die Metallindustriellen hegen die Aussperrung als überal durchgeföhrt. In dieser Woche wird die erste Unternehmung für die Aussperrten fällig. Der Metallarbeiterverband wird wöchentlich ungefähr 384.000 Mark an Unternehmungen zu zahlen haben.

Die Aussperrung in der Metallindustrie.

Berlin, 4. Dezember. In Groß-Berlin tagten gestern abend achtzehn Versammlungen der Metallarbeiter, in denen berichtet wurde, daß die Aussperrung nicht den erwarteten Umfang angenommen hat. Verschiedentlich seien statt 80 kaum 40 Prozent in einzelnen Fällen sogar nur bis 30 Prozent Arbeiter ausgesperrt worden. Ueber die Frage, ob die noch in Arbeit stehenden Metallarbeiter aus den Betrieben herauszutreten sind, wird intern verhandelt. Auf jeden Fall soll die bisher geübte passive Resistenz beibehalten werden.

Unzufriedenheit unter Beamten.

London, 5. Dezember. Die Unzufriedenheit unter den Angestellten der Post und Telegraphie beginnt in amtlichen Kreisen lebhaftes Mißtrauen und große Beunruhigung zu erzeugen. Die Angestellten aller Kategorien der genannten Verwaltungsbezüge haben für nächsten Sonntag eine große Versammlung in Birmingham anberaumt, in der wahrscheinlich der Generalstreik verkündigt werden wird. Eine solche Maßnahme würde die angeführten des bevorstehenden Weihnachtsestes und der zu dieser Zeit gerade in England üblichen ungewohnter ausgedehnter Korrespondenz in allen Schichten des Berufslebens auf das Empfindlichste treffen.

Bulgarische Bandenkonstitution.

Kesid, 5. Dezember. Die katholischen Albanesen haben in der Gegend von Jvel Banden organisiert, die Angriffe auf türkische Militär ausführen. Bisher ist ein Soldat getötet worden. Bei einem Angriff der Bulgartruppe des Bulgarischen Militärs wurde dieser entwaffnet und seine Leute in die Flucht getrieben. Auch in der Gegend von Kesid haben sich zwei aus 30 Mann bestehende Banden gebildet.

Türkische Niederlagen bei Benghazi und Derna.

Rom, 5. Dezember. Der „Secolo“ von Mailand meldet, daß noch unvollständige Nachrichten Sonntagabend in Rom eingetroffen sind über ein Gefecht, welches am Morgen in Benghazi und ein anderes ebenso heftiges bei Derna stattgefunden haben. Die Nachrichten sind jetzt durch aus Malta einetroffene Telegramme bestätigt worden. Die Türken und Araber sollen bei Benghazi wie bei Derna mit großen Verlusten zurückgeschlagen worden sein. Auf italienischer Seite hatte man 1000 Tote und Verletzte. Einzelheiten fehlen noch.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Dienstag, den 5. Dezember: **Zimmerer.** Versammlung. Großer Saal. **Sindakture.** Versammlung im Billardzimmer. **Steinfeker.** Abends 7 Uhr: Mitgliederversammlung im Zimmer 3/4.

Mittwoch, den 6. Dezember: **Metallarbeiter.** Generalversammlung. Großer Saal. **Bücher.** Versammlung. Zimmer 2. **Kammer und Hilfsarbeiter.** Versammlung. Zimmer 3. **Nacharbeiter.** Versammlung. Zimmer 7.

Sonnabend, den 9. Dezember: **Buchdruckerverband.** Gramophon-Konzert. Großer Saal. Beginn 8 Uhr. Eintritt frei. Programm 10 Pf. **Borgellanarbeiter.** Versammlung im Billardzimmer. **Lehrerarbeiten.** Versammlung. Zimmer 2. **Buchbinder.** Versammlung. Zimmer 3.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Der nächste Jahlabend des Sozialdemokratischen Vereins Breslau ist Montag, den 11. Dezember, in den bekannten Lokalen.

Das Einfließen der Beiträge muß wegen der Weihnachtstage bereits am Sonntag, den 10. Dezember, besorgt werden. Bei diesem Rundgange führen die Bezirksführer Listen mit, in die sich arbeitsfreudige Genossen und Genossinnen einzeln lassen können, die die Arbeit haben, als Wähler tätig zu sein. Es ist dabei anzugeben, auf welche Art sich der Einzelne nützlich machen will. Der Vorstand.

Distrikt 3 (Gräbichener Vorstadt).

Die Mitglieder treffen sich Mittwoch, den 6. Dezember, abends 7 Uhr, im Distriktslokal Levaldstraße 12, zur Fortsetzung der nicht vollendeten Flugblattverbreitung.

Sozialdemokratischer Verein für Breslau (Land)-Neumarkt.

Landdistrikt 4 (Kosenthal). Dienstag, den 5. Dezember, abends 8 Uhr, bei Ulrich (Rosenhal): Zusammenkunft aller Genossen. Einteilung der Landbotenvertreter und Wahlhelfer.

Landdistrikt 9 (Bezirk Groß-Mochern, Schmolz). Sonnabend, den 9. Dezember, abends 8 Uhr, bei Schreier, Groß-Mochern. Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokratie. Redner Genosse Erowig. 2. Vereinsangelegenheiten. Die Frauen sind besonders eingeladen. Die Sammellisten sind mitzubringen. Die Genossen, die Einladungen erhalten haben, kommen Dienstag, den 5. Dezember, in die Versammlung.

Landdistrikt 9 (Groß-Mochern). Die Parteienoffen, die am Wahltage als Kontrollreue, Wahlhelfer usw. tätig sein wollen, werden aufgefordert, Dienstag, den 5. Dezember, abends 8 Uhr, bei Schreier zu erscheinen. Alles Nähere dort.

Land-Distrikt 11/12 (Bezirk Kleinburg). Dienstag, den 5. Dezember, abends 8 Uhr, bei Geier, Lohestraße: Mitgliederzusammenkunft. Tagesordnung: 1. „Der alte und der neue Reichstag“. Redner: Genosse Erowig. 2. Vereinsangelegenheiten.

Land-Distrikt 11/12 (Bezirk Parille, Aretzen, Aretzen). Mittwoch, den 6. Dezember, abends 8 Uhr, bei Nibel in Parille: Allgemeine Distrikts-Versammlung. Tagesordnung: 1. „Die deutsche Sozialpolitik“. Redner: Genosse Erowig. 2. Unsere Weihnachtsoirotre. 3. Vereinsangelegenheiten. Die Landbotenvertreter müssen alle zur Stelle sein wegen Auszahlung der Landbotengelber.

Landdistrikt 13 (Bezirk Dürrgön, Samsfeld, Gdersdorf, Schönborn, Groß- und Klein-Obern). Sonntag, den 10. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, bei Müller in Dürrgön: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Unsere Vorbereitungen zur Reichstagswahl. Redner Genosse Wolf aus Schönborn. 2. Vereinsangelegenheiten.

Landdistrikt 13 (Bezirk Wachen, Kreis-Gröden). Freitag, den 8. Dezember, abends 8 Uhr, bei Leopold in Klein-Gröden. Mitgliederversammlung. 1. Unsere Aufgaben zur bevorstehenden Reichstagswahl. Redner Genosse Erowig. 2. Vereinsangelegenheiten.

Landdistrikt 19 (Bezirk Schöndorf, Polnitz, Gaud). Sonnabend, den 9. Dezember, abends 8 Uhr, bei Hoffmann in Schöndorf: Jahlabend. Es handelt sich um die Vorbereitungen zur Wahlarbeit. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Die Landbotengelber werden nur im Jahlabend ausgezahlt. **Landdistrikt 21 (Neumarkt).** Sonnabend, den 9. Dezember, abends 8 Uhr, im „Selben Wren“ in Neumarkt: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Unsere Wahlarbeit. 2. Vereinsangelegenheiten.

Berichtigung!

Wir machen unsere wertigen Leser darauf aufmerksam, daß es in der Nummer vom Sonntag, den 3. Dezember, in dem Inzerat: Lagerbräuererei & Co. a. u. w. heißen soll, daß die betreffenden Brauereien mit dem Ausstoß ihres diesjährigen Bieres am 1. Dezember begonnen haben.

Deutscher Monistenbund

Ortsgruppe Breslau.

Mittwoch, den 6. Dezember 1911, abends 8 1/2 Uhr:

Oeffentlicher Vortrag

des Herrn Justizrats Oswald Marcuse

über 8758

„Religion und Jugenderziehung“

Im kleinen Saale des Breslauer Konzerthauses.

Eintrittspreis 30 Pfennige.

Weihnachts-Ausstellung

der 8753

Konfituren- und Schokoladenfabrik
ist eröffnet.

Ed. Stephan's Nachf.

Tel. 2908. Nikolaistraße 78 Tel. 2908.
Ring 29, Goldene Krone.

Rohtabak- handlung Carl Rother & Rode
Breslau L. Gummerei Nr. 26.
Spezialität: N. alte Cigarren.

Das erste Lebensjahr

von Dr. Silberstein.

Kann jeder jungen Mutter zur Anschaffung empfohlen werden

Preis 20 Pfg.

Zu beziehen durch die Buchhandlung „Volkswacht“

Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis.

„Trinkt Sinalco“

Bautzen O.-S.

Kurs-, Weiss- und Wollwaren.
Cohn, E., Inh.: M. Warkki.

Lebensmittel-Besorgung.
Wilm, G., Kirschstraße u. Kreuzstraße.

Brieg

Alkoholfreie Getränke.
Zinnl, „Ostere Spezial-Bier“.

Arbeiter-Konkotion.
Neumann, R., Kersch 1. D. Nr. 17.

Bäckerleien und Konditoreien.
Krause, Hermann, Poststraße 18.
Köhler, Paul, Sandberg.
Köhler, Paul, Sandberg.

Bierbrauereien.
Stäger Stadtbrauerei, 1. u. 2.
Bürgerliches Brauhaus, G. O. m. S. 5.

Fahrräder und Nähmaschinen.
Schmidt, S., Cappelstraße 3. Reichenh.

Fleischerei u. Wurstfabrik.
Gross, Friedrich, Kirsch 24.
Grotz, Robert, Cappelstraße 34.
Haller, Paul, Kirsch 21.
Haller, Robert, Kirsch 21.
Scholz, Richard, Kirsch 21.

Fruchtsäfte etc.
Cohn, Josef, Kirsch 25.

Galanterie- und Spielwaren.
Schell, E., Kirsch 25.

Herren- u. Knaben-Garderobe.
Kühn, H., Kirsch 11. Arbeiterstraße.
Kühn, H., Kirsch 11. Arbeiterstraße.

Wohl, Eugen,

Burgstraße 27.

Herrngard., Schuhwaren, Möbel.
Jahnke, G., Cappelstraße 32.

Heiz- u. Kohlenhandlung.
Fritzer, Carl, Kirschstraße 55.

Hüte, Hüten, Pelzwaren.
Göppel, Franz, Kirsch 14.
Urbanek, E., Kirsch 11-12. Schönb.

Bach, Arth.

Kaufhaus, Ring 30.
Bil. Bezugskunde

Kinematograph.
„Opton“, Zapf, Poststr. 111. Urag.

Kolonialwaren und Lebensmittel.
Grotz, Carl, Kirsch 23.
Grotz, Carl, Kirsch 23. Kirsch u. Kirsch.

Kurs-, Weiss- und Wollwaren.
Cohn, Hermann, Kirsch 27.
Cohn, Hermann, Kirsch 27.

Manufakturwaren.
Cohn, Albert, Kirsch 51.

Möbel- und Sarg-Waren.
Schumann, Christian, Kirsch 16-17.

Photographisches Atelier.
Herrich, Alfred, Kirsch 7.
Grotz, Carl, „Im Berg“.

Schankwirtschaften.
Schumann, Hotel, Kirsch 16.
Kühn, H., Kirsch 11.

Schuhwaren und Schuhmacher.
Kühn, H., Kirsch 11. Kirsch 11.
Kühn, H., Kirsch 11. Kirsch 11.

Spezial- u. Holzwaren.
Grotz, Carl, Kirsch 2. Tel. 208.

Thren- und Goldwaren.
Grotz, Carl, Kirsch 2. Kirsch 2.
Grotz, Carl, Kirsch 2. Kirsch 2.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Grotz, Carl, Kirsch 2. Kirsch 2.

Bunzlau

Herrngard., Linwand, u. Selterfabr.
Schmitt, Hermann, Kreuzstraße.

Kolonialwaren u. Wurstfabriken.
Grotz, Carl, Kirsch 1.
Grotz, Carl, Kirsch 1.

Lebensmittel-Besorgung.
Kühn, H., Kirsch 11. Kirsch 11.

Manufakturwaren.
Kühn, H., Kirsch 11. Kirsch 11.

Schuhwaren u. Schuhmacher.
Kühn, H., Kirsch 11. Kirsch 11.

Thren- u. Goldwaren.
Kühn, H., Kirsch 11. Kirsch 11.

Cosel

Bäckerleien.
Krause, Hermann, Poststraße 18.

Fleischereien und Wurstfabriken.
Krause, Hermann, Poststraße 18.

Utsch-Lissa, Stabelwitz.

Bäckerleien.
Krause, Hermann, Poststraße 18.

Brauereien und Restauratoren.
Krause, Hermann, Poststraße 18.

Eisen- und Feinwerkhandlung.
Krause, Hermann, Poststraße 18.

Klose, Friedr.

Fleischerei und Wurstfabrik.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Haus- und Küchengeräte.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Kaufhaus.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Kolonialwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Schuhwaren, Schuhmacher.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Thren- u. Goldwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Wein- und Wollwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Glogau

Alkoholfreie Getränke.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Bäckerleien.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Fahrräder und Nähmaschinen.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Haus- und Küchengeräte, Spielwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Herren- und Knaben-Garderobe.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Kolonialwaren, Spielwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Musikinstrumente.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Thren- u. Goldwaren, optische Artikel.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Wein- und Wollwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Goldberg

Bismarck-Verlag Goldberg.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Fahrräder, Näh- u. Sprechmaschinen.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Fleischerei.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Glas- und Porzellanhandlung.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Herren- und Knaben-Garderobe.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Hüte, Hüten, Pelzwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Kinematograph.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Möbel- und Bäckerleien.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Gorkau

Bäckerleien.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Brauereien.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Haynau

Haus- und Küchengeräte.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Bäckerleien.

Grund, H., Kirsch 18. Kirsch 18.

Brauerei.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Dragen und Farben.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Fleischereien und Wurstfabriken.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Hüte, Hüten, Pelzwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Kaufhaus.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Kolonialwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Schuhwaren, Schuhmacher.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Thren- u. Goldwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Wein- und Wollwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Hundsfeld

Fleischereien.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Koberwitz.

Fleischerei.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Kettendorf/Haritz.

Fahrräder, u. Reparaturwerkstatt.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Fleischerei und Wurstfabrik.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Kolonialwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Schuhwaren und Schuhmacher.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Thren- u. Goldwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Wein- und Wollwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Königsbrunn O.-S.

Haus- und Küchengeräte.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Herren-Garderobe und Schuhwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Hüte, Hüten, Pelzwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Liegnitz

Haus- und Küchengeräte.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Herren-Garderobe und Schuhwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Hüte, Hüten, Pelzwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Kolonialwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Schuhwaren u. Schuhmacher.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Thren- u. Goldwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Wein- und Wollwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Bäckerleien u. Konditoreien.

Grund, H., Kirsch 18. Kirsch 18.

Brauerei.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Dragen und Farben.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Fleischereien und Wurstfabriken.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Hüte, Hüten, Pelzwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Kaufhaus.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Kolonialwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Schuhwaren, Schuhmacher.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Thren- u. Goldwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Wein- und Wollwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Kantzenau.

Herren- u. Knaben-Garderobe.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Kolonialwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Schuhwaren, Schuhmacher.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Thren- u. Goldwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Wein- und Wollwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Königsbrunn O.-S.

Haus- und Küchengeräte.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Herren-Garderobe und Schuhwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Hüte, Hüten, Pelzwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Liegnitz

Haus- und Küchengeräte.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Herren-Garderobe und Schuhwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Hüte, Hüten, Pelzwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Kolonialwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Schuhwaren u. Schuhmacher.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Thren- u. Goldwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Wein- und Wollwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Königsbrunn O.-S.

Haus- und Küchengeräte.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Herren-Garderobe und Schuhwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Hüte, Hüten, Pelzwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Liegnitz

Haus- und Küchengeräte.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Herren-Garderobe und Schuhwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Hüte, Hüten, Pelzwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Kolonialwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Schuhwaren u. Schuhmacher.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Thren- u. Goldwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Schuh-Etage Granelst. (Fein Leder).

Grund, H., Kirsch 18. Kirsch 18.

Brauerei.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Dragen und Farben.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Fleischereien und Wurstfabriken.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Hüte, Hüten, Pelzwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Kaufhaus.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Kolonialwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Schuhwaren, Schuhmacher.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Thren- u. Goldwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Wein- und Wollwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Kantzenau.

Herren- u. Knaben-Garderobe.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Kolonialwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Schuhwaren, Schuhmacher.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Thren- u. Goldwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Wein- und Wollwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Königsbrunn O.-S.

Haus- und Küchengeräte.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Herren-Garderobe und Schuhwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Hüte, Hüten, Pelzwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Liegnitz

Haus- und Küchengeräte.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Herren-Garderobe und Schuhwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Hüte, Hüten, Pelzwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Kolonialwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Schuhwaren u. Schuhmacher.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Thren- u. Goldwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Wein- und Wollwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Königsbrunn O.-S.

Haus- und Küchengeräte.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Herren-Garderobe und Schuhwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Hüte, Hüten, Pelzwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Liegnitz

Haus- und Küchengeräte.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Herren-Garderobe und Schuhwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Hüte, Hüten, Pelzwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Kolonialwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Schuhwaren u. Schuhmacher.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Thren- u. Goldwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Märzdorf/Steindorf.

Grund, H., Kirsch 18. Kirsch 18.

Brauerei.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Dragen und Farben.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Fleischereien und Wurstfabriken.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Hüte, Hüten, Pelzwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Kaufhaus.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Kolonialwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Schuhwaren, Schuhmacher.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Thren- u. Goldwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Wein- und Wollwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Kantzenau.

Herren- u. Knaben-Garderobe.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Kolonialwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Schuhwaren, Schuhmacher.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Thren- u. Goldwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Wein- und Wollwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Königsbrunn O.-S.

Haus- und Küchengeräte.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Herren-Garderobe und Schuhwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Hüte, Hüten, Pelzwaren.
Klose, Friedr., Kirsch 17.

Die Revolution in China.

Der am Yangtse zwischen Rebellen und Kaiserlichen abgeschlossene Waffenstillstand soll zu Verhandlungen über die neunzehn Fundamentalartikel der Konstitution benutzt werden. Man glaubt, daß die extremen revolutionären Deslegierten unerbittlich auf der Abschaffung der Mandchusubdynastie bestehen werden. Offiziell wird zugegeben, daß Züan'schikais Leben sehr gefährdet ist, wenn er politisch nicht ungemein vorsichtig ist. Die Mandchupartei behauptet nun, Züan'schikais wolle die Revolution in zwei Perioden beenden. In der ersten Periode habe er bereits gesiegt, das zweite Stadium solle mit der völligen Ausschaltung der Mandchus in zwei Jahren enden, wenn das Land reorganisiert ist. Das sei der Grund, warum der Hof nicht wage, Peking zu verlassen. Uebrigens weigern sich die Führer der Revolutionäre in Schanghai, den in Wutschang abgeschlossenen Waffenstillstand anzuerkennen. Nach der Einnahme von Nanking floh der Vikar Wang Tschang mit dem Zaren general Tschiang in das deutsche Konsulat. Die Munitionslager und Magazine wurden zuerst eingenommen. Alle Ausländer in Nanking befinden sich in Sicherheit. Drei Meile blieben für die Arbeiter des roten Kreuzes in der Stadt. Sofort nach der Einnahme Nankings dampften die Kanonenboote der Revolutionäre nach Wutschang ab, wo sich die ganze Streitmacht der Rebellen, die jetzt in Nanking ist, konzentrieren wird.

Die Lage in Nanking.

Nanking, 4. Dezember. Nach der Einnahme der Stadt Nanking übertrug General Tsing die Verwaltung, indem er sich in Nanking ausrief und eine Belohnung von einer Viertelmillion Yuan auf den Kopf des früheren Vikars und des Zaren general aussetzte.

Die militärischen Führer bereiten sich vor, nach Hankau vorzurücken und an der Eisenbahn entlang vorzugehen, wo man die Anfanmlung der nach allem Muster ausgebildeten Truppen unter Tschang Sun vermutet. Die Revolutionäre enthaupten alle Anhänger des alten Regimes, die sie in der Stadt vorfinden. Viele kopflose Leichen liegen in den Straßen umher.

Nanking, 4. Dezember. Die Zarenstadt von Nanking ist mit Erlaubnis der Behörden geplündert und eingeäschert worden. Somit vollzog sich die Besetzung von Nanking durch die Aufständischen ordnungsmäßig.

Hanjiang nicht erobert.

Schanghai, 4. Dezember. Die Einnahme von Hanjiang durch die Kaiserlichen wird von den Rebellen als das nachdrücklichste bestritten. In Schanghai hat der Böbel zwei chinesische Zeitungen angegriffen, die den Fall von Hanjiang gemeldet hatten. General Viquanung ist durch die Ereignisse sehr niedergedrückt. Unter den Pupeh- und Gumantruppen in Wutschang herrscht Uneinigkeit.

Die Unabhängigkeit der Mongolei proklamiert. **Peking, 4. Dezember.** In Urga ist von verabschiedeten chinesischen Beamten die Unabhängigkeit der Mongolei erklärt worden.

Der Krieg um Tripolis.

Seit acht Tagen sind die Italiener nach Weidungen aus Malta wieder im Besitz der Stellungen, die ihnen vor fünf Wochen verloren gingen. Diese Stellungen, die sie am letzten Sonntag mit großen Schwierigkeiten und unter großen Opfern wieder zurückeroberten, bilden ungefähr die Form eines Dreiecks in der Nähe von Schara esch Schat. Die neue Verteidigungslinie, die seit dem 16. Oktober einen wirklichen Vorstoß bedeutet, ist besser besetzt und geünder und zweckmäßiger angelegt worden. Die Angriffe haben während der letzten Woche nach aufgehört. Es hat vielmehr bei Feindtum im Bereich der neuen Linie ein sehr heftiges Gefecht stattgefunden.

Die Minen.

Konstantinopel, 4. Dezember. Vor Smyrna ist der Rhebivial-Dampfer „Seidie“ auf eine von den Türken gegen die Italiener gelegte Mine gelaufen. Seine Schraube verfring sich in der Anfertigung der Mine und wurde so beschädigt, daß der Dampfer nach dem Hafen von Smyrna gebracht werden mußte. Die Mine selbst ist nicht explodiert.

Konstantinopel, 4. Dezember. Das Valesboot „Jemaitia“ der Rhebivialflotte ist vorgestern im Hafen von Saloniki auf eine Unterseeleine gestoßen. Die Schiffschraube wurde leicht beschädigt.

Saloniki, 4. Dezember. Der hiesige Hafen ist von abends 5 Uhr bis morgens 8 Uhr sowohl für einlaufende als auch für auslaufende Schiffe gesperrt. Die bei Tage in den Hafen einlaufenden Schiffe müssen vom Fort Carabournau einen Piloten an Bord nehmen, wegen der im Hafen gelegenen Seeminen. Für alle Schäden, die dem Schiffe sowohl beim Einlaufen als auch beim Ausfahren zustoßen, ist der Kapitän desselben verantwortlich.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Ein unhaltbares Urteil.

In einer Privatklage hatte sich am Sonnabend vor dem Schöffengericht in Königsblüte Genosse K a b o l d als fröhlicher verantwortlicher Redakteur der „Volkswacht“ zu verantworten. K a b o l d soll durch eine Witte Mat in der „Volkswacht“ unter der Spitzmarke „Kein Musterbetrieb“, erschlenene Notiz die Firma Sternberg, die in Königsblüte ein Sägewerk unterhält, beleidigt haben.

In der Notiz war davon die Rede, daß in dem Sternbergischen Betriebe niedrige Löhne und Untereiberei am Plage seien, daß die Arbeiter schlecht behandelt und oft auch geschlagen würden. Weiter wurde allgemein auf mangelnde Schutzvorrichtungen hingewiesen und dem Gewerbeinspektor empfohlen, den Betrieb gelegentlich eingehend zu kontrollieren. Die Notiz war streng sachlich gehalten und enthielt nicht ein Wort, das als formelle Beleidigung aufgefaßt werden konnte. Die in der Notiz aufgestellten Behauptungen konnten von den eidlich vernommenen Zeugen zum großen Teil auch bestätigt werden.

Der als Zeuge und Sachverständige geladene Gewerbeinspektor P i l l o n sagte aus, daß er, als die Notiz in der „Volkswacht“ erschien, auf Wunsch der Firma Sternberg den Betrieb kontrolliert habe. Es sei soweit alles in Ordnung gewesen, nur der Fußboden habe eine mangelhafte Stelle gehabt und an den großen Kreislagen seien unzweckmäßige Schutzvorrichtungen gewesen, die er durch modernere habe ersetzen lassen. Ueber die Zustände im Betriebe vor der Kontrolle konnte er aber nichts aussagen, da er erst seit dem 1. Mai in Oberschlesien anwesend ist.

Zeuge S t. war 18 Wochen bei der Firma beschäftigt und hat während dieser ganzen Zeit beobachtet, wie der Werkmeister T h i e l die Leute schlecht behandelt. Die geringsten Anlässe habe er die Leute beschimpft, „Ochsen“, „Esel“ und „Schafsköpfe“ genannt. Einmal habe er, S t., gesehen, wie T h i e l einen älteren Arbeiter mit einer Leiberrantia schlug, daß dieser laut weinte. S t. sagte auch aus, daß bei Sternberg fast alles in Mord arbeite. Es wäre aber am Lohnstage weder Lohnbeutel noch Lohnzettel. Ohne zu wissen, was es eigentlich für die Arbeit gebe, bekäme man sein Geld in die Hand gedrückt. Er habe einmal in 10% Schichten (zu je 11 Stunden) 25 Mark verdient, ein andermal in 1/2 Schicht 16 Böhn. Als er sich darüber beschwerte, habe ihm T h i e l, der Werkmeister, geantwortet, er solle zum Teufel gehen.

Zeuge T h i e l bestritt anfangs, die Leute geschlagen zu haben. Als er vom Richter und Verteidiger auf die Bedeutung des Eides hingewiesen wurde, gab er zu, geschlagen zu haben. Die Angaben, die T h i e l über die Höhe der Löhne machte, schwannten sehr und stimmten mit den Angaben der anderen Zeugen nicht überein.

Zeuge M. konnte bestätigen, daß er den Betrieb verlassen habe, weil nichts in Ordnung gewesen sei. Er bestätigte die Angaben des S t. und bekaufte er sich, daß sein Arbeiter einen Mordbettel am Lohnstage erhalten habe. Alle ihm einmal ein Stann auf den Fuß gefallen sei, habe er eine Stunde lang auf einem Kohlenhaufen im Kesselhause liegen und unter großen Schmerzen warten müssen, bis der Krankenwagen kam.

Zeuge B. gibt ebenfalls an, daß er den Betrieb wegen der herrschenden Unordnung verlassen habe. Klein Arbeiter wachte recht, was er verdiene. P. hat auch gehört, wie Werkmeister T h i e l immer wieder beschimpft und dabei Ausdrücke wie „Schweine“ und „Ochsen“ gebrauchte. Mehrmals habe er gesehen, wie T h i e l Arbeiter mit der Faust ins Gesicht schlug. Wegen des vielen Schimpfens habe er T h i e l einmal zur Rede gestellt. T h i e l habe geantwortet, er müsse schimpfen, da auf ihn von oben herunter gedrückt würde. Früher sei es besser gewesen.

Daß T h i e l fortwährend schimpfte und fluchte, mußte sogar der von der Firma geladene Zeuge Jc. angeben, der 19 Jahre bei Sternberg in Arbeit steht. Es wurde weiter auch angegeben, daß an den Kranen zum Holzaufrang Leute beschäftigt werden, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, also die Zeichen nicht verstehen, wodurch oft große Gefahr für die unter den Kranen beschäftigten Arbeiter entsteht. An einem Kran war nach Aussagen der Zeugen überhaupt kein Führer. Wer ihn habe bedienen wollen, sei hinaufgeschoben. Auch die Bremse an einem Kran habe oft verfaßt. Man hätte mit den Klappen bremsen müssen, um den Kran zum Stillstand zu bringen.

Als der Gewerbeinspektor P i l l o n ein Gutachten über die bei Sternberg aufgestellten Krane abgeben sollte, konnte er nicht einmal genau angeben, ob sie mechanisch oder mit der Hand bedient werden.

Nach dieser Beweisaufnahme stand fest, daß in der Notiz nichts Unwahreres enthalten war. Der Verteidiger, Rechtsanwalt V i c h e n s t e i n, betonte, der Wahrheitsbeweis sei im großen und ganzen gelungen. Auf Einzelheiten könne es dabei niemals ankommen, da selbst das Reichsgericht erkannt habe, daß der Wahrheitsbeweis nur in den meisten Punkten herbeizuführen zu werden, wenn es zur Freisprechung kommen sollte. Der Angeklagte habe lediglich den Gewerbeinspektor auf den Betrieb aufmerksam machen wollen, und das sei sein gutes Recht.

Genosse K a b o l d trat ebenfalls für seine Freisprechung ein. Die Notiz enthalte nichts Beleidigendes. Die Zeugenvernehmung habe ergeben, daß der Sternbergische Betrieb kein Musterbetrieb sei. Es ginge nicht an, die Arbeiter zu schlagen und zu beschimpfen. Zur Ausübung des Faustrechts habe man

aber kein Recht. Der Vorwurf mangelnder Schutzvorrichtungen sei ebenfalls nicht belegend. Es habe sich herausgestellt, daß vieles nicht in Ordnung sei.

Nachdem sich das Gericht zu längerer Beratung zurückgezogen hatte, verkündete es folgenden ungemein hohen Urteilsspruch: Der Angeklagte ist der Beleidigung schuldig. Er wird zu 300 Mark Geldstrafe, 100 Mark Buße und Tragung sämtlicher Kosten verurteilt. Der Vorliegende begründete dieses Urteil damit, daß der Artikel erhebliche (!) Beleidigungen enthalte. Das Vorgehen des Werkmeisters sei nicht schimm. (!) Obwohl der Werkmeister selbst angegeben hatte, daß in dem Betriebe angeordnet werden müßte, daß es also Untereiberei gibt, hielt das Gericht gerade diesen Vorwurf für den schwersten. Der Vorliegende meinte, Untereiberei hieße nichts anderes, als Elendenhalter. Das sei ein schwerer Vorwurf; ebenso sei der Vorwurf mangelnder Schutzvorrichtungen belegend, und daher die hohe Strafe, obwohl der Angeklagte zur Zeit, als der Artikel erschien, noch gänzlich unbescholten war.

Gegen dieses Urteil mit seiner sonderbaren Begründung wird Berufung eingelegt werden. Die Firma konnte nicht einen Pfennig Schaden nachweisen, der ihr durch die Notiz entstanden ist. Und trotzdem erkannte das Gericht neben der hohen Geldstrafe auch noch auf 100 Mark Buße. Ein derartig hartes Urteil sieht in der deutschen Rechtsprechung wohl einzig da. Es bedeutet Aufhebung der Pressefreiheit, wenn eine Zeitung wegen einer so streng sachlichen Kritik, die, wie die Beweisaufnahme ergab, sehr berechtigt war, mit so hohen Strafen belegt wird, wie im vorliegenden Falle. Wir hoffen aber sicher, daß die Berufungsinstanz das Urteil umwerfen wird.

Jobien a. B., 5. Dezember. Folgendschwerer Unfall. Sonntag nachmittags ereignete sich auf der Magauer Chaussee unweit der hiesigen Wienerzei ein Unglücksfall mit tödlichem Ausgang. Ein von Magau her in sehr schnellem Tempo herankommendes Automobil erreichte das Weispann des Schmiedwarenhändlers Brunert aus Kriestenanau, wobei das Weispann und der Wagen, auf dem sich Brunert und dessen Frau befanden, in den Straßengraben geworfen wurde. Brunert erlitt hierbei einen Schädel- und Genickbruch und war auf der Stelle tot. Der Wagen wurde bei dem Sturze zum Teil zerrümmert.

Freiberg a. S., 5. Dezember. Automobilunfall. Mittags unweit der Neberische in Ciesdorf das Automobil des hiesigen Amtsgerichtsrats C b e l l i n g gegen einen Stein und überstürzte sich, jedoch die Insassen, Arbeiter Berden und Amtsgerichtsrat C b e l l i n g, herausgeschleudert wurden. Berden kam mit leichten Verletzungen davon, während C b e l l i n g schwer verletzt wurde. Man hat Besürchtigungen für sein Leben. Das Auto wurde total zerrümmert.

Grünberg, 5. Dezember. Reichstagskandidatur. Am Sonntag taute hier eine Wahlkonferenz, die von 22 Delegierten besucht war und zur Wahlprüfung der Reichstagskandidatur Stellung nahm, die sich infolge des Todes unseres Genossen Hermann Solwe nötig gemacht hat. Einstimmig wurde als Reichstagskandidat der Schriftsteller Genosse Georg Davidsohn aus Berlin aufgestellt.

Schönberg, 5. Dezember. Selbstmord. Der Baum- schulenbesitzer Neumann aus Döbel wurde bei der Sieben- seicher Mühle als Leiche aus dem Foher gezogen. Die Ursache zu der traurigen Tat ist nicht bekannt.

Schönberg, 5. Dezember. Zu dem Unglücksfall in der Lüneburger Mühle ist zu berichten, daß das die Treppen heruntergefallene Mädchen erkranklicher Weise nicht tot ist, sondern sich wohl befindet.

Schweidnitz, 5. Dezember. Ausschreibung. Das „Schweidnitzer Tageblatt“ berichtet: Einem schweren militärischen Vergehens machte sich am Sonntag in den wägen Abendstunden ein Grenadier vom hiesigen Regiment schuldig. Er war von einer Wirtshauspatrouille arretiert worden, und diese rief zu seiner Abführung Mannschaften von der Hauswache herbei. Diesen Mannschaften, welche mit geschulerten Gewehr den Verhafteten in ihrer Mitte nach der Kaserne transportierten, setzte der Grenadier heftigsten Widerstand entgegen. Auf der Waldenburgerstraße warf er sich wiederholt zu Boden, und er konnte nur mit größter Mühe bis nach der Wache gebracht werden. Als dort der Wachhabende die Besatzungsmannschaften abtreten ließ, erweilte der Verhaftete auf neue, und er konnte erst nach längerer Zeit wieder einbracht werden. — Das wird dem armen Grenadier leider sehr teuer zu stehen kommen.

Altwasser, 5. Dezember. Die Dynamitpatrone im Kohlenkasten. Nachstehender Fall mahnt zur Vorsicht beim Einlegen der Kohlen im Ofen. Im Hause des Schuhmachermeisters Herrn Kient in der Bahnhofskolonie zu Nieder-Salzbromm war eine dort wohnende Frau im Begriff, Kohlen auf das im Ofen befindliche Feuer zu geben. Dabei fan dieselbe in den Kohlen einen harten Gegenstand, welcher sich als eine Dynamitpatrone erweist. Vermutlich ist dieselbe in der Grube unter die Kohlen geraten. Es ist als ein Wunder zu bezeichnen, daß das Geschloß bei Verarmung der Kohle resp. während des Auf- und Abfahrens nicht zur Explosion kam.

Namslau, 5. Dezember. Ein „Muffrechter“ Lehrer puffet aus Simmelwitz, der nach 43jähriger Tätigkeit im Schuldienste sich pensionieren ließ, lehnte, wie die „Vot.“ meldet, den ihm verliehenen Adler der Jubilar des hiesigen hiesigen Hausordens ab. Puffel hat am Kriege 1870-71 teilgenommen und 26 Jahre lang das Landesamt verwaltet. — Hat der Herr etwa einen besseren Vogel erwartet?

Schlesische Meisterturse zu Breslau.
Vom 8. Januar bis 2. Februar 1912
 finden Kurse für Gas- und Wasser-Installationen, Elektro-Installationen, Schneider (Unterfuß), Schlosser (vom 8. bis 20. Januar Treppenbau, vom 22. Januar bis 3. Februar Schaufelanlagen) statt. 8763
 Die Kurse finden in der Handwerker- und Kunstgewerbeschule Breslau, Klosterstraße 19, statt, von deren Geschäftsstelle Programme, Lehrpläne und Anmeldebücher zu beziehen sind.

Die in den Versammlungen des Konsum- und Sparvereins „Vorwärts“ am 12. Oktober und 2. November cr. von mir gegen den Kassierer des genannten Konsumvereins, Herrn Friedrich Schlegel, erhobenen Beschuldigungen erkläre ich hiermit für unwahr.
 Ich nehme die Herrn Schlegel durch diese Beschuldigungen zugefügten Beleidigungen mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück und leiste Abbitte.
 Breslau, den 23. November 1911. 8761
Wilhelm Heilmann, Gewaldstraße 13.

Wegen Geschäfts-Uebergabe
Grosser Ausverkauf
 in
Normal-Hemden und -Hosen
 für Damen, Herren und Kinder.
 Alle Arten
Strümpfe u. Socken, Handschuhe, Korsettschoner etc.
 zu bedeutend ermäßigten Preisen.
L. Neumann jr.
 63 Reuschestr. 63.

Die 10 Gebote u. die besitzenden Klassen
 von Hoffmann — 80 Pfg.
 — Buchhandlung Volkswacht —

Reell! Gut! Billig!
 kaufen Sie
 Regulatoren
 Freischwinger
 Taschenuhren
 Ketten, Ringe
 Broschen, Ohringe
 Goldene Trauringe
 sehr billig, nach Gewicht.
 Für je 2 Uhr 2 Jahre Garantie.
Arnold Rosenthal
 Uhrmacher
 Hauptstraße 10/11/12/13/14/15/16/17/18/19/20/21/22/23/24/25/26/27/28/29/30/31/32/33/34/35/36/37/38/39/40/41/42/43/44/45/46/47/48/49/50/51/52/53/54/55/56/57/58/59/60/61/62/63/64/65/66/67/68/69/70/71/72/73/74/75/76/77/78/79/80/81/82/83/84/85/86/87/88/89/90/91/92/93/94/95/96/97/98/99/100

Die Gleichheit
 (Frauenzeitung.)
 Alle 14 Tage erscheinend, Heft 10 Wieniac.

Deutscher Reichstag.

216. Sitzung, Montag, den 4. Dezember, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: Vermuth.

Petitionen.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Petitionen, von denen eine große Anzahl debattelos nach den Beschlüssen der Kommission erledigt werden. So wird eine Petition auf Einschränkung der weiblichen Bedienung in Gastwirtschaften als Material überwiesen, dagegen über sie, sowie sie ein generelles Verbot fordert, zur Tagesordnung übergegangen.

Schutzgeld auf irische Fische und Perlinge

beantragt die Kommission Heberana zur Tagesordnung. Abg. v. Trucenietz (kon.): beantragt Heberweisung als Material mit Rücksicht auf den Mangel an der Seefischerei.

Abg. Schwarz (lib.) wendet sich im Interesse der kleinen Fischer gegen den Antrag; der darauf abgelehnt wird.

Es folgt die zweite Lesung der

Chapirkanischen Eisenbahnvorlage.

Reichsfinanzsekretär Vermuth: Die Zeitungsberichte über die Erklärungen der Regierung in der Budgetkommission zum Stand unserer Reichsfinanzen waren sämtlich ungenau. (Hört, hört! bei den Schwarz-Blauen.) Es sind ungenauartige Darstellungen über den Etat von 1912 verbreitet worden. Dem gegenüber muß ich erklären, daß wir Aussicht haben, die Gesundheit unserer Reichsfinanzen eher zu erreichen, als wir erwarten haben. (Beifall rechts und im Zentrum. Zurufe links: Abwarten! Wäre doch unsere Anleihe für ja auch wieder gegeben. Erneuter Zuruf links: Wäre doch! Nein, das ist keine Wahlrede sondern eine Verwahrungsbrede gegen Presseausfälle. Wir haben keine neuen Anleihen aufnehmen brauchen und haben an die Schuldentilgung denken können. Öffentlich hat diese Vermutung auch 1912 an. Genau weiß ich, was natürlich war. (Große Heiterkeit und Applaus links.) Die Finanzen befinden sich auf bestem Wege. (Erneuter Zuruf links: Wir müssen nur mit Konsequenz an den bisherigen Grundsätzen festhalten. In diesem Sinne empfehle ich Ihnen diese Vorlage hier. Wieder, bei rechts und im Zentrum. Zurufe und Zurufe links: Solche Romane!)

Abg. Erzberger (Zentr.): Wir waren für die Vorlage stimmend, nachdem wir eine Bedenken in der Kommission verteidigt worden sind. — Wir brauchen die Erklärung des Staatssekretärs die Wahrheit über die Bedingungen der Reichsfinanzreform wird doch einmal lesen. Das die Behandlung anderer Finanzen, die wir seit 1910 über 196 einbringen, schon 1910 einbringen ist, sollten doch auch die Herren von der Bank mit Freunden begrüßen. (Beifall im Zentrum u. rechts.)

Abg. Dr. Paasche (natl.): Zehntausend freut sich auch die Sinne über die Lage der Finanzen. Aber in einem Loblied auf die Reichsfinanzreform hat kein Grund vor. Die Besserung der Finanzen geht auf die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse zurück und wäre auch ohne Finanzreform einsetzbar. In unserem Urteil über die finanzielle Finanzreform wird dadurch nichts geändert. (Beifall links.)

Abg. Gothein (fortsch. Ver.)

Auch wir stimmen für die Vorlage. Die Rede des Staatssekretärs ist bei den Herren herbeigezogen. Sagen die Staatssekretäre nun auf der Bundesratsstraße oder im Zentrum? (Heiterkeit.) Daß mehrere Millionen Steuer entkommen würden hat niemand bestritten, aber wie teuer ist mit den Einkommen? Die Zehntausend bringt 30 bis 15, Kaffee- und Zerealien bringt 14 bis 37 Millionen. Dem Vier beträgt der Staat 41 Millionen, trotz des hohen Zinseszins mit dem großen Zins (Heiterkeit), der den Staatskassieren 11 Millionen. Das Zentrum hat sich eben verrechnet.

Religionen gut, Korruptionen schmal.

(Heiterkeit links, Unruhe im Zentrum.) Staat 49 Millionen sind nur 23 Millionen eingebracht. (Hört, hört! links.) Der große wirtschaftliche Aufschwung besteht nur in der Zunahme der Mehrheiten und damit eine Verbesserung in Kontingenzen ist, die nicht auf die neuen Steuern zurückzuführen. Eine solche Finanzlage ist vor den Wahlen immer da. (Heiterkeit.) Eine Gesundung der Finanzen durch eine ungelöste Finanzreform ist keine Gesundung für das Volk. (Beifall links.)

Reichsfinanzsekretär Vermuth: Die Zahlen des Abg. Gothein müssen jeden Christenmenschen mit Grauen erfüllen. (Heiterkeit.) 230 Millionen soll die Finanzreform einbringen? Schon im ersten Staatsjahre waren es über 23 Millionen. (Hört, hört! rechts u. l. Zentr.) Sowie fehlen nur noch 24 Millionen an den bewilligten 47 Millionen. (Hört, hört! rechts u. l. Zentr.) Das ist doch ein recht gutes Ergebnis. Wir sind aus unserer Finanzherauskunft heraus, aber vor jedem Triumphieren möchte ich meinen stets merkwürdigen dringend warnen. (Beifall rechts u. l. Zentr.)

Abg. Dr. Biedert (Soz.):

Darüber und über die eigentlich selbstverständliche Tatsache, daß neue Schulden nicht gemacht werden dürfen, ist man jetzt des Lobes voll. Anstatt der 3 Milliarden reichsdeutscher Schulden sollte man doch etwas vorwärts mit dem Linsen Vorfahren. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir würden uns sehr freuen, wenn Herr Vermuth mit Kollegen an den Grundfragen der Sozialpolitik teilhaben wollte. Aber wir hören die Botschaft wohl, doch fehlt uns der Glaube. Wer steht uns auch für die

Rückfolger des Herrn Vermuth.

Jetzt ist Herr Vermuth ersucht von der folgenden Lage der Finanzen. Damals klang es anders als seinem Munde, als wir die Abschaffung der Zehntausend für den verordneten. Vor den Wahlen klang es immer gut, aber nach dem Licht hat man es anders. Vor ein Wochen von 1907 erklärten auch der damalige Staatssekretär v. Lohmann und der Abgeordnete die allgemeine Meinung mit den folgenden Worten, daß es nicht seine Aufgabe sei, die Finanzen zu retten. (Hört, hört!) Das ist ein höchst seltsames Gebot. Schon waren die Nationalen, auch die Liberalen, nach neuen Militär- und Flottenvorlagen und wohl nicht lang wird die Regierung jähren, diesen Wünschen zu entsprechen. Und dann wird aus neue der

Kampf um die Deckung

entbreiten. Die Erbschaftsteuer ist noch nicht begraben, sie wird dann auferstanden und wir hoffen, daß der nächste Reichstag ein anderes Gesetz erlassen wird. (Beifall, Zustimmung, l. d. Soz.) Was nun diese Vorlage betrifft, so sind wir für die Abgabe der Steuern, weil es sich um den Ausbau einer bereits bestehenden Bahn handelt und weil die Einnahmen der Bahn den Ausgaben der Bahn entsprechen. (Beifall links.) Gegenüber stehen die Eisenbahnen und die Eisenbahnen, die man nicht ohne Schwierigkeiten abgeben vorzuziehen zu können. Da haben wir keinen Grund, 10 Millionen für eine eiserne Eisenbahn auszugeben. Wir sind gewiß für eine gesunde Verkehrspolitik, doch würde sie zu sehr anfangen. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Urendt (Nat.): Wir treten für die Vorlage ein. Die Ausführungen des Vorredners waren eine Wahlrede (Zurufe: die Reden des Schatzkanzlers etwa nicht!) Mit Verlogenheit (links) wird im Lande gegen die Reichsfinanzreform gearbeitet. Herr Gothein leugnet sogar den wirtschaftlichen Aufschwung, auf den doch Herr Paasche die Vermehrung der Einnahmen zurückführt. Was ist nun richtig? Wir haben den Aufschwung bekommen, infolge der Reichsfinanzreform. (Stürm. Zurufe links.) In welche Kalamitäten infolge der unzulässigen Politik wären wir ohne Reichsfinanzreform gekommen. (Stürm. Zurufe, l. d. Mehrheit.)

Die Zehntausendsteuer gebe ich übrigens preis.

Die Sozialdemokratie hat für die Erbschaftsteuer in zweiter Lesung gestimmt, ob aber auch in dritter Lesung? Das Wort vom Familienfiskus stammt übrigens von Herrn Paasche. (Hört, hört! rechts.) Ich beariße die gegenwärtige Wahlvorlage, die auch unumstößlich gewesen wäre, ohne Reichsfinanzreform. (Beifall rechts.)

Abg. Erzberger (Zentr.): Herr Gothein ist mit seiner Haarfüllterrede (Hört, hört!) jämmerlich reingefallen. Keine neue Steuer bringt gleich im ersten Jahre den vollen Betrag.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (fortsch. Ver.): Der Schatzsekretär war das Karneval, das angefangen hat. (Stürm. und sehr richtig! links.) In der Kommission hat Herr Erzberger der Preise der letzten Wahlperiode vorgeworfen. Blicke er nur in seine Zentrumspresse (Stürm. Zurufe links). Der Schatzsekretär hat keine Rede gehalten im Auftrag des schwarz-blauen Blocks. (Sehr richtig! links.) Die Zahlen des Staatssekretärs sind nur Annahmen, die Zahlen Gotheins stehen für 1910 fest. (Hört, hört! links.) Es ist ein Märchen, daß wir 40 Millionen an indirekten Steuern haben bewilligen wollen. Der Wahrheit stehen bei der Reichsfinanzreform nicht einmal mildernde Umstände zur Seite, denn sie handelte aus krassem wirtschaftlichen Egoismus. (Beifall links.)

Abg. Nebel (Soz.):

Diese Verhandlungen machen ja den Eindruck einer ziemlich förmlichen Wahlverkündung und auch die Regierung behauptet sich daran. Der Vorwurf der Wahlmache, den der Reichsfinanzsekretär Herr v. Scheidebrand machte, gilt auch für die Rede des Staatssekretärs. (Zustimmung links.) Seine Rede hatte mit der Tagesordnung nicht das Geringste zu tun. Wenn er aber nun einmal uns Aufschluß geben wollte über unsere Finanzen, dann hätte er uns auch sagen müssen, aus welchen Quellen die Mehreinnahmen gekommen sind. (Sehr richtig! links.) Aber das wird ja erst der nächste Reichstag erfahren. Wenn die Finanzlage wirklich so günstig ist, warum sind dann die paar Millionen für die armen Tabak- und Zehntausendarbeiter, die Verabfolgung der Altersgrenze für Invaliden, die Erhöhung der Löhne für die Soldaten und eine Unterstufung der Beamten in der Reichsverwaltungsgesetzgebung abgelenkt worden. (Hört, hört! links.) Dafür aber war kein Geld da und wir saßen auf einmal im kalten Wasser. (Stürm. und sehr richtig! links.) Die nächste Reichstag die Konventionen daraus. Wir werden jedenfalls die Herabsetzung der Altersgrenze und die Herabsetzung der Invalidenrenten beantragen. (Beifall bei den Soz.) Für uns ist bei der ganzen Finanzreform die Hauptfrage, daß die Armen ihre Lasten zu tragen haben. Darauf kommt es an. Wenn das fest beständig wird durch die Durchführung der Einnahmen, dann ist das nur Wasser auf unsere Mühle. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir werden niemals indirekte Steuern auf die notwendigen Lebensmittel bewilligen. (Beifall bei den Soz.) Der Reichsfinanzsekretär hätte uns bei seiner Erklärung der guten Finanzlage auch nicht verschweigen sollen, daß schon mindestens zwei Rekorde ihre Hände ansetzen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Er hat kein Wort gesagt von der neuen Militär- und Flottenvorlage, die so hoch kommen wird, wie gewohnt zwei vier ist. Heute leugnet man das notwendig. Aber gekannte Kinder können das Feuer. (Hört, hört!) Das Staatssekretär des Marineamts nicht von der neuen Flottenvorlage wissen, die kurz darauf kam. 1906 erlöste die Norddeutsche Allgemeine noch kurz vor den Wahlen in der Reichsversammlung, es sei gar nicht daran zu denken, daß neue Steuern kämen und nachher haben wir dann die Erklärung gehört. (Hört, hört! bei den Soz.) Diese Erfahrungen haben uns nun gemacht. (Sehr richtig! bei den Soz.) In dem Ernst, was wir meinen für bewilligen wollen, ob die Rechte oder die Linke, lassen wir uns nicht ein.

Kanz die Liberalen wollen Hunderte von Millionen bewilligen.

Die Differenzen sind nur wegen der Art der indirekten Steuern entstanden. (Zuruf l. d. Soz.: Und das war die Hauptfrage!) Für uns aber nicht, und deshalb werden die alle beide gebängt. (Heiterkeit bei den Soz.) Neu war die Erklärung des Staatssekretärs, der wirtschaftliche Aufschwung sei die Folge der Reichsfinanzreform. Das können Sie uns nicht weismachen. Es hängt vielmehr mit dem Beginn der kapitalistischen Gesellschaft zusammen, daß auf eine Periode der Depression eine Periode der Prosperität kommt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der zehntausend Staat bringt an Einkommen, Vermögen- und Erbschaftsteuer jährlich 33 Millionen auf. England aber 180 Millionen. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Mehrbewilligungen für Meer und Flotte werden wir Ihnen dadurch genehmigt verfahren, daß wir verlangen, daß die

Sourgenie gründlich herauszogen

wird zum Zahlen. So lange Sie keinen Weg der Beseitigung des Schicks nicht mitmachen, so lange werden wir geschiedene Leute sein und uns auf Tod und Leben bekämpfen. (Beifall, l. d. Soz.)

Staatssekretär Vermuth beharrt, im Auftrag des Finanzsekretärs Bloch gesprochen zu haben und bekräftigt sich gegen die Forderung aus seiner Rede, daß genügend Geld für die Erfüllung sozialpolitischer Forderungen da sei.

Abg. Dr. Paasche (natl.) erklärt, daß die Nationalisten gegen die Reichsfinanzreform wegen des unsozialen Charakters dieser Maßregel gestimmt haben, und gibt zu, ursprünglich gegen die Erbschaftsteuer Bedenken gehabt zu haben. Die Bedenken wüßten aber gegenüber der Notwendigkeit zurück zu weichen. (Beifall links.)

Abg. Erzberger (Zentr.): Die Liberalen wollen mehr bewilligen, als der Zentrum wirklich bewilligt hat. Der Vergleich den drei zwischen den deutschen und den englischen Steuerlasten, geht von falschen Voraussetzungen aus. Redner polemisiert

sehr ausführlich gegen den Abg. Dr. Müller-Meiningen, den er nach einem Orte des bayerischen Landtagswahlkreises Hof Müller-Oberhofen tituliert. (Gr. Stürm. l. d. Mehrheit.) Ferner befragt sich der Redner auf Ausführungen des Reichsfinanzsekretärs (St. b. d. Soz.) Abg. Bloch zu dem Reichsfinanzreform.

Abg. Dr. Biemer (fortsch. Ver.): Mit seinem Schimpfen ist sich Herr Erzberger nur ins Unrecht. (Hört, hört! links.) Abgeordnete schimpfen nicht! — (Heiterkeit.) Wir waren gewiß bereit, an der Reichsfinanzreform mitzuarbeiten, verlangten aber, daß ein möglichst großer Teil durch direkte Besteuerungen gedeckt werde. Gegenüber Herrn Nebel ist zu bemerken, daß, so lange nicht die Verhältnisse zwischen Reich und Einzelstaaten ganz anders reguliert werden, eine ausschließliche Belastung des Reiches auf direkte Steuern unmöglich ist. Auch drücken nicht alle indirekten Steuern in die Verhältnisse.

Abg. Wagner-Sachsen (Nat.): Die haltlose Unterstellung, als sei die Rede des Schatzsekretärs bestellte Arbeit des schwarz-blauen Blocks, weist ich auf das Entschiedenste zurück. (Beifall rechts.) Gegenüber den Ansätzen Dr. Biemers auf den schwarz-blauen Block erinnere ich an den bekannten Brief des Abg. Kopych, worin er betont, daß er dem Zentrum stets freundlich gegenüber gestanden habe. (Hört, hört! rechts.) Der Fortschritt hat seit Gründung des Reichs noch keine Finanzreform bewilligt. Wie denken sich denn die Sozialdemokraten eine Finanzreform? Es kommt nicht auf die Worte, sondern auf die Tat an und auf die Tat der Reichsfinanzreform sind wir stolz.

Abg. Dr. Süheim (Soz.): Wir gewinnen nur, wenn Sie sich mit einander zanken. Dabei kommt immer ein Stück Wagnis an den Tag. (Sehr wahr! l. d. Soz.) Herr Erzberger ist als Verfasser der berühmten Wahlsprüche bekannt. Das Zentrum im Wahlkampf 1907/78 der eifrige Kritiker dessen, was nachher eine Partei im Bunde mit den Konservativen gemacht hat. (Sehr richtig! links.) Die Reichssteuern, wie sie heute bestehen, sind

das denkbar ungerechteste Steuersystem

das es gibt. (Zuruf l. d. Soz.) In England denkt niemand daran, die notwendigen Lebensmittel mit Steuern und Zöllen zu versehen. In Deutschland aber haben wir eine Brotsteuer von 19 Mk. pro Kopf, wovon 17 Mk. in die Taschen der Agrarier fließen. (Hört, hört! links.) Viele Arbeiter haben das Zentrum in besseren Tagen auch auf das Schärfe bekämpft. Die Ansichten darüber, was sich mit dem Christentum vertragen, haben sich inzwischen beim Zentrum eben gewandelt. Heute verteidigt das Zentrum das unheimlichste Steuersystem, das man sich denken kann. Unsere Steuer auf Salz, Kaffee, Petroleum und Zehntausend und die Belastung des Fleisches und Brotes sind Steuern von einer höchst unheimlichen Ungerechtigkeit. Die Belastung ist umso höher, je ärmer und größer eine Familie ist. Wer eine solche Steuerpolitik betreibt, muß sich nicht wundern, wie heute Herr Erzberger. Wir werden immer wieder herkommen, daß die Lasten von den Armen getragen werden müssen, die sie auch tragen können. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Bei der Abstimmung über einen Schlußantrag ergibt sich die Reichsfinanzreform des Jahres.

Nächste Sitzung: Dienstag 10 Uhr. (Fortsetzung und dritte Lesung und Marokkodebatte.) Schluß 8 Uhr.

Parteiangelegenheiten.

Gemeindevahlfrage.

In Augsburg erlangten unsere Genossen drei weitere Mandate. Die Stimmengahl stieg von 685 im Jahre 1908 auf 169.

In Lechhausen erhielt die Sozialdemokratie drei Sitze.

Bei der Stadtratswahl in Hamburg v. d. Höhe wurde am erstenmal ein Sozialdemokrat, der Gastwirt Rapputh, mit 43 gegen 410 bürgerliche Stimmen gewählt.

Große Erfolge haben die Genossen im Wahlkreis 101 bei den Gemeindevahlen erlangt. Waren bisher nur 11 Genossen im ganzen Wahlkreis in den Gemeindeparslamenten tätig, so ist die Zahl der Gemeindevahlmitglieder im November dieses Jahres auf 44 gestiegen. In der Stadt Soli selbst sind die Zahl der Vertreter von 3 auf 6; in Jüligau gewonnen wir 6 Mandate, in Jörban einen Beigeordneten, in Bilgramstruth 5 Mandate und einen Beigeordneten, in Lauperlk 1 Mandat, in Schwarzenbach a. S. 7 Sitze, in Regnitzlosau 1 Sitz, in Neuhau 2, in Colb 5, in Peimbrechts 2, in Nehau 2, in Gattendorf 5 und in Leupoldsgrund 2.

Verlagte Bestätigung. In Oberstein a. b. Nahe war Genosse Faber zum Bürgermeisterstellvertreter gewählt worden. Die Obersteingirische Regierung bestatigte indessen die Wahl nicht. In der Neuwahl wurde ein von den vereinigten bürgerlichen Parteien, unter denen der Professor die Hauptrolle spielt, aufgestellter Sammelkandidat mit rund 700 gegen 574 sozialdemokratische Stimmen gewählt. Die sozialdemokratischen Stimmen hatten sich gegen die erste Wahl noch um 139 vermehrt.

Strafkonto der Presse. Vom Landgericht Dresden als Verurteilter wurde Genosse Edmund Fischer zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Das Schöffengericht war zu einem Urteil von drei Monaten gekommen. Genosse Fischer soll den Gemeindevorstand einer benachbarten Gemeinde dadurch beleidigt haben, daß er die Interessen einer armen Witwe durch die Gemeindevorstände verletzt und darüber einen Artikel in der „Dresdener Volkszeitung“ schrieb. Er hatte sich selbst als Verfasser des Artikels im Gemeindevorstand bekannt. Darauf hat die Anklagebehörde als vorgelegte Behörde gegen den Willen des Gemeindevorstandes und des Gemeindevorstandes Strafantrag wegen Beleidigung gestellt. In der Verurteilungsinstanz lagte der Gemeindevorstand aus, daß Genosse Fischer ein temperamentsvolles, aber maßvolles Mitglied des Gemeindevorstandes sei, das alle Achtung in der Gemeinde genieße. Ebenfalls äußerte sich ein anderes bürgerliches Gemeindevorstandesmitglied. Beide hätten kein Interesse an einer Verurteilung Fischers, wenn die Vorwürfe auch hart genannt werden könnten. In der Verurteilungsinstanz machte Rechtsanwältin Giese besonders darauf aufmerksam, daß die Anklagebehörde sich kein Recht zu Stellung des Strafantrages habe, da der Gemeindevorstand und der Gemeindevorstand keine Beamten im Sinne des Gesetzes seien. — Gegen das Urteil wird Revision eingelegt.

Vom Dresdener Schöffengericht wurde Genosse F. m. o. l. d. e. Redakteur der „Dresdener Volkszeitung“, der wegen Nichtveröffentlichung einer sogenannten Berichtigung des Herrn Gippe, eines früheren Beamten der Dresdener Ortskrankenkasse, angeklagt war, freigesprochen.

Der verantwortliche Redakteur der „Weimarer Volkszeitung“, Genosse Pfeuffer, Jena, wurde vom dortigen Schöffengericht zu 200 Mark Strafe verurteilt. Durch einen Artikel „Die asiatische Weltwirtschaft“ schickte sich eine Frau B. a. u. h. o. r. beleidigt. Trotzdem durch Zeugen nachgewiesen wurde, daß die Frau Faktor in mehreren Fällen kurz ohne Begründung zu seinen sich angeklagt hatte, sagte der Staatsanwalt, die Frau Faktor könne das Beweisen verweigern haben.